4,00 €
Januar/
Februar

1|18

Dossier »Duale Berufsausbildung«

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Richard Deacon
Susanne Keuchel
Bernd Scherer
Karola Wille
Michael Wolffsohn
und viele andere

#MeToo-Debatte
Zwischen einem Klima der Angst und der Freiheit der Kunst: Differenzierung ist dringend notwendig
Seite 3

Deutsch-Sein
Was war und ist typisch deutsch? Nationale Kultur und deutsche Identität im gesellschaftlichen Wandel
Seite 5

Umbruch in Polen
Strukturwandel, Kürzungen, Populismus: Wie ist es um die polnische Kultur- und Bildungspolitik wirklich bestellt?
Seite 8

Medien
Ein Fluch oder ein Segen? Die Ausweitung der Verweildauer in den öffentlich-rechtlichen Mediatheken
Seiten 12 und 13

Volkswille

Das Gewürge bei der Gründung unserer neuen Bundesregierung ist zutiefst schmerzhaft. Irgendwie hatte ich gehofft, dass sich unsere Parteien nicht im selben tiefen Abgrund bewegen wie viele Parteien in den europäischen Nachbarstaaten. Irgendwie hatte ich trotz aller gegenteiliger Zeichen einen festen Glauben daran, dass die Verantwortlichen sich zusammenreißen würden, um das Bild in der Gesellschaft von der parlamentarischen Demokratie nicht noch mehr zu beschädigen.

Jetzt haben wir den Schlamassel: In der Bevölkerung breitet sich das Gefühl aus, dass eine Regierung offensichtlich nicht demokratisch legitimiert sein muss, sondern als geschäftsführend einfach monatelang weiter im Amt bleiben kann. Das ist natürlich nur möglich, weil sich die Verhandlungen für eine Regierungsbildung über einen lähmend langen Zeitraum hinziehen. In den ersten vier Wochen nach der Bundestagswahl tat sich gar nichts, dann wurden Sondierungsgespräche öffentlich zelebriert und abgebrochen. Dann sagten die, die ultimativ und unwiderruflich Nein zu einer Regierungsbeteiligung gesagt hatten, vielleicht machen wir doch mit, aber wir haben alle Zeit der Welt, um zu verhandeln.

Dieses unwürdige Spiel hat der parlamentarischen Demokratie nachhaltig geschadet. Die Einen wenden sich grundsätzlich und dauerhaft durch Nicht-Engagieren und Nicht-Wählen ab, die Anderen wählen eine vermeintliche Alternative für Deutschland. In der Zivilgesellschaft wird der Ruf nach direkter Demokratie, also nach der Einführung von Volksentscheiden auf der Bundesebene, immer lauter.

Alle drei Alternativen halte ich für falsch. Bei den ersten beiden Reaktionsmöglichkeiten wird meine Ablehnung wohl vom überwiegenden Teil der Kulturaktiven geteilt. Beim Thema der Einführung von Elementen der direkten Demokratie auf der Bundesebene sieht das Bild nicht so klar aus.

Die Sehnsucht wächst, dem scheinbar unbeweglich gewordenen Parteiengeflecht durch direkte Demokratie mal so richtig Beine zu machen. Doch die Gefahr ist groß, hier einen gefährlichen Irrweg zu gehen. Die parlamentarische Demokratie, also die Vertretung unserer Interessen durch gewählte Abgeordnete, die Mitglieder in Parteien sind, die sich nach der Wahl zu Fraktionen zusammenschließen und je nach Mehrheitsverhältnissen Regierung und Opposition bilden, ist die beste Form, Volkes Willen durchzusetzen. Nur durch diese Struktur kann differenziert an Sachfragen gearbeitet werden, nur durch diese Struktur kann sichergestellt werden, dass eine vermeintliche Mehrheit nicht die Rechte einer Minderheit missachtet.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Weltkultur & postkoloniale Kritik

Das Humboldtforum im Zentrum deutscher Identitätsdiskurse

JÜRGEN ZIMMERER

Das Humboldtforum ist ohne Zweifel das bedeutendste kulturpolitische Projekt Deutschlands seit der Wiedervereinigung. Nicht nur füllt es sprichwörtlich die Mitte Berlins, wo es den auf die Geschichte der DDR verweisenden Palast der Republik verdrängte und ersetzt, sondern es symbolisiert auch den erneuten Anspruch Deutschlands auf Weltgeltung, zumindest auf dem Gebiet von Kultur und Wissenschaft.

Während jedoch etwa der Bau des Kanzleramtes durch eine rhetorische Strategie der Beschwichtigung in seiner wuchtigen Wirkung eingefangen wurde, ist beim Humboldtforum das Gegenteil zu beobachten. Nichts Geringeres als Weltkultur soll darin zu sehen sein, ein Forum entstehen für die großen Debatten der Zeit.

Eine derartige Agora, ein Platz für den Austausch von Ideen und Konzepten über alle nationalen, politischen und kulturellen Grenzziehungen hinweg, ist angesichts der Krisen und Herausforderungen der Gegenwart unzweifelhaft notwendig. Damit dies auf moderne, zeitgemäße Weise geschehen kann, muss der Raum dazu entsprechend gestaltet werden und

Das Humboldtforum ist ohne Zweifel das bedeutendste kulturpolitische Projekt Deutschlands seit der Wiedervereinigung

damit ist nicht nur das Gebäude gemeint, sondern auch der geistige Rahmen, die intellektuellen Prämissen, unter denen dies geschieht, denn beides steht in historischen Traditionen, mit denen es umzugehen gilt. Angesichts der bisher erkennbaren Ideen und dem Verlauf der bisherigen Diskurse sind erhebliche Zweifel angebracht, ob dies in Berlin gelingt, zumal sich das beim Humboldtforum besonders schwierig gestaltet, da vorgelagerte Entscheidungen eine schwere Hypothek für das Vorhaben darstellen.

Da ist zuerst das Gebäude zu nennen. Es handelt sich um das wieder aufgebaute Stadtschloss der Hohenzollerndynastie, welche Preußen über Jahrhunderte regierte. 1945 von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges aufgelöst, fällt es schwer im Aufbau nicht auch oder sogar im Wesentlichen den Versuch einer zumindest teilweisen Preußenrehabilitation zu sehen, bei gleichzeitiger baulicher Auslöschung der deutschen Geschichte seit dem Ende der Monarchie.

Sicherlich kann man über die Rolle Preußens durchaus geteilter Meinung sein, als Folie und Gehäuse für ein der Weltkultur verpflichtetes Museum und Diskussionsforum ist es jedoch denkbar ungeeignet. Gerade Preußen stand für Expansion und Ausbreitung des eigenen Staates und der eigenen Philosophie und nicht für das gleichberechtigte Miteinander aller Ideen und Kulturen. Man denke nur an die Aussagen des borussischen Hausphilosophen Georg Friedrich Hegel über Afrika, dem er jede Geschichtsfähigkeit absprach, nur weil es keine Staatenbildung nach preußisch-europäischem Vorbild aufwies.

Nun mag man einwenden, dies sei ein Zerrbild Preußens, es sei auch ein Hort der Aufklärung gewesen und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit und Vermessung der Welt, wofür beispielsweise der Name Humboldt stünde. Das ist richtig und falsch zugleich. Richtig, da es diese wissenschaftlichen und philosophischen Arbeiten gegeben hat. Falsch, da diese Bewertung ihrerseits auf einer beschränkten und provinziellen, eurozentrischen Weltsicht beruht, die sowohl die begrenzte Geltung etwa der aufklärerischen Werte in der realen Welt der Kolonien und der Sklaverei ausblendet, als auch die Frage ignoriert, welche Rolle Wissenschaft bei der europäischen Unterwerfung der Welt eigentlich spielte. Griffe das Humboldtforum dies auf, thematisierte es diese Mechanismen von Wissen und Herrschaft und ihrer Bedeutung im Prozess der europäischen Unterwerfung der Welt, statt sich affirmativ auf die vermeintlichen preußisch-deutschen Leistungen zurückzuziehen, wäre ein wichtiger Schritt zu einem erfolgreichen Humboldtforum getan, das koloniale und eurozentrische Positionen hinterfragt, statt sie zu bestätigen. Allein, derzeit deutet nichts darauf hin, dass den Machern die Problematik eines epistemologischen Postkolonialismus überhaupt nur bewusst ist.

Im Gegenteil, die an sich marginale und beinahe lächerliche Debatte um das goldene Kuppelkreuz ist vielmehr Beleg dafür, dass nach wie vor die Kräfte einer Preußennostalgie die stärkeren sind und dieser postkoloniale Perspektiven untergeordnet werden, soweit diese überhaupt bekannt sind. Denn mag man ein Kreuz als Zeichen von Thron und Altar auf einem x-beliebigen Schloss als historisches Ornament ohne größere Bedeutung für die Gegenwart finden, so ist ein Kreuz auf einem europäischen ethnologischen Museum, noch dazu ein neu aufgestelltes, völlig unpassend. Es widerspricht schon symbolisch der apostrophierten Gleichheit aller Kulturen und schlägt den Bogen zur kolonialen Frühphase der völkerkundlichen Museen. Es ist eine Zumutung über einem Museum, dessen historischer Vorläufer in enger Symbiose mit einem kolonialen Ausgreifen über die Welt stand, das zu nicht geringen Teilen christliche Ideologeme zur Rechtfertigung benutzte, Zwangsmissionierung und Zwangsmodernisierung betrieb und in der Missionare mit zu den eifrigsten »Sammlern« ethnographischer Objekte gehörten.

Die Geschichte von Rassismus, Ungleichheit und Ausbeutung ist tief verwurzelt in der Geschichte und belastet das Humboldtforum

Denn um ein ethnologisches Museum handelt es sich beim Humboldtforum in wesentlichen Teilen. Das ist klar seit der fatalen Entscheidung, die Objekte des Asiatischen und des Ethnologischen Museums mit seiner afrikanischen Kunst in Berlin-Mitte auszustellen, die europäische Ethnologie aber in Dahlem

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 1/2018
ISSN 1619-4217
B 58 662

4 195981 604005 01

EDITORIAL

Volkswille
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Humboldtforum: Weltkultur & postkoloniale Kritik
Jürgen Zimmerer 01

SEITE 2

Kulturmensch Audrey Azoulay 02

AKTUELLES

#MeToo-Debatte
Olaf Zimmermann 03

INLAND

Posts from the Past: Projekt 1938
Miriam Bistrovic 04

Was ist deutsch?
Hans Jessen im Gespräch mit Michael Wolffsohn 05

EUROPA

Kühne Visionen statt Zaudern
Ein Kommentar von Gabriele Schulz 06

Brexit: Ode an die Freude
Richard Deacon 06

BrExitus EU-Kunstmarkt?
Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm 07

Kultur in Polen: Guter Wandel?
Christoph Bartmann 08

Kulturelles Erbe: Der Kitt, der uns zusammenhält
Richard Kühnel 09

Hochschulen in Polen: Eine Reform wie keine andere?
Klaudia Knabel 09

Johann Joachim Winckelmann: Ein großer Europäer
Max Kunze 10

INTERNATIONALES

Neue Jahre im Nahen Osten
Reinhard Baumgarten 10

MEDIEN

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss zukunftsfähig sein
Lothar Mikos 11

Ausweitung der Verweildauer in den Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Risiken und Chancen
8 Statements von Medienvertretern 12-13

KULTURELLES LEBEN

Kultur macht stark: Klein in zwei Hinsichten
Ulrike Plüschke im Gespräch mit Eckhard Mittelstädt 14

Kultur macht stark: Programmpartner und Dachverband zugleich
Theresa Brüheim im Gesspräch mit Gerd Taube 14

Kulturvermittlung: ZukunftsGut
Birgit Mandel 15

Gott und die Welt
Christian Stäblein 16

Wo Kunst auf Kreativwirtschaft trifft: Das Künstlerduo »Empfangshalle« im Porträt
Andreas Kolb 16

KULTURELLE NACHHALTIGKEIT

Die Perspektive wechseln
Olaf Zimmermann 17

Nachhaltigkeitsbegriff: Die Idee der Plastizität
Theresa Brüheim im Gespräch mit Bernd Scherer 18

Umweltschutz und Kulturpolitik
Ernst-Christoph Stolper 19

Natur: Ein neuer Vertrag
Kai Niebert 19

Nachhaltigkeitskultur
Günther Bachmann 20

Meilensteine kultureller Nachhaltigkeit 20

Agenda 2030: Der Weltzukunftsvertrag
Bernd Bornhorst 21

Ziele der Agenda 2030 21

Religion: Gute Haushalter
Friedrich Schorlemmer 22

Industriedesign: Zeitlos, wiederverwendbar, reparabel
Theresa Brüheim im Gespräch mit Susanne Ewert 22

Hochschule Eberswalde: Der Name ist Programm
Wilhelm-Günther Vahrson 23

Kulturelle Bildung: Gesellschaftliche Transformation
Susanne Keuchel 24

Bibliotheken: Öffentlichen Zugang ermöglichen
Klaus Ulrich Werner 24

Ernährung: Insekten zum Abendmahl?
Boris Kochan 25

Games: Wettergott spielen?
Alexander Preisinger 25

Baukultur: Berufspolitisches Credo
Barbara Ettinger-Brinckmann 26

Stadtplanung: Dem Gemeinwohl verpflichtet
Rainer Bohne 26

Fernsehen: Grünes Drehen
Theresa Brüheim im Gespräch mit Marcus Kreuz 27

Faire Mode: Nachhaltiges Wirtschaften mit sozialen Gewinnen
Theresa Brüheim im Gespräch mit Martin Höfeler 28

Grüne Mode: Unsere zweite Haut wird nachhaltig
Mara Michel 29

DOKUMENTATION

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates 30-31

Kurz-Schluss 32

P&K-Nachrichten 32

Impressum 32

DER AUSBLICK 2|18

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. März 2018.
Im Fokus steht das Thema »Erinnerungskultur: 1. Weltkrieg«.

Fortsetzung von Seite 1

zu belassen. Man kreierte damit, allen anderslautenden Vereinbarungen zum Trotz, ein Ausstellungshaus für nicht-europäische Objekte, auch wenn man sie nun als Kunst deklariert und nicht mehr wie zu Entstehungszeiten des Ethnologischen Museums als Ritual- oder Alltagsgegenstände, die bestenfalls Kunsthandwerk waren. Damit sind sie auch weiterhin exotisiert, haben keinen Platz in den benachbarten Häusern mit der europäischen oder als europäisch empfundenen Kultur. Das ist Teil der kolonialen Erblast des Humboldtforums und betrifft neben der Präsentation auch die Herkunft der Objekte. Worauf Kritiker seit Jahren hinweisen, dass nämlich die Provenienz des größten Teils der Sammlungen des Ethnologischen Museums nicht zweifelsfrei geklärt ist und ein Unrechtskontext zumindest vermutet werden muss, hat seit diesem Sommer endlich auch die breitere Öffentlichkeit und selbst die Politik erreicht. So erklärte im September etwa Kulturstaatsministerin Monika Grütters, dass nun die Frage der Provenienz kolonialer Objekte ein gesellschaftliches Thema geworden sei, nachdem man sich um das Thema Kolonialismus »lange nur wenig gekümmert« habe.
Zwar verkaufte sie das Defizit in der Beschäftigung mit dem kolonialen Erbe nun geschickt als Leistung des Humboldtforums. Eine Antwort auf die Frage, warum man sich so lange nicht mit Kolonialismus beschäftigte, bleibt sie aber schuldig. Dabei verweist dies auf das Kernproblem des Humboldtforums. Den Verantwortlichen in Politik, Gesellschaft und Medien war der koloniale Kern des Humboldtforums schlicht nicht bewusst.

Provenienzforschung ist nur ein Teilprojekt und zwar ein lösbares

Die allerorten immer noch zu spürende koloniale Amnesie machte auch vor den Machern des wichtigsten Projektes deutscher Kulturpolitik nicht halt. Und hier ist nicht nur und nicht einmal an erster Stelle die Frage nach dem Erwerbungskontext der kolonialen Sammlungen gemeint, auch wenn die Stiftung Preußischer Kulturbesitz bis heute nicht einmal beziffern kann oder will, wie viele seiner Objekte überhaupt einer Provenienzforschung unterzogen wurden und in den nächsten Jahren werden.

Allein, Provenienzforschung ist nur ein Teilprojekt und zwar ein lösbares. Alles, was es braucht, ist Geld, um diese Forschungen zu betreiben, und den politischen Willen, die Ergebnisse auch öffentlich bekannt zu machen und mit den Nachkommen der ursprünglichen Geber (-gesellschaften) in einen offenen und vorurteilslosen Dialog über die Zukunft der Objekte einzutreten, einschließlich der Fragen nach Restitution.

Wichtiger ist die inhaltliche Dekolonialisierung des Museums und dies setzt voraus, dass man sich insbesondere auch der Rolle der Sammlungen und Museen bei der Produktion des eurozentrischen Blicks, bei der Entstehung von Stereotypisierungen und Rassismen stellt. Der Logik des Sammelns und Ausstellens ganzer »Kulturen« war die Reduktion komplexer gesellschaftlicher und kultureller Strukturen inhärent. »Kulturen« wurden über den Erwerb der Objekte auf einige wenige materielle Hinterlassenschaften reduziert und dabei homogenisiert. Ein Topf, ein Kultobjekt, ein Thron repräsentierten so eine ganze »Kultur«. Unterschiede innerhalb der präsentierten Gruppe wurden glattgeschliffen. Gleichzeitig hob man Differenzen zu den Betrachtenden hervor, denn schließlich wollte in Europa niemand im Völkerkundemuseum (Alltags-) Gegenstände sehen, die man aus dem eigenen täglichen Leben kannte. Eine Betonung des Andersartigen, des Fremden war die Konsequenz. Hierarchisierungen folgten. Indem die Prozesse dieser binären Weltaneignung mit ihren Auswirkungen bis heute thematisiert würden, könnte das Humboldtforum seiner Bedeutung und der damit verbundenen enormen Kosten gerecht werden.

Diese Rolle steht jedoch im erklärten Widerspruch zur Absicht, über das Humboldtforum eine neue alte Meistererzählung von der deutschen Geschichte als der Geschichte der Dichter und Denker zu etablieren, der Kultur- und Wissenschaftsnation, die ihr dunkles Kapitel in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts überwunden hat, ja nicht darauf reduziert werden darf.

Horst Bredekamp, Kunsthistoriker und einer der Gründungsintendanten des Humboldtforums sah in der Betonung der kolonialen Kontinuitäten der Völkerkunde (-museen) »eine späte Wiederauferstehung« des Diktums »Von Luther zu Hitler«. So deutlich hatte noch kein Verantwortlicher das Humboldtforum in die Debatte um die großen Fragen der deutschen Geschichte und deutschen Identität gestellt, geschweige denn so eindeutig positioniert.

Es scheint, das Humboldtforum und das Stadtschloss sollten die deutsche Geschichte seit der Wiedervereinigung an die große, vermeintlich unkontaminierte Geschichte des langen 19. Jahrhunderts rückbinden. Das erklärte die heftigen Reaktionen auf die postkoloniale Kritik, die auf das Gegenteil verweist: Die Geschichte von Rassismus, Ungleichheit und Ausbeutung ist tief verwurzelt in der Geschichte und belastet das Humboldtforum.

Jürgen Zimmerer ist Professor für Globalgeschichte mit Schwerpunkt auf Afrika an der Universität Hamburg und Leiter der dortigen Forschungsstelle »Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die (frühe) Globalisierung«

Kulturmensch Audrey Azoulay

Eine Organisation, die sich mit 2.100 Mitarbeitern weltweit für das Verständnis der Nationen untereinander einsetzt – es scheint, als wäre sie kaum jemals wichtiger gewesen als heute. Gut, dass dieser so bedeutenden Organisation von nun an Audrey Azoulay vorsteht. Die Französin wurde am 13. Oktober 2017 zur Generaldirektorin der UNESCO gewählt und trat ihr Amt am 15. November 2017 an. Erfreulich ist das aus mehreren Gründen. Die 1972 in Paris geborene Tochter der Schriftstellerin Katia Brami und des ehemaligen Bankiers und jetzigen Beraters des marokkanischen Königshauses, André Azoulay, bringt viel Erfahrung aus dem Kulturbereich mit. Nach dem Studium an Pariser Elite-Universitäten nahm sie eine Tätigkeit im französischen Kulturministerium, in der Abteilung für audiovisuelle Medien, auf. Es folgten drei Jahre am französischen Rechnungshof, bevor sie zur staatlichen Filmförderungsanstalt »Centre national du cinéma et de l'image animée« wechselte. Seit 2014 beriet sie François Hollande im Bereich Kultur und Kommunikation und war schließlich von Februar 2016 bis Mai 2017 französische Ministerin für Kultur und Kommunikation. Zudem ist Azoulay überzeugte und engagierte Europäerin, was sie nicht zuletzt im Leitartikel der Ausgabe 05/2016 von Politik & Kultur bewies. Der Beitrag mit dem Titel »In Vielfalt geeint« ist ein flammendes Plädoyer für ein geeintes und vielfältiges Europa.
Azoulay zeigt sich dabei als unermüdliche Streiterin für Kunstfreiheit und die Rechte der Kunstschaffenden. Kultur begreift sie als Fundament für ein offenes und vielfältiges Europa. Wir dürfen erwarten, dass sie dieses Engagement nun auf internationaler Ebene fortsetzt.

FOTO: MCC / DIDIER PLOWY

#MeToo

Differenzierung erforderlich

OLAF ZIMMERMANN

FOTO: DPA

Die Fassade der Alice Salomon Hochschule in Berlin, zu deutsch: »Alleen / Alleen und Blumen / Blumen / Blumen und Frauen / Alleen / Alleen und Frauen / Alleen und Blumen und Frauen und / ein Bewunderer.«

MeToo schallte es in den letzten Monaten des Jahres 2017 vielfach durch die Medien. Frauen und Männer klagten an, sexuell bedrängt, belästigt oder sogar vergewaltigt worden zu sein. Oftmals lagen die Ereignisse bereits Jahrzehnte zurück. Täter waren bekannte Stars, die teils schon zum Zeitpunkt des Geschehens berühmt waren, teils seinerzeit noch unbekannt und jetzt als Prominente von ihrem schändlichen Tun eingeholt werden. Zu lesen war von Verschwiegenheitskartellen. Davon, dass doch eigentlich in der Branche bekannt gewesen sei, dass die Besetzungscouch wortwörtlich zu verstehen ist oder dass sexuelle Übergriffe scheinbar zum Gewohnheitsrecht von Stars gehören.

Um eines vorab klarzustellen, sexuelle Ausbeutung, Übergriffe und das Ausnutzen von Abhängigkeit sind kein Kavaliersdelikt. Da gibt es nichts zu beschönigen oder zu verharmlosen. Dort, wo eine strafbare Handlung begangen wurde, muss die Tat durch Gerichte geahndet werden.

Klima der Angst

Offenbar herrscht im Kultur- und Medienbereich ein Klima der Angst, das solche Übergriffe ermöglichte und verhindert hat, dass sich die Betroffenen dagegen zu Wehr setzen. Es scheint zumindest teilweise die Devise zu gelten, dass künstlerische Genies sich einiges herausnehmen können und nicht mit den üblichen Maßstäben bewertet werden müssen. Ein solcher Kult um vermeintliche oder tatsächliche Genies ist mir persönlich, der ich jahrelang mit vielen Künstlern zusammengearbeitet habe, fremd und ich denke, dass es gut wäre, die Stars von ihrem jeweiligen Olymp herunterzuholen. Dazu gehört aber dann auch endlich, die übertrieben vielen roten Teppiche einzurollen.

Das Überschießen der Diskussion erweist einen Bärendienst

Einige Künstler verlieren auf dieser besseren Auslegeware offensichtlich wirklich den Bezug zur Realität. Weder sind Künstler bessere Menschen, noch dürfen sie sich mehr als andere herausnehmen. Offenbar gibt es darüber hinaus in einigen künstlerischen Branchen einen solchen ökonomischen Druck, dass es als notwendig erachtet wird, seinen Körper zu verkaufen. Hiergegen ist entschieden einzutreten.

Berührung erlaubt?!

Dennoch gilt es im Kunstbetrieb, Besonderheiten zu beachten. Kunst zu machen, ist ein intimer Akt. Kunst ist oftmals körperlich. Kunst machen verlangt nicht selten Berührung und Intensität. Kunst hat auch eine erotische Ausstrahlung, die durch die handelnden Personen, die Künstlerinnen und Künstler entsteht.

Nicht von der Hand zu weisen ist, dass in der künstlerischen Arbeit, speziell auch im Verhältnis zwischen Lehrenden und Schülerinnen bzw. Schülern Berührungen dazu gehören. Vielleicht ist ein Teil der intensiven Beziehung zwischen Lehrenden und Schülern in der Eins zu Eins-Betreuung bei Meisterschülern auch manchmal eine erotische Spannung. Erotische Spannung ist aber ganz klar und eindeutig von sexuellen Übergriffen zu trennen.

Die Gleichstellungsbeauftragten an den Musikhochschulen haben sich intensiv mit dem Thema befasst und eine pragmatische Handreichung erstellt, in der sie genau unterscheiden zwischen körperlicher Nähe und Übergriff.

Übers Ziel hinaus

Neben den genannten Fragestellungen wird in den Kontext »#Metoo-Debatte« noch eine weitere Frage eingeordnet, die meines Erachtens dort überhaupt nichts zu suchen hat, nämlich die Darstellung von Frauen in der Kunst.

In Berlin wird an der Alice Salomon Hochschule diskutiert, ob ein Gedicht von Eugen Gomringer entfernt werden muss, was als frauenfeindlich eingestuft wird bzw. von dem sich Frauen belästigt fühlen. In der Göttinger Mensa wurde eine Ausstellung von Werken einer Künstlerin abgehängt, die als zu freizügig erachtet wurde. Weibliche nackte Brüste und Hintern waren für einige Studierende offenbar eine Zumutung.

In New York wurde eine Online-Petition gestartet, um ein Bild von Balthus ins Depot zu verdammen. Die Werke von Paul Gauguin werden ins Visier genommen, da er sehr junge Frauen nicht nur malte, sondern auch mit einer 13-jährigen Tahitianerin zusammenlebte. Sie war häufig sein Modell.

Kunst lebt von Erotik. Die entscheidenden künstlerischen Themen sind Liebe und Erotik, Tod und Vergehen. Die Urtriebe Thanatos und Eros sind nicht erst seit Freud wesentlicher Bestandteil der Künste. Im »Hohelied der Liebe« in der hebräischen Bibel wird nicht nur die geistige, sondern auch die leibliche Liebe gerühmt. Plastiken aus der Ur- und Frühgeschichte haben vielfach eine erotische Konnotation, geht es doch um Fruchtbarkeit. Eindeutige sexuelle Darstellungen zieren antike Vasen. Antike Schriftsteller sind nicht gerade zimperlich, wenn es um die Darstellung der körperlichen Liebe geht – und keineswegs nur zwischen Mann und Frau.

Es ließen sich tausende Beispiele aus der Kunst-, Literatur- und Filmgeschichte finden, die veranschaulichen, dass Kunst, egal welcher Gattung auch immer, das genaue Gegenteil von Prüderie ist. In der Kunst werden Sehnsüchte und auch Lüste sublimiert. Genau darum werden unsere Sinne angesprochen.

Dass es dabei Grenzen gibt, was ausschließlich Erwachsenen zugemutet werden kann und was frei zugänglich ist, versteht sich von selbst. Im Filmbereich ist die Altersklassifikation eine gut eingeübte Praxis und auch in der Computerspielebranche hat sich das Instrument der freiwilligen Selbstkontrolle längst bewährt. Für die ganz harten Fälle besteht die Möglichkeit der Indizierung. Ebenso selbstverständlich sind Kunstwerke von sexistischer Werbung zu unterscheiden. Hier dient vor allem der weibliche Körper dazu, zum Kauf von Konsumgütern zu animieren.

Freiheit der Kunst

Die Freiheit der Kunst ist ein hohes Gut. Der Deutsche Kulturrat nennt unter seinen Satzungszwecken das »Eintreten für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit« als erstes Vereinsziel. Für die Freiheit der Kunst einzutreten, heißt auch, sich für jene Kunst stark zu machen, die einem vielleicht selbst gar nicht gefällt, eventuell gar abstößt. Freiheit der Kunst heißt nicht, mit jeder künstlerischen Darstellung einverstanden zu sein oder sie goutieren. Kunstfreiheit bedeutet, auch das zu ertragen, was dem eigenen Kunstgeschmack zuwiderläuft. Diese Freiheit wurde in Europa in langen Auseinandersetzungen errungen. Immer wieder neu dafür einzutreten, ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich.

Debatten trennen

In der kulturpolitischen Diskussion kommt es darauf an, zu differenzieren und genau zu benennen, worum es geht. Die derzeitige Debatte leidet meines Erachtens darunter, dass alles in einen Topf geworfen wird. Es ist in meinen Augen ein Unterschied, ob jemand seine Position missbraucht, um Frauen oder Männer zu sexuellen Handlungen zu zwingen, oder ob Frauen oder Männer in erotischen Posen dargestellt werden.

Das Überschießen der Diskussion und Infragestellen der Kunstfreiheit erweist dem, um was es eigentlich geht, nämlich gegen sexuelle Übergriffe in der Kunstwelt vorzugehen, einen Bärendienst. Eine Differenzierung der Diskussion ist dringend erforderlich.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

Projekt 1938

Posts from the Past / Stimmen aus der Vergangenheit

MIRIAM BISTROVIC

Wie sich die Verhältnisse gestalten werden, kann niemand von uns voraussagen, dass wir an dem gemeinsam Aufgebauten festhalten, solange es geht, kann uns kein Mensch übelnehmen, und ob alles, was wir jetzt oder in nächster Zeit tun, richtig ist, kann auch von niemand abgewertet werden, vielleicht war alles falsch und alles zu spät. (…) Wollen wir hoffen, dass sich die Verhältnisse für uns nicht so ungünstig auswirken, als es den Anschein hat.« Mit diesen Worten schließt am 5. Januar 1938 der Brief an die Teilhaber der Papierfabrik Fleischer in Eislingen. Die geäußerten Hoffnungen hinsichtlich des jüdischen Familienbetriebs wurden innerhalb der darauffolgenden Monate zunichtegemacht: Einer der Inhaber flüchtete mit der Familie nach England, der andere wurde im Konzentrationslager Dachau interniert, ehe ihm nach der Entlassung die Ausreise in die USA gelang.

In 2018 werden sich die einschneidenden Ereignisse des Jahres 1938 zum 80. Mal jähren. Obgleich die staatlichen Repressionen bereits kurz nach der Machtübernahme 1933 einsetzten, hegten viele Juden die Hoffnung, dass es sich nur um eine vorübergehende Phase handeln könnte. Sie vertrauten darauf, dass sich die Zustände in Deutschland früher oder später »normalisieren« würden. Doch 1938 führte ihnen vor Augen, dass es kein Zurück geben konnte. Das Deutschland, in dem die jüdische Emanzipation ihre Blütezeit erlebte, das Land, das für viele von ihnen mit patriotischer Überzeugung Heimat war, hatte sich unter der Ägide der Nationalsozialisten und ihrer rassistischen Ideologie endgültig gewandelt. Wie im Staccato überschlugen sich 1938 neue Verordnungen und politische Entscheidungen, welche die Freiheiten der Juden und ihren Bewegungsraum Stück um Stück weiter beschnitten. Binnen weniger Monate erfolgte der »Anschluss« Österreichs im März, jüdischen Ärzten wurde die Approbation entzogen und die Konferenz von Évian tagte im Juli, doch ohne messbare Erfolge. Das Tragen als »jüdisch« identifizierbarer Vornamen wie »Israel« und »Sara« wurde mit der Namensänderungsverordnung zur Pflicht. Pässe erhielten fortan den Stempel »J«. Tausende Juden wurden Ende Oktober im Rahmen der »Polenaktion« deportiert, noch bevor die Ausschreitungen der Novemberpogrome in wenigen Stunden prächtige Synagogen, etablierte Geschäfte und private Wohnhäuser in Schutt und Asche legten. Sie führten dazu, dass viele Familien im »Kindertransport« die einzige Möglichkeit sahen, wenigstens ihren größten Schatz zu retten – ohne zu wissen, ob sie ihre Kinder jemals wiedersehen würden.

Welchen Effekt die Ereignisse und das veränderte politische Klima auf die Betroffenen hatten, verdeutlichen vor allem deren eigene Zeugnisse. Das Jahr brannte sich als Zäsur in ihre Erinnerung ein. 1938 war für sie ein »Point of no Return«, das brutale Scheitern eines jahrhundertelangen Bemühens um Gleichberechtigung und Anerkennung. Von diesem Bruch berichten auch die Aufzeichnungen von Zeitzeugen wie Hertha Nathorff. Sie war leitende Ärztin am Frauen- und Kinderheim des Deutschen Roten Kreuzes in Lichtenberg und die erste sowie damals einzige Frau innerhalb der Berliner Ärztekammer, bis man sie als Jüdin entließ. Trotzdem harrte sie bis 1938 weiterhin in Deutschland aus. In ihrem Tagebuch hielt sie am Silvesterabend 1938 fest: »Das Jahr geht zu Ende. Es hat mir alles genommen, was mein Leben froh und glücklich machte. Die letzten Monate haben mich völlig verwandelt. Kein Wunder, dass auch die Andern mich nicht mehr kennen. Ich zähle nur noch die Tage, bis wir herauskommen aus dieser Hölle. Viele Menschen gehen bei uns täglich ein und aus. Juden und wohlgesinnte Arier. Alle haben nur einen Wunsch: Heraus aus diesem Lande und scheuen sich nicht, es offen auszusprechen.« Hertha Nathorff gelang die Emigration in die USA. An ihre frühere Arbeit als Ärztin konnte sie in Amerika, wo ihre Abschlüsse nicht anerkannt wurden, nicht wieder anknüpfen. Nach Deutschland, in das Land, das sie einst Heimat nannte, kehrte sie nie wieder zurück. Dennoch gehörte sie zu denjenigen, die das Glück hatten, zu entkommen und sich dem Zugriff der Nationalsozialisten zu entziehen. Vielen blieb diese Möglichkeit der Flucht verwehrt. Einige hatten die Sicherheit im europäischen Exil gesucht, doch mit Beginn des Zweiten Weltkriegs erwies sich auch diese vermeintliche Rettung als Trugschluss. Sie wurden ihres Besitzes beraubt und ermordet. Die Hoffnungen und Träume jener, deren Leben gewaltsam beendet wurde, spiegeln sich in ihren Aufzeichnungen wider. Es ist wichtig, diese Berichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Das Jahr 1938 brannte sich als Zäsur in die Erinnerung der Betroffenen ein

Zur Erinnerung an die dramatischen Ereignisse, welche die Erfahrungen deutschsprachiger Juden prägten, hat das Leo Baeck Institute New York | Berlin (LBI-NY | Berlin) das Projekt »1938« ins Leben gerufen. Mithilfe eines bilingualen Online-Kalenders will das LBI-NY | Berlin nunmehr 80 Jahre nach dieser Zäsur die Lebensgeschichten deutschsprachiger Juden in die Gegenwart holen, um ihnen und ihren Gedanken als »Posts from the Past / Stimmen aus der Vergangenheit« erneut Präsenz zu verleihen. Das Vorhaben ist in seinem Umfang und seiner Perspektive der deutsch-jüdischen Diaspora einzigartig. Es wird zudem durch eine Wanderausstellung und weitere Veranstaltungen in Deutschland ergänzt. Täglich wird ein neuer Eintrag zu 1938 freigeschaltet werden, der die privaten Eindrücke und Erlebnisse von Einzelpersonen am entsprechenden Datum vor 80 Jahren schildert und über Kommunikationskanäle wie Facebook und Twitter angekündigt und verbreitet wird. Die Einbindung moderner Medien soll vor allem ein jüngeres, technikaffines Publikum ansprechen. Zugleich offenbaren die in 365 originalen Dokumenten und Objekten vorgestellten Einzelschicksale und persönlichen Geschichten die ungebrochene Brisanz der historischen Erlebnisse und Erfahrungen für die Gegenwart.

Hinter den nüchternen Zahlen verbergen sich unzählige persönliche Schicksale

Seit über 60 Jahren hat sich das Leo Baeck Institute (LBI) der Aufgabe gewidmet, das kulturelle Vermächtnis und die Geschichte des deutschsprachigen Judentums zu bewahren. Im Sommer 1955 beschloss eine Gruppe deutsch-jüdischer Intellektueller, das LBI zu gründen. Nach dem Willen seiner Gründer, darunter Martin Buber, Ernst Simon, Hannah Arendt, Robert Weltsch und Gershom Scholem, entstand es zeitgleich in den Zentren der Emigration: in New York, London und Jerusalem. Erster Präsident und Namensgeber wurde der Rabbiner Leo Baeck. Das LBI-NY | Berlin ist dank seiner einzigartigen Bestände über die Jahrzehnte zum zentralen Ort der deutschsprachigen Diaspora und bedeutendsten Archiv für deutsch-jüdische Geschichte angewachsen. Seine Bibliothek beherbergt mehr als 80.000 Bände. Hinzu kommen tausende Kunstwerke, über 2.000 Memoiren, 25.000 Fotografien und mehrere laufende Kilometer an Dokumenten, von denen inzwischen über 3,5 Millionen Seiten digitalisiert wurden und die seit 2012 online frei zugänglich unter DigiBaeck – www.lbi.org/digibaeck/ – abrufbar sind. Anlässlich der Gründung des Jüdischen Museums Berlin wurde 2001 eine Archiv-Dependance geschaffen und Ende 2013 erfolgte die Gründung eines Büros in Berlin, um als Kontaktstelle für die Belange des LBI-NY | Berlin zu fungieren.

Doch nicht nur die Sammlungsgeschichte und der Umfang der im LBI-NY | Berlin bewahrten Archivalien ist einmalig, ebenso einzigartig sind die Objekte selbst. Der Großteil wurde von jüdischen Flüchtlingen oder ihren Nachkommen in die Obhut des Instituts übergeben. Die derart bewahrten Dokumente, Bücher, Aufzeichnungen und Erinnerungsstücke haben ihre früheren Besitzer mitunter durch mehrfaches Exil begleitet und verdeutlichen, wie stark die emotionale und psychologische Verbundenheit zur deutschsprachigen Kultur war – trotz Brüchen, Entwurzelung und Trauma.

Gerade in heutigen Zeiten, in denen der Populismus auf nationaler und internationaler Ebene regen Zuspruch erhält und die Werte der Demokratie infrage gestellt werden, ist es umso notwendiger, sich der Lehren der Vergangenheit zu erinnern und die verheerenden Folgen, die aus der Diskriminierung, Ausgrenzung und Entrechtung von Minderheiten resultieren, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Gegen extremistische Ansätze, fundamentalistische Tendenzen und Geschichtsvergessenheit vorzugehen, ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie erfordert gleichermaßen die Auseinandersetzung mit der Geschichte als auch bürgerliches Engagement in der Gegenwart, ungeachtet des eigenen kulturellen oder religiösen Hintergrundes. Um dies zu ermöglichen, ist es unerlässlich, die Relevanz historischer Ereignisse für das alltägliche Hier und Jetzt zu vermitteln und langfristig für die pädagogische Bildung in interkulturellen Kontexten nutzbar zu machen.

Angesichts des ungeheuren Ausmaßes der barbarischen Ereignisse vor 80 Jahren lassen sich diese kaum in ihrer Gesamtheit erfassen. Doch hinter den nüchternen Zahlen verbergen sich unzählige persönliche Schicksale. Diesen erneut Gesichter, Namen und Würde zu verleihen, ist das ausgesprochene Ziel des LBI-NY | Berlin und unseres »Projekts 1938«, das ab Januar 2018 die Geschichten von Einzelpersonen und Familien in den Vordergrund stellen wird. Es ist unbestreitbar, dass der bevorstehende Verlust der letzten noch lebenden Zeitzeugen eine unschließbare Lücke hinterlassen wird. Doch die privaten Aufzeichnungen von Personen, ihre persönlichen Andenken und erhaltenen Dokumente bilden auch zukünftig das Vermächtnis des deutschsprachigen Judentums – ein kulturelles Erbe, das sowohl in seinen Glanzzeiten der jüdischen Emanzipation als auch in seiner fast vollständigen Zerstörung im Nationalsozialismus einzigartig bleibt.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / AKG

Schaufenster eines Modehauses in Klagenfurt mit dem Hinweis »Wegen Arisierung geschlossen« nach dem Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland im Jahr 1938

Miriam Bistrovic ist Berlin Representative des Leo Baeck Institute New York | Berlin

Was ist deutsch?

Deutsch-Sein im Wandel

Hans Jessen spricht mit dem deutsch-israelischen Historiker und Publizisten Michael Wolffsohn über Deutschmichel, Leitkultur und vieles andere mehr.

Hans Jessen: Herr Wolffsohn, Sie haben unter dem Titel »Was ist deutsch?« einen Text verfasst, der sich etwas polemisch liest: »Deutsch ist, was Herr oder Frau Deutschmichel als deutsch empfinden. Deutsch ist nicht allein, was Herr oder Frau Professor Doktor Deutschmichel als deutsch empfinden und definieren.« Schmeckt Ihnen etwas nicht an der Debatte, die um das, was deutsch ist oder sein kann, derzeit geführt wird?
Michael Wolffsohn: Die Debatte ist notwendig, aber wie bei vielen Debatten in Deutschland vermisse ich die intellektuelle Tiefe. Das als Vorbemerkung. Dieser Text, auf den Sie sich beziehen, ist nicht polemisch. Er ist analytisch. Ich wüsste nicht, wer empirisch nachweisbar zusammenfassen könnte, was deutsch, englisch, französisch, russisch usw. sein könnte. Jeder oder jede Gruppe hat diesbezüglich ein eigenes Verständnis. Die Realität jeder Gesellschaft ist ihre Vielschichtigkeit, ihre Pluralität. Wenn es eine Pluralität in der Gesellschaft und dem gesellschaftlichen Denken, Fühlen, Meinen gibt, kann es keine einheitliche Definition dessen geben, was, bezogen auf Deutschland, deutsch wäre.

Sie sagen, zur Debatte darum, was deutsch ist, gehöre ganz wesentlich, was deutsch war. Man müsse Vergangenheit und Gegenwart a) voneinander trennen, b) aber zueinander in Beziehung setzen. Also kein statischer Begriff, sondern ein dynamischer?
Geschichte ist dynamisch. Das menschliche Leben ist dynamisch. Kein Mensch ist nur ein Teil, den man konkret definieren kann. Wir spielen verschiedene Rollen. Wir sind in verschiedenen Situationen verschieden. Wir denken in verschiedenen Situationen bereits individuell verschieden. Warum sollte es ausgerechnet kollektiv dann einen, und das sage ich jetzt polemisch, Einheitsbrei geben? Das sind doch Fiktionen. Halten wir uns an die Fakten. Das Wunderbare an der offenen Gesellschaft, die uns hoffentlich als Ziel verbindet, ist die Vielschichtigkeit und Pluralität. Pluralität zum einen und definitorische Singularität zum anderen, das ist unmöglich.

Aber ist nicht das Ziel eines solchen Diskurses, etwas Gemeinsames, sogar Gemeinschaftliches festzustellen? Ist für Sie die Suche nach dem Gemeinsamen eine vergebliche Suche?
Die Suche ist Teil des menschlichen Seins und, wenn überhaupt vorhanden, Denkens. Im Judentum z. B. ist das Religionsgesetz so zu verstehen – ich greife eher Stichworte auf – als Weg, also als Suche. Man findet es nicht. Wen oder was sucht man in der Religion? Den Weg zu Gott. Und individuell wie auch kollektiv sucht man den Weg zu sich selbst als Individuum und zum Kollektiv, in das man, wohlgemerkt zufällig, hineingeboren wurde. D. h., es gibt – und ich meine das gar nicht vorwurfsvoll – in dieser Diskussion, bezogen auf das Ziel, etwas Manipulatives. Wir machen aus addierten Zufällen ein gemeinsames Sein. Das Bedürfnis ist vorhanden. Aber rein analytisch müssen wir uns dessen klar werden, dass das ein Manipulativum ist. Ein notwendiges Manipulativum, aber das auszusprechen, ist keine Polemik. Ich habe auch gar nichts dagegen. Aber analytisch halte ich es für unmöglich, jenseits der Manipulation, einen Konsens zu finden über das, was deutsch ist.
Ich habe nichts gegen einen aufgeklärten Nationalismus, ganz im Gegenteil. Ich war einer der Ersten, noch vor der Wiedervereinigung, die für einen aufgeklärten Patriotismus plädiert haben und bin dafür beinahe gesteinigt worden.
Das ist die eine Seite. Aber die andere Seite ist das durch Denken analysierende Festhalten des Faktischen.

Wenn ich Sie recht verstehe, lautet Ihre These: Es ist gut, wenn Menschen sich unterhalten, was für sie deutsch ist. Es wäre aber eine Illusion, zu sagen: Aha, jetzt kommen wir auf etwas normativ Festlegbares, was das Deutsche sei?
Ja. Die normative Einheit halte ich für eine Plattmacherei, für intellektuell völlig inakzeptabel. Das wäre sozusagen das kulturelle Gegenstück zur Einheitspartei. Sei sie sozialistisch, nationalsozialistisch oder wie auch immer definiert.

Was können Sie mit dem Begriff »Leitkultur« anfangen?
Sehr viel. Der sagt in schöner Offenheit, dass geleitet werden soll. D. h., es gibt ein Subjekt und es gibt ein Objekt. Der Leitende und der Geleitete. Und jetzt kommen wir zum Kern der Dinge: Was ist das normativ für mich Entscheidende? Der Leitende sollte vom Humanum abgeleitet sein. Das Humanum wird in den jeweiligen Nationalsprachen formuliert. Also in Deutschland wird der Leitende/die Leitende nicht auf die Idee kommen, die Leitung auf Chinesisch oder Russisch vorzunehmen. Was heißt das wiederum in Bezug auf die Definition dessen, was deutsch, französisch, russisch ist? Eine Nation ist eine Kommunikationsgemeinschaft. Zum ersten ist sie eine Zufallsgemeinschaft, die Addition derer, die zufällig in ein Land, in einen Staat hineingeboren wurden. Ich rede noch nicht über die Zugewanderten, Zugereisten, Hinzugekommenen. Was ist nicht zufällig an dieser Gemeinschaft? Wobei hier auch der historische Zufall eine Rolle gespielt hat. Nämlich die Sprachentwicklung. D. h., in der Nation A wird die Sprache A gesprochen. Man regt sich über die gleichen Politiker, Intellektuellen, Schwätzer, klugen Menschen auf. Eine Definition, die der böhmisch-amerikanisch-jüdische Politikwissenschaftler Karl W. Deutsch geprägt hat: Kommunikationsgemeinschaft. Das ist sprachlich und wirtschaftlich eine Kommunikationsgemeinschaft. Die Kommunikation innerhalb ein- und derselben Nation ist intensiver als mit der benachbarten. Je weiter die Entfernung geografisch, desto schwächer die Kommunikation. Das hat sich im Zuge der Globalisierung, erfreulich oder nicht, verändert. Da spielt die geografische Entfernung keine so große Rolle mehr. Aber sie spielt eine Rolle. Und natürlich auch die sprachliche. Kurzum, das Manipulative im Definitorischen zu erkennen, ist notwendig, wenn man Mündigkeit der Deutschen, Engländer, Franzosen haben will. Darüber hinaus muss das oberste Ziel das Humanum sein.

Es gibt also nicht eine Art Leitkultur, die sich in 10, 15, wie viel auch immer, Einzelabschnitten definieren ließe, aber es gibt einen Prozess der Kommunikation, des Austausches, in dem sich Kultur konstituiert, von der man sich dann leiten lassen kann?
Richtig. Aber es ist nicht die oberste Schicht. Die oberste Schicht ist eine universalistische. Das sind, wenn Sie es formalistisch definieren wollen, die Menschen- und Bürgerrechte oder die naturrechtlichen Leitgedanken der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, nämlich die Sicherung des Staates als Aufgabe für »Life, Liberty and the Pursuit of Happiness«, wie immer man das definiert. Das ist ein Humanum. Das ist nicht bezogen auf die Amerikaner, die Deutschen und so weiter. Und auf den unteren Ebenen haben wir dann die jeweils spezifische Leitkultur. Die oberste Leitkultur muss das Humanum sein. Auf einer weiteren Stufe, wo auch immer, das ist eine definitorische, auch identifikatorische Frage, kommt dann das jeweils Nationale, in diesem Falle deutsch.
Was war und ist deutsch? Das, was deutsch ist, beschäftigt sich natürlich mehr mit dem, was auch immer deutsch war. Einschließlich Nationalsozialismus bis hin zu den »ollen« Germanen, Armin, der Cherusker usw. Das beschäftigt »die« Deutschen mehr als die Könige von Frankreich.

Wenn man unter Kultur nicht nur Hochkultur versteht, sondern einen Begriff von Kultur als Lebensweise hat, dann finde ich die Frage interessant: Was hat sich z. B. im Sommermärchen, der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland 2006, an kollektiver Entäußerung von Lebensweise oder auch Sehnsüchten manifestiert? Was war daran deutsch?
Genau. Das ist die Frage. Fußball ist Fußball. Die Kicker sind in Deutschland geprägt. Wobei natürlich auch hier die Herkunfts- und Kulturanalyse der Fußballer eine hochinteressante Rolle spielen könnte. Nun sind das nicht unbedingt die Kulturträger der jeweiligen Nation, müssen sie auch gar nicht sein. Ich meine das in keiner Weise hochmütig. Aber wenn man jetzt mal rein vom Erscheinungsbild her die Kicker des Jahres 2006, erst recht der unmittelbaren Gegenwart, vergleicht mit den Weltmeistern von 1954, dann sieht man, dass sich nicht nur die ethnische Zusammensetzung der Fußballer verändert hat, sondern der Nationen. Das gilt für sportliche Ereignisse ganz allgemein. Das wiederum bringt uns zur Kultur und Zusammensetzung der Gesellschaft. Dass sich heute ohne Probleme die nationale Gemeinschaft mit dieser sehr heterogenen Truppe »identifiziert«, zeigt, was sich in Deutschland verändert hat. Das ist nun heute deutsch. 1954 war sozusagen das Quarkgesicht typisch deutsch. Heute haben Sie einen Jérôme Boateng, Sami Khedira oder Mesut Özil, das gefällt manchen und manchen nicht. Hier ist der Sport ein Spiegel der Gesellschaft und ihrer Veränderungen. Das ist die positive Seite. Aber machen wir uns nichts vor, jede positive Seite – und wir interpretieren das jetzt kultursoziologisch – hat auch ihre negativen Seiten. Ein Özil, der Tore schießt, ist ein guter Deutsch-Türke. Und ein Özil, der keine Tore schießt, ist für einen Großteil dauerhaft ein schlechter Özil. Die Ambivalenz können Sie nicht zuletzt an dieser Person feststellen. In der Qualifikation für die Fußball-Europameisterschaft spielte 2010 Deutschland in Berlin gegen die Türkei. Im Jahr zuvor hatte sich Özil für die Deutsche National-Elf entschieden. Das Berliner Olympiastadion war voller Deutsch-Türken oder Türken oder Menschen türkischer Herkunft. Wenn Özil den Ball hatte, wurde er ausgepfiffen. Was heißt das? Nehmen wir an, dass die Mehrheit der im Berliner Olympiastadion zuschauenden Türken, Deutsch-Türken sogar den deutschen Pass hatten – dann identifizierten sie sich, wie an den Pfiffen zu hören, dennoch wohl stärker mit der Türkei. Wenn Özil den Ball hatte, wurde er ausgepfiffen. Wir sehen hier, dass die Definition dessen, was deutsch, türkisch usw. ist, überhaupt gar nicht eindeutig sein kann. Gerade an dieser Person kann man das besonders deutlich machen. Weder individuell noch kollektiv können Sie die Singularität der Definition anwenden, sondern Sie haben hier die Personifizierung der Pluralität. Und auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zeigt Ihnen dies das Steuerungselement dieser Debatte. Es ist doch unsere Aufgabe als Intellektuelle, uns dessen bewusst zu werden.

Welche Rolle spielt die Kultur in diesem schwierigen dynamischen, dialektischen, nicht im starren Regelwerk enden könnenden Prozess der Suche nach dem, was zur Zeit, für wen auch immer von uns, deutsch ist?
Die Kultur ist etwas Gewachsenes und Dynamisches. Sie ist kein Endprodukt. Nehmen Sie allein die Sprache. Einer der vielen Gründe, weswegen deutsche Literatur kein wirkliches Massenprodukt mehr unter »Biodeutschen« ist oder denen, die der deutschen Sprache wirklich mächtig sind, ist die Unterschiedlichkeit der Sprache. Wenn sie Grimmelshausen im Original lesen, dann haben sehr viele große Schwierigkeiten. Oder die wunderbare Lyrik eines Walther von der Vogelweide oder der mittelhochdeutschen Lyrik ganz allgemein.
Es ist mit das Schönste an Lyrik, was in der deutschen Kultur geschrieben wurde. Es gab auch andere großartige Lyrik. Aber wer ist noch in der Lage, das zu lesen? Ich gebe selbstkritisch zu, dass ich sozusagen auch eine zweisprachige Ausgabe brauche.

Bei »Sprache« möchte ich einhaken. Wir waren eben beim »Fußball-Sommermärchen«. Das bezieht sich historisch auf das Wintermärchen von Heinrich Heine. Eine Liebeserklärung an Deutschland und speziell an die deutsche Sprache. Heine schrieb: »Und als ich die deutsche Sprache vernahm, da ward mir ganz seltsam zumute, ich meinte nicht anders, als ob das Herz recht angenehm verblute.« Ein großer deutscher jüdischer Dichter drückt über die Sprache seine Liebe aus. Hat er damit nicht definiert: »Das ist für mich deutsch«?
Natürlich. Nation ist, ich zitiere noch einmal Karl W. Deutsch, eine Kommunikationsgemeinschaft. Die Sprache ist ein ganz wichtiges Bindemittel. Aber – und auch hier wieder der dialektische Charakter dieses Faktums – die deutschen Juden waren der deutschen Sprache genauso mächtig wie Lieschen Müller. Man muss nicht unbedingt Heinrich Heine gewesen sein. Meine Großeltern, die dann eben von Hitler und Konsorten vertrieben worden sind, waren auch akzentfrei, grammatikalisch in der Lage, richtiges Deutsch zu sprechen. D. h., das, was wir heute immer hören, dass Sprache der entscheidende verbindende Faktor wäre, trifft nicht zu. Denn hätte es zugetroffen, wären die Juden nicht ausgegrenzt worden. Zum einen zeigt sich der instrumentelle Charakter. Zum anderen ist die Sprache natürlich etwas ganz Emotionales. Ich gebe Ihnen ein sehr subjektives Beispiel, um wieder das Subjektive mit dem Kollektiven zu verbinden: Wenn ich im Ausland bin, sagen wir mal, Auslandsreise in Südkorea, Taipeh oder in Afrika, und in eine Lufthansa-Maschine steige und die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt, Die Tageszeitung und Süddeutsche Zeitung angeboten bekomme, oder wieder Deutsch höre, dann geht es mir ähnlich wie Heinrich Heine in diesem wunderbaren Gedicht, ohne dass ich das ebenso schön formulieren könnte. Das Emotionale ist ein ganz wichtiger Faktor. Aber wir müssen uns zugleich dessen bewusst sein, dass es ein manipulativer Faktor sein kann. Und in der Geschichte, nicht nur in der deutschen Geschichte, immer ein manipulativer Faktor war. D. h. nicht, dass wir das Wohlgefühl mit schlechtem Gewissen abstellen müssten. Wir müssen uns nur einfach über das, was ist, im Klaren sein.

Als Resümee: Sie warnen vor dem manipulativen Charakter einer Definition von Deutsch-Sein. Sie sagen, es gehe im Grunde nur individuell, dynamisch im kommunikativen Prozess. Wo kann diese Frage »Was ist deutsch?« im besten Fall münden?
Es ist das Humanum in seiner spezifischen Ausprägung. Das gilt für jedes nationale Gefühl oder jede Definition des Nationalen. Basierend auf dem Instrument der Kommunikation, der jeweils spezifischen Kommunikation ist, so meine normative Vorstellung, das spezifisch Nationale zu definieren, aber im Sinne einer dynamischen Definition. Nicht: »Das ist, und fertig«, festgemauert in der Erden. Sondern es entwickelt sich weiter. Das ist auch in der deutschen Kultur so. Gucken Sie sich doch die Literaten der Gegenwart und der Vergangenheit an, auch ihre Herkunft. Bei Theodor Fontane wissen wir von seiner hugenottischen Herkunft. Wenn Sie sich die deutsche Gegenwartsliteratur ansehen, die deutsche Nobelpreisträgerin Herta Müller ist eine Deutsche, aber aus Rumänien stammend. Und so viele weitere: György Dalos, der aus Ungarn stammt, in Berlin lebt, fließend Deutsch spricht, Deutsch schreibt – das ist ein großartiger deutscher Literat. Oder »Das achte Leben« von Nino Haratischwili, meines Erachtens einer der besten deutschsprachigen Romane der unmittelbaren Gegenwart. Nino Haratischwili ist eine inzwischen Deutsch-Georgierin, die als junge Erwachsene nach Deutschland kam, dann Deutsch lernte und ein phänomenales Deutsch schreibt. Dieses Buch ist ungefähr 800 Seiten stark. Ich konnte es überhaupt nicht weglegen. Da wird die deutsche Sprache um Bilder aus dem Georgischen ergänzt, aber kongenial. D. h., dass die Empfindungswelt Georgiens in die deutsche Sprache übertragen wird und im Sprachgebäude nicht als fremd empfunden wird. Das wäre vor 100 Jahren, auch vor 50 Jahren, noch undenkbar gewesen. Plötzlich erweitern sich die Sprach- und Gefühlsbilder durch das Importierte. Das halte ich für die große Aufgabe der Kultur. Da kann Kultur in der Kommunikation kreativ Neues entwickeln aus dem Kern des Humanum. Das ist das Entscheidende. Es ist überhaupt nichts Negatives, wenn sich ein Deutscher als deutsch empfindet, wie immer er oder sie es definiert. Aber wir müssen uns im Klaren sein, wenn wir es als normative Vorgabe wollen, dann muss das übergeordnete Ziel das Humanum sein.

Vielen Dank.

Michael Wolffsohn ist Historiker und Publizist. Hans Jessen ist freier Journalist und Publizist. Er war langjähriger ARD-Hauptstadtkorrespondent

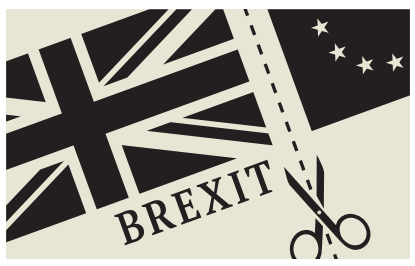
Ode an die Freude

Glaube an und Arbeit für die Zukunft

RICHARD DEACON

Da ich gefragt werde, muss ich sagen, dass für mich persönlich – und ich nehme das sehr persönlich – unser drohender Austritt aus der Europäischen Union katastrophal ist, ja sogar traumatisch. Ich wurde 1949 geboren, als Großbritannien und ein großer Teil des übrigen Europas noch in Trümmern lagen. Die harte Arbeit des Wiederaufbaus hatte gerade erst angefangen. Die Bündnisse aus Kriegszeiten waren auseinandergebrochen, und der Kalte Krieg hatte begonnen. Nukleartests der Amerikaner und Sowjets waren in vollem Gange und gipfelten am 1. November 1952 in der Explosion der ersten Wasserstoffbombe auf der Insel Elugelab des Eniwetok-Atolls. Immer katastrophalere Folgen des Kriegsirrsinns zeichneten sich ab. Die brutalen und mörderischen historischen Entwicklungen der europäischen Nationalstaaten in den ersten 50 Jahren des 20. Jahrhunderts versprachen keine Hoffnung für die Zukunft. Und doch bin ich jetzt fast 70 Jahre alt. Auch wenn es Augenblicke des Schreckens und tiefempfundene Ängste gegeben hat, so sind doch die alten schlechten Gewohnheiten nicht zurückgekehrt. Mit Ausnahme des Balkankonflikts Mitte der 1990er Jahre habe ich Zeit meines Lebens keinen Krieg in Europa erlebt. Für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die nachfolgende Europäische Union in ihrer heutigen Form hat es langsame, aber stete Fortschritte darin gegeben, Dinge anders zu machen und sich auf das Gemeinsame zu konzentrieren, anstatt das Spaltende in den Vordergrund zu rücken. Ich war schon vor dem Erfolgsergebnis des britischen Referendums im Jahre 1975 von dieser Idee überzeugt, engagierte mich mit großer Leidenschaft für eine Abstimmung mit »Ja« und war hocherfreut über das Ergebnis. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union blieb für Angehörige des rechten Flügels der britischen Tories und des linken Flügels der Labour-Partei eine schwärende Wunde. Aber meist waren die Politikerinnen und Politiker pragmatisch und meine Scheuklappen hinderten mich daran, zu erkennen, dass nicht alle sehen konnten, dass der eingeschlagene Weg richtig war. Hier geht es nicht um Handelserleichterungen, wirtschaftliche Sicherheit oder Ähnliches – so wesentlich Arbeitsplätze und Geld auch sind. Nein, für mich geht es um etwas, das viel tiefgreifender ist – um eine Anreicherung dessen, was wir gemeinsam haben, statt einer Verstärkung dessen, was trennt. Es ist natürlich bemerkenswert, dass die europäische Hymne die »Ode an die Freude« und keine kriegerische Hymne ist und dass die EU zwar einen Grenzschutz, aber keine Armee hat und trotzdem nicht schwach ist. Diese Art der Politik ist anders, besser – und für mich ist es traumatisch, dass mein Land sich davon abwendet. Ich werde weder die nachlässig-arrogante Missachtung eines leichtfertigen Opportunisten wie David Cameron noch die galligen Äußerungen von Leuten wie Nigel Farage, Boris Johnson oder Michael Gove verzeihen. Und wichtiger noch – meine Kinder und andere in ihrem Alter werden ihnen wohl nicht verzeihen, dass sie ihre Zukunft so drastisch begrenzt haben.

Als Künstler habe ich in Museen, Galerien oder anderen öffentlichen Räumen in 17 der gegenwärtig 27 Mitgliedstaaten der EU (ohne Mitgliedschaft Großbritanniens) ausgestellt. Ich habe Auftragsarbeiten in öffentlichen Räumen in Deutschland (3), in den Niederlanden (2), Spanien (2) und Frankreich geschaffen und befinde mich momentan im Anfangsstadium meiner Arbeit an einem Entwurf für einen öffentlichen Raum in Prag in der Tschechischen Republik. Ich hatte bereits Lehrstühle in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland und habe in vielen anderen Mitgliedstaaten in Workshops gelehrt oder Vorlesungen gehalten. Ich bin viel und vollkommen ungehindert gereist, habe wunderbare Orte und Dinge gesehen und unglaublich viele interessante Menschen getroffen – darunter viele Künstlerinnen und Künstler. Ich habe es genossen, die Kommunikation in anderen Sprachen auszuprobieren und mich als Teil einer Gemeinschaft zu fühlen. Ich wurde von anderen Ländern mit vortrefflicher Großzügigkeit behandelt. All das scheint jetzt gefährdet zu sein – und ich weiß, dass diese Reaktion zu emotional ist und einer Korrektur bedarf. Aber was ist zu tun?



Leider glaube ich nicht daran, dass die Durchführung eines weiteren Referendums Zugkraft hat. Sofort wären demagogische Argumente vom »Willen des Volkes« auf dem Plan, und man liefe Gefahr, die bereits jetzt stark zerrüttete britische Gesellschaft noch weiter zu polarisieren. Das Vereinigte Königreich ist selbst gefährdet, und seltsamerweise gibt gerade das vielleicht etwas Hoffnung. Aus ganz unterschiedlichen Gründen werden weder die Schotten noch die Nordiren, die jeweils mit großer Mehrheit für den Verbleib in der Union gestimmt hatten, einen harten Brexit unterstützen; und deren Empfindungen sitzen tief genug, um die Einheit des Vereinigten Königreichs infrage zu stellen. Paradoxerweise ist dies eine gewisse Garantie dafür, dass es nicht zu einem harten Brexit kommen wird – sprich, dass wir uns nicht vollkommen abwenden werden. Ich denke, wir sind noch nicht am Ende dieser Geschichte angekommen. Ich kann mir eine Zukunft vorstellen, in der sich ein politischer Weg zurück in die Europäische Union öffnet, allerdings nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Also können wir aktuell auf jeden Fall eines tun: die Kontakte auf persönlicher Ebene, im Bildungsbereich, auf institutioneller Ebene und im Geschäftsleben überall und auf jede uns zur Verfügung stehende Weise am Leben erhalten und von uns geknüpfte Verbindungen mit Bestimmtheit aufrechterhalten.

In den letzten 20 Jahren war London einer der spannendsten Orte der Welt, um Kunst zu schaffen, zu zeigen und zu sehen – in Museen, staatlichen und internationalen Galerien, in Räumen, die man sich für die Kunst aneignete, in kleinen Künstlerkooperativen, Kunsthochschulen oder in Ateliers einzelner Kunstschaffender. Einfach fantastisch, welche Vielfalt und Größenordnung, welche Ambitionen und Qualität wir dort sehen konnten. Für mich hält die Stadt dem Vergleich mit dem Paris der späten 1890er und frühen 1900er Jahre oder dem New York der späten 1940er, der 1950er und frühen 1960er Jahre stand. Ich fühle mich auf wunderbare Weise privilegiert, ein Teil davon gewesen zu sein. Viele verschiedene Faktoren – Einzelpersonen, Institutionen, wirtschaftliche Möglichkeiten und ein gesellschaftlicher Wandel haben gemeinsam zu dieser Blütezeit beigetragen und natürlich hält sie nicht an. Wir sollten dankbar für ihre Existenz sein und die Gewinne in die Zukunft hinüberretten. In London haben die überzogene Monetarisierung der Kunstwelt und der rasante Höhenflug des Immobilienmarktes die Situation vermutlich kippen lassen. Das Brexit-Votum erscheint eher symptomatisch statt ursächlich zu sein und spiegelt eine Ablehnung der Globalisierung wider, die deren Wurzeln zu marginalisieren scheint. Dies ist für den Kultursektor ein ebenso wichtiges Thema wie für die verarbeitende Industrie und die Schwerindustrie. Die Vitalität, die insbesondere in London, aber auch in der gesamten britischen Kunstszene zu spüren ist, bedeutet, dass sehr umfassende Netzwerke entstanden sind – individuell, institutionell, kollektiv und kommerziell. Sich dafür einzusetzen, diese Verbindungen zumindest aufrechtzuerhalten und gleichzeitig neue Kontakte zu knüpfen, ist von entscheidender Bedeutung.

Ich bin Künstler. Ich bin eigennützig und egoistisch und ich schätze meine Unabhängigkeit. Aber ich verändere mich auch und passe mich an. Momentan ist es für einen jungen Künstler, der in London seinen Hochschulabschluss macht oder in die Stadt zieht, so gut wie unvorstellbar, so wie ich ein verlassenes Fabrikgebäude zu finden und sich dort zusammen mit einigen anderen in mehreren Ateliers kostengünstig zu etablieren. Die inflationäre Entwicklung der Immobilienpreise und die hohen Lebenshaltungskosten haben dies zu einem bloßen Wunschtraum werden lassen. Aber junge Künstler sind widerstandsfähig, ihre Arbeitsweise wird sich ändern und hat sich bereits geändert; und auch wie sie diese großartige Stadt nutzen und sich der Familie der Kunstschaffenden in Europa und auf der ganzen Welt zuwenden, wird sich anpassen und weiterentwickeln. Wir haben bereits viel, worauf wir aufbauen können. Lasst uns an die Zukunft glauben und darauf hinarbeiten.

Richard Deacon ist Künstler

Kühne Visionen statt Zaudern

Ein Kommentar von Gabriele Schulz

Am 26. September letzten Jahres, zwei Tage nach der Wahl des 19. Deutschen Bundestags, hielt der französische Staatspräsident Emmanuel Macron seine europapolitische Rede an der Sorbonne. Mit großer Emphase und Geste endete er mit der Hoffnung, am 22. Januar 2018 einen neuen Élysée-Vertrag auflegen zu können, in dem Deutschland und Frankreich 55 Jahre nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrags eine neue Partnerschaft begründen und sich an die Spitze eines stärker zusammenwachsenden Europas setzen.

Am 7. Dezember letzten Jahres kündigte der SPD-Vorsitzende Martin Schulz in einer Grundsatzrede vor dem SPD-Parteitag an, sich für die Vereinigten Staaten von Europa einsetzen und hierauf in einer möglichen Regierungsbeteiligung hinarbeiten zu wollen. Der überzeugte Europäer warb ebenfalls mit viel Herzblut und Engagement für ein gemeinsames Europa.

Am 17. Dezember stellte die österreichische ÖVP/FDÖ-Koalition ihren Koalitionsvertrag vor. Stolz wird sich zur Europäischen Union und der Einhaltung der Verträge bekannt. Ein Bekenntnis zu Europa im Koalitionsvertrag eines EU-Mitgliedstaat ist auf den ersten Blick ein »weißer Schimmel«. Auf den zweiten zeigt es, dass derzeit offenbar Selbstverständlichkeiten eigens erwähnt werden müssen. Dass Bundespräsident Alexander van der Bellen eine solche Aussage eingefordert hat, verweist auf den Geist der neuen Koalition in unserem Nachbarland.

Ebenfalls am 17. Dezember traf sich die Fraktion der Rechtspopulisten im Europäischen Parlament in Prag, um sich über ihre Vorstellung von Europa auszutauschen. Sie wollen weniger Europa, mehr Rechte für die Nationalstaaten und vor allem hohe Grenzzäune, um Migranten außen vor zu halten.

Kurz vor Weihnachten, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe, könnte die EU-Kommission erstmals gegen einen EU-Mitgliedstaat, Polen, ein Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 einleiten, an dessen Ende der Verlust des Stimmrechts stehen könnte.

Zerfällt Europa 28 Jahre nach dem Ende des Kalten Kriegs erneut in Ost und West? Ist das einzig einigende Band von Europa die Abwehr von Fremden? Geht es in Europa in erster Linie um die Sicherung des eigenen Vorteils?

Ich meine, nein. Emmanuel Macron hat in seiner Sorbonne-Rede beschrieben, vor welchen Herausforderungen Europa heute steht. Auf die amerikanische Schutzmacht kann sich nicht mehr verlassen werden, Europa wird mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen müssen. Migration ist eine Folge des Kolonialismus und eines nach wie vor ungerechten Welthandelssystems. Solange hier keine echten Fortschritte im Nord-Süd-Dialog und in dem Marktzugang der Länder des Südens erreicht werden, wird das Thema Migration auf der Tagesordnung bleiben.

Der Klimawandel erreicht inzwischen auch die klimatisch begünstigten Länder in Mitteleuropa und wird hier seinen Tribut fordern. Macron endet seine Rede mit zwei Kulturthemen: der Digitalisierung und der Bedeutung von Kultur für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mit Blick auf die Digitalisierung plant er, dass Europa nicht länger wie das Kaninchen vor der Schlange sitzt und die multinationalen US-amerikanischen Konzerne fürchtet. Er tritt für gemeinsame europäische Innovationen in der Digitalpolitik ein. Nur so kann Europa, so Macron, den Wettbewerb um die besten Köpfe gewinnen. Deutschland und Frankreich sollen hier mit einer gemeinsamen Initiative vorangehen. Dabei misst er der Sicherung des Urheberrechts eine besondere Bedeutung zu, wenn er sagt »die wahre Autorität in Europa sind die Autoren. Deshalb müssen die Urheberrechte in diesem modernen digitalen Raum verteidigt werden«.

Hinsichtlich der Kultur spricht sich Macron unter anderem für eine offensive Politik der Mehrsprachigkeit aus. Mehrsprachigkeit nicht als Hemmnis eines geeinten Europas, sondern als eine besondere Chance zur Verständigung. Denn Sprache ist mehr als nur Kommunikation, sie ist auch ein Mittel der Verständigung. Vorgeschlagen wird, dass bis zum Jahr 2024 junge Menschen bis zu ihrem 25. Lebensjahr mindestens sechs Monate in einem anderen europäischen Land verbracht haben sollen. Studierende sollen mindestens zwei europäische Sprachen sprechen.

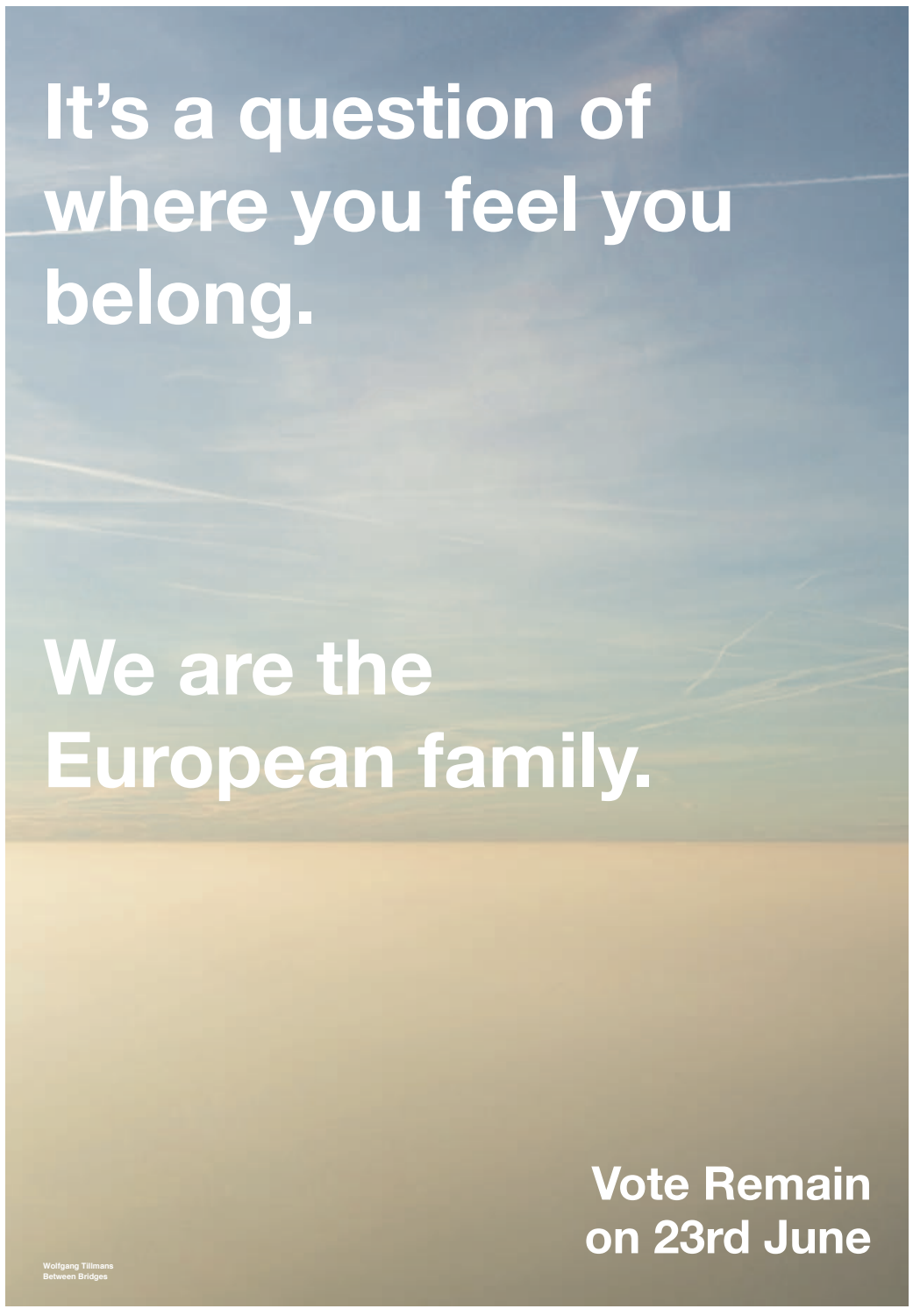
Die von Macron skizzierten Visionen zeichnen das Bild eines starken Europa, das seinen Platz in der Welt sucht, sich mit den anderen großen Akteuren misst und nicht suchend über den großen Teich schielt. Dieses Bild schließt eine Partnerschaft mit den Mittelmeeranrainerstaaten in Nordafrika und Asien ein, denn dort steht die Wiege unserer Kultur, sei sie christlich, jüdisch oder muslimisch.

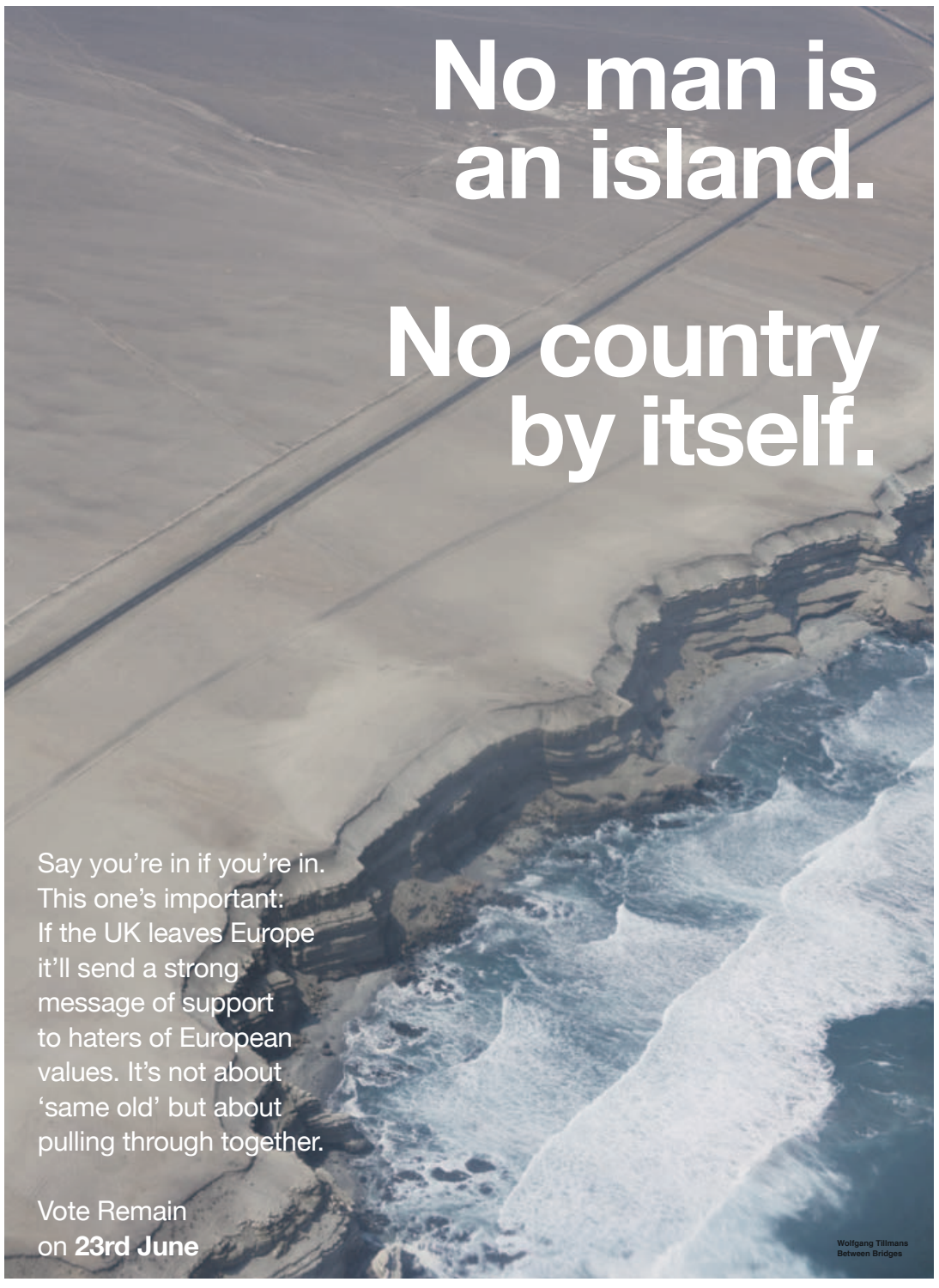
Dennoch müssen die Fliehkräfte ernstgenommen werden. In vielen europäischen Ländern gewinnen autoritäre Parteien an Zuspruch. Die Globalisierung wird als Bedrohung wahrgenommen und in einer Rückkehr zu nationalstaatlichem Handeln der Weg zu wirtschaftlicher Prosperität und gesellschaftlichem Zusammenhalt gesehen. Presse-, Meinungs- und vor allem die Kunstfreiheit werden als Bedrohung gesehen. Die Kunst soll staatlichen Zwecken dienen.

Diese Tendenzen dürfen nicht auf die sprichwörtlich leichte Schulter genommen werden. Sie müssen ernst genommen und ihnen muss energisch entgegengetreten werden. Nationalismus und autoritäre Strukturen bieten keine Antwort auf die Anforderungen im 21. Jahrhundert. Zugleich sind die Eliten gefordert, ihre Lebensweise, ihren Zugang zu Bildung, ihre Internationalität nicht zu verabsolutieren. Ein geeintes Europa muss von allen als Gewinn begriffen werden – von den perfekt zweisprachigen Studierenden mit mindestens einem besser noch zwei Erasmus-Semestern in einem anderen EU-Mitgliedstaat, genauso wie von den arbeitenden Menschen, die ihre Muttersprache beherrschen und deren Auslandsaufenthalte aus einem Badeurlaub bestehen. Nur wenn es gelingt, in beiden Gruppen, die hier exemplarisch genannt werden, das europäische Feuer zu entfachen, wird die Vertiefung der europäischen Einheit gelingen können.

In diesem Jahr jährt sich das Ende des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal. Der Erste Weltkrieg hat nicht nur eine Reihe neuer Staaten hervorgebracht, er hat zu einer Neuordnung der Welt in Europa und in Übersee geführt, er brachte einer Reihe von Staaten in Europa erstmals Demokratie, er war das Ende des Isolationismus der USA. Heute, 100 Jahre später, steht Europa vor der Herausforderung zu beweisen, dass Vorurteile und Krieg tatsächlich überwunden sind. Dass es darum geht, untereinander und den anderen Weltregionen gegenüber ein guter Nachbar zu sein. Dass Europa kein von Schrumpfung und Alterung gekennzeichneter Kontinent ist, sondern weiter in die Zukunft schaut und nicht nur Bestehendes verteidigt, sondern Neues aufbaut. Vielleicht sogar als Fernziel so etwas wie Vereinigte Staaten von Europa. Gefordert sind jedenfalls statt Zaudern kühne Visionen.

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates





FOTOS: WOLFGANG TILLMANNS

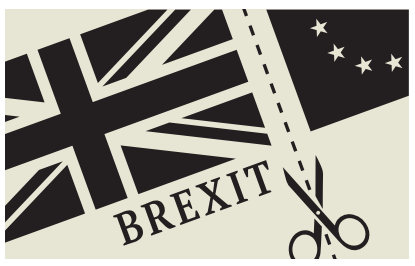
Der in Berlin und London lebende Künstler Wolfgang Tillmanns bezog im Vorfeld des Referendums mit seinser Anti-Brexit-Kampagne Stellung

BrExitus EU-Kunstmarkt?

Eine insulare Kultursonderwirtschaftszone

KRISTIAN JARMUSCHEK UND BIRGIT MARIA STURM

Wer hätte gedacht, dass Jamaika scheitert? Wer zweifelt daran, dass Brexit nicht an sich selbst scheitern könnte? Wer kann angesichts einer Politik, die weltweit unvorhersehbare Dynamiken entfaltet, ernsthaft rationale Prognosen wagen?



Der Kunsthandel hat immer über Grenzen hinweg gedacht und gearbeitet – wie die Künstler selbst. Bereits in der Phase des Referendums hatte sich der Turner-Preisträger Wolfgang Tillmanns zu Wort gemeldet. Weniger bildsatirisch, als wir es in Deutschland von den Polit-Postern eines Klaus Staeck kennen, aber nicht minder eindeutig. Mit einer Plakatserie initiierte der in London und Berlin lebende Tillmanns eine Anti-Brexit-Kampagne, die in der Kunstwelt viel Anerkennung fand. »No man is an island – no country by itself« oder »Rupert Murdoch can buy the British government« – so lauteten einige seiner Botschaften. Künstler, die im Kunstmarkt präsent sind, wollen vor allem beweglich sein. Sie fürchten die Bürokratie, die sich bei dem künftigen Drittland Großbritannien ergeben würde. Für ihre Galeristen und die Kunsthändler ist der Papierkrieg, der hierzulande immer mehr um sich greift und durch das Kulturgutschutzgesetz seit 2016 selbst für innerdeutsche Geschäfte und solche im Binnenmarkt zuschlägt, längst bittere Realität.

Thaddeus Ropac, ein aus Österreich stammender Blue-Chip-Galerist, hat 2017 eine Dependance in London eröffnet. Er bezeichnet den Brexit als einen »Schock für jeden Europäer«, betont allerdings, dass London die wichtigste Kunstmetropole nach New York bleiben wird. Und Simon Cottle vom alteingesessenen Auktionshaus Bonhams ergänzt: »London wird sich anpassen.« Meint: London wird das Beste aus dem Brexit herausholen, falls er eintritt.

Denn für die britische Kulturpolitik ist es selbstverständlich, den Kunstmarkt zu befördern. Der Kunsthandel ist in England traditionell Bestandteil des kulturellen Lebens. Dort gilt ein funktionierender Kulturmarkt als die beste Voraussetzung für die Existenz und innovative Kraft der Kreativszene. Ganz anders das bipolare Denken in Deutschland, in dessen Zentrum stets die Rechte der Urheber stehen und nicht der Kulturgütermarkt, der mehr geduldet als geschützt wird. Und dies, obwohl deutsche Galeristen und Kunsthändler viel stärker von Passion, Künstlernähe und Expertise angetrieben sind als jene im angelsächsischen Raum, wo merkantile Aspekte dominieren.

Mitte des 18. Jahrhunderts wurden in London die Auktionshäuser Christie´s und Sotheby´s gegründet, die – mittlerweile in französischer bzw. amerikanischer Hand – mit ihren spektakulären Erfolgen bis heute eine Projektionsfläche für den vermeintlich schier endlosen Geldfluss im Kunstmarkt generell abgeben. An dieses Phantasma glauben Öffentlichkeit und Politik ungebrochen. Dabei wird übersehen, dass allein der Umsatz von 850 Millionen Dollar durch Christie´s, das kleinere der beiden Häuser, dem geschätzten Jahresumsatz mit bildender Kunst in Deutschland insgesamt, also aller Marktteilnehmer, entspricht!

Der Kunstmarkt hat in England eine starke Lobby, die daran arbeiten wird, diesen durch gute Rahmenbedingungen zu erhalten. Nach den Worten des Christie´s-Präsidenten Dirk Boll zielt dies auf die Abschaffung von Gesetzen, die durch EU-Richtlinien von den Briten zähneknirschend eingeführt werden mussten. In einem Interview nennt der gebürtige Deutsche vor allem die Einfuhrumsatzsteuer für Kunstwerke, die es dort zuvor ebenso wenig gab wie das Folgerecht. Die Beteiligung erfolgreicher Künstler und deren Erben an Wiederverkäufen im Sekundärmarkt galt in Deutschland bereits seit Jahrzehnten, bevor sie 2012 in allen EU-Staaten eingeführt wurde. Die Schwächung des Kunstmarktpotenzials durch gesetzliche Restriktionen in Deutschland ist, entgegen anders lautender Meinungen, schon lange Standard. Bereits heute nutzt Großbritannien – wie einige andere europäische Länder – »Gestaltungsmöglichkeiten«, um EU-Richtlinien zu umgehen. Z. B. mit staatlich gewährten Konstruktionen, die eine ermäßigte Mehrwertbesteuerung für Kunstwerke nach wie vor zulassen. Allein die Einführung der vollen Umsatzsteuer für Kunstvermarkter bei gleichzeitiger Beibehaltung der Ermäßigung für Direktverkäufe durch Künstler hat in Deutschland seit 2014 vielen kleineren und mittleren Galerien das Genick gebrochen. Aber eine dauerhafte Marktpräsenz ist ohne Galerie für Künstler nicht möglich – sie leiden also ebenfalls unter dieser Entwicklung.

Brexitland wird sich auch nicht um die geplante EU-Verordnung scheren, die der Einfuhr von Kulturobjekten durch die EU-Außengrenzen mittels aberwitziger Überregulierung den Garaus machen wird. Deutsche Politik ist hier ein wesentlicher Treiber. Fazit: Der britische Kunstmarkt wird sich einer insularen Kultursonderwirtschaftszone erfreuen und dem Wettbewerb, der sich immer mehr in die östliche Hemisphäre verlagert, standhalten können.

Kristian Jarmuschek ist Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Galerien und Kunsthändler.
Birgit Maria Sturm ist Geschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Galerien und Kunsthändler

Guter Wandel?

Kultur und Politik in Polen

CHRISTOPH BARTMANN

Mit dem Wahlsieg der nationalkonservativen PIS und ihrer Koalitionspartner im Oktober 2015 hat auch für Polens Kultur und Kulturpolitik eine neue Zeitrechnung begonnen. »Dobra Zmiana« oder »guter Wandel« heißt das Projekt, das die Regierung über mehr als eine Wahlperiode hinweg fortzusetzen gedenkt. Dazu gehört ein weitreichender Umbau der Justiz, der Medien, des Bildungswesens und nicht zuletzt der Kultur. Anders als die liberaleren Vorgänger hat diese Regierung, was staatlich geförderte Kultur angeht, einen Plan. Sie will sie in ein Instrument der nationalen Erinnerungskultur und Identitätspolitik verwandeln.

Das fällt ihr überall dort leichter, wo das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe direkt über Subventionen entscheidet. Dies ist der Fall bei den großen Kulturinstitutionen, wo die nationale Bedeutung oft schon im Namen enthalten ist: Nationaltheater, Nationalmuseum, aber etwa auch das Polnische Filminstitut. Hier hat die Regierung, wo sie Handlungsbedarf sah, etwa im berühmten Krakauer »Stary Teatr«, zügig neue Leitungen installiert. Das Ministerium fördert direkt auch einige große Festivals wie den »Warschauer Herbst« für zeitgenössische Musik oder das interdisziplinäre Malta Festival. Die Zuwendungen an diese und andere Festivals sind zuletzt stark gekürzt worden. Noch ist nicht klar, welchen neuen Zwecken die Einsparungen zugutekommen sollen. Deutlich wird aber, dass Kulturaustausch und Internationalisierung nicht zu den neuen Prioritäten zählen. Schwieriger ist der kulturpolitische Durchgriff in den Institutionen, die von den großen Städten oder den Bezirksregierungen selbst finanziert werden. In Warschau und anderswo sind, zumindest bis zu den nächsten Kommunalwahlen im Herbst 2018, liberale Stadtregierungen im Amt. Als im Frühjahr 2017 im Warschauer »Teatr Powszechny« Oliver Frljics provokante Inszenierung des polnischen Klassikers »Klątwa« heftig unter Beschuss seitens konservativer Medien, Politiker und Organisationen geriet, blieb der Spielplan unverändert. »Klątwa« ist schon jetzt zum Symbol einer unabhängigen Kultur geworden, wie sie viele Kulturakteure und mit ihnen die liberale Öffentlichkeit zunehmend bedroht sehen.

Polens neue Kulturpolitik ist rückwärtsgewandt oder besser, sie erblickt in einem vergangenen Zustand der Nation ein Modell ihrer Zukunft. Neue Geschichtsmuseen sollen erkennbar ein nationales Narrativ verfolgen und der »Verfälschung« durch europäische, transnationale oder gar »neomarxistische« Interpretationen Einhalt gebieten. Das gilt etwa für das noch von Donald Tusk initiierte Danziger Museum des Zweiten Weltkriegs, das schon vor seiner Eröffnung heftige Kritik auf sich zog und dessen Dauerausstellung nun patriotisch nachgebessert wird. Die neue Geschichtspolitik kommt besonders in den bevorstehenden Feierlichkeiten zum Jubiläumsjahr 1918 zum Tragen. Die vor 100 Jahren mit der Ausrufung der zweiten polnischen Republik gewonnene Unabhängigkeit wird das kulturpolitische Leitmotiv der nächsten Jahre sein. Die aktuelle Botschaft liegt auf der Hand: Erneut muss Polen seine Unabhängigkeit verteidigen, im Osten gegen Russland, aber ebenso sehr auch gegen die EU, gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik und andere liberale Bedrohungen von außen.

Deutlich kommt dieser neue, national gestimmte Kurs auch in Polens Auswärtiger Kulturpolitik zum Ausdruck. Die 24 polnischen Kulturinstitute im Ausland wurden personell überwiegend neu besetzt und sollen sich jetzt stärker ausgewählten kulturellen Leistungen Polens und dem Kontakt mit den in den Gastländern lebenden polnischen Gemeinden widmen. Diese Agenda unterscheidet sich zwar markant von der des Goethe-Instituts und vergleichbarer Institutionen, aber sie ist in sich schlüssig. Eine nationalkonservative Regierung setzt ihre – von der Mehrheit der Wähler geteilten – historisch-kulturellen Werte und Überzeugungen mithilfe ihrer Institutionen durch. Als Deutscher erinnert man sich: Etwas Ähnliches hatte 1982 Helmut Kohl vorgeschwebt, als er, allerdings ohne Erfolg, die »geistig-moralische Wende« ausrief, um endlich dem Wählerwillen gegen den linksliberalen Zeitgeist in Kultur und Medien zum Durchbruch zu verhelfen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind, wie man weiß, im Augenblick nicht gut. Man kann Zweckoptimismus betreiben und sagen, die Beziehungen seien auf zivilgesellschaftlicher Ebene so dicht und intensiv, dass sie von keiner Regierung zerstört werden könnten. Man muss aber auch konstatieren, dass die derzeitige polnische Regierung eine Beschädigung der zivilgesellschaftlichen Beziehungen zumindest in Kauf nimmt. Etwa indem sie und die ihr nahestehenden Medien gegen eine angebliche »deutsche Partei« im Lande polemisieren. Gemeint sind Politikerinnen und Politiker der heutigen Opposition, die von deutschen politischen Stiftungen mit Stipendien manipuliert worden seien. Auch den Einfluss von »in deutscher Hand« befindlichen Zeitungen in Polen will die Regierung beschränken; dabei sind diese Zeitungen bisher selten durch pro-deutsche Meinungen aufgefallen. Schließlich möchte die Regierung polnische Nichtregierungsorganisationen generell wirkungsvoller kontrollieren, indem sie die Fördermittel zentral überwacht und verteilt.

Auch wenn die polnische Regierung derzeit, und sei es oft auch nur rhetorisch, manches unternimmt, um die deutsch-polnischen Beziehungen zu trüben, sind diese Beziehungen weiterhin lebhaft und vielfältig. Sie werden getragen von einer Vielzahl von Akteuren auf beiden Seiten, die in den letzten drei Jahrzehnten ein Netz kultureller und sozialer Beziehungen geflochten haben, wie es ähnlich dicht vielleicht sonst nur zwischen Deutschland und Frankreich besteht. Ein wichtiger Mentor und Förderer dieser Beziehungen ist die Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, deren 25. Geburtstag im vergangenen Jahr gefeiert wurde. Auch die beiden Goethe-Institute in Warschau und Krakau nehmen auf der Karte der bilateralen Beziehungen einen wichtigen Platz ein. Auch sie sind kürzlich 25 Jahre alt geworden und haben es in dieser Zeit geschafft, zu einem Faktor des kulturellen Lebens in Polen zu werden. Die Goethe-Institute sind ihrem Auftrag nach ein Instrument der Kulturpolitik und agieren als »Mittlerorganisationen« gleichzeitig in einem sinnvollen Abstand zur Regierungspolitik. Sie gewinnen ihre Glaubwürdigkeit dadurch, dass sie sich ihre Agenda nicht von der Politik vorschreiben lassen. Im ersten der drei Arbeitsfelder des Goethe-Instituts, der Förderung der deutschen Sprache, fällt das nicht schwer. Wir sprechen mit Deutschlehrenden, Schulleitern oder Bildungsexperten ungeachtet ihrer politischen Positionen, und wir erreichen Schülerinnen und Schüler in allen Landesteilen, ohne dass wir wissen müssen, wer dort gerade regiert. Wenn es aber um Kultur und Information geht, rückt die Politik umgehend ins Blickfeld. Wir arbeiten mit bewährten Partnern, von denen wir wissen, dass sie gerade politisch und ökonomisch unter Druck stehen. Wir fördern Festivals, von denen wir wissen, dass die Regierung ihre Subventionen gekürzt oder gestrichen hat. Wir sprechen Themen an, die wir, ob nun Gender, Ökologie oder Populismus, immer angesprochen haben, die uns jetzt aber an die Seite der Opposition rücken. Wir verbreiten auf unseren Webseiten Meinungen, mit denen wir den Ärger von Leuten auf uns ziehen, die ohnehin meinen, das Goethe-Institut müsse geschlossen werden. Wir bemühen uns um ein breites Spektrum von Positionen, aber das ist nicht leicht. Wir haben keine Erfahrungen mit der neuen Mehrheit und sie hat keine Erfahrung mit uns. Sie misstraut uns, wenn sie uns überhaupt kennt, und wir hätten Mühe, dieses Misstrauen zu entkräften.

Dennoch arbeiten die Goethe-Institute in Polen derzeit ohne irgendwelche Behinderungen. Vergleiche mit autoritären Regimes anderswo sind interessant, zeigen aber schnell, dass Freiheit und Rechtsstaat in verschiedenen Ländern jeweils auf andere Weise unter Druck stehen. Mit dem Schlagwort »Rechtspopulismus« kommt man dem Problem ebenfalls nicht näher. Polen unterzieht seine politische Kultur und damit die Vorstellung von Demokratie und Rechtsstaat derzeit, wenn man will, einer weitreichenden Neuinterpretation. Derzeit ist freilich noch unklar, welche Kräfte sich im ideologisch diffusen PIS-Lager durchsetzen werden. Absehbar ist, dass Polen in der EU bleiben will und dort, mit anderen Ländern, einen größer werdenden konservativen Block bilden wird, als Gegengewicht zu Angela Merkel und Emmanuel Macron. Man sollte nicht erwarten, dass die »gute Wende« in Polen ein schnelles Ende finden wird, so wenig wie anzunehmen ist, dass der aktuelle Rechtstrend in Europa bald aufhört. Dem Goethe-Institut und seinen vielen europäischen Geschwistern bietet diese Lage einige Herausforderungen und zwar im positiven Sinn: Wollten wir nicht immer schon den »Dialog mit Andersdenkenden« suchen? Auch wenn wir nicht wirklich wissen, ob die Form unserer Auseinandersetzung mit Andersdenkenden tatsächlich der Dialog sein wird: Der Versuch lohnt sich allemal.

Christoph Bartmann leitet das Goethe-Institut in Warschau

FOTO: MARIC OLIVA SOTO

Im Dialog mit polnischem Publikum: Auftritt der Gruppe DUNDU beim »Pop up Pavillon« des Goethe-Instituts Breslau im Jahr 2016

POLEN: ZAHLEN UND FAKTEN

Einwohner: 38.140.002

Fläche: 312.685 km²

Bevölkerungsdichte: 125 Einwohner pro km²

Politisches System: parlamentarische Demokratie

Religion: mehrheitlich katholisch (87%)

Staatspräsident: Andrzej Duda

Minister für Kultur und nationales Erbe: Piotr Gliński

Ausgaben für Kultur: 347,40 Zloty (82,59 €) pro Person pro Jahr (2016)

GOETHES WELT

Die Beitragsreihe »Goethes Welt« entsteht in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut. Ab sofort berichtet in jeder Ausgabe eines der europäischen Goethe-Institute über aktuelle Kultur und Kulturpolitik im jeweiligen Gastland.

Der Kitt, der uns zusammenhält

Kulturelles Erbe in Europa

RICHARD KÜHNEL

Fragt man die Europäerinnen und Europäer, was Ihnen am stärksten das Gefühl der Gemeinschaft in der EU gibt, ist die häufigste Antwort bei unseren halbjährlichen Eurobarometer-Umfragen: die Kultur! Aber: eine gemeinsame, europäische Kultur? Doch, davon kann man reden. Zwar gibt es die einen, die Kultur lieber national beheimaten und mit Stolz von der deutschen, französischen oder italienischen Kultur schwärmen. Und die anderen, die Kultur überhaupt nicht verorten möchten, sondern als höchsten Ausdruck unserer menschlichen Existenz über jede Grenzziehung erhaben sehen. Aber ich sehe einen starken gemeinsamen Sockel, auf dem das Kulturverständnis in Europa steht: Das europäische Wertebild, das in der teils leidvollen, teils großartigen Geschichte unseres Kontinents entstanden ist, macht europäische Kultur aus. Bewusst wird man sich dessen besonders aus der Außenperspektive. Erst mit einer gewissen Distanz erkennt man die Schönheit des Mosaiks, das sich aus einer Vielfalt stimmig zusammenfügt.

Es ist bedeutend für unsere Zukunft, uns auf das zu besinnen, was uns eint

Dass wir 2018 zum Europäischen Jahr des Kulturerbes erklärt haben, ist deshalb kein Zufall. Schauen wir zurück, so war die Europäische Union wahrscheinlich die beste Idee des 20. Jahrhunderts, um Frieden und Stabilität unter uns Europäern zu schaffen. Nun, in Zeiten von Brexit, Migration und erstarkendem Populismus tragen wir Verantwortung dafür, dass Europa auch im 21. Jahrhundert unser verbindendes Element bleibt. Krisen schärfen unser Bewusstsein dafür, was uns letztendlich zusammenhält. Um die Zukunft gestalten zu können, ist es ganz entscheidend, dass wir Europäer uns bewusst über den Schatz sind, der uns gemeinsam ist. Und das ist in Europa mehr als nur der Binnenmarkt, Geld und der Euro: Es sind unsere Werte, die uns verbinden. Kurz: Es ist unsere Art, zu leben.

Unser Kulturerbe schafft ein Gefühl der Identität und Zugehörigkeit. Dazu gehören nicht nur unsere Geschichte, Literatur, Kunst und Musik – wir begegnen ihm auch in dem Handwerk, das wir erlernen, den Geschichten, die wir unseren Kindern erzählen, dem Essen, das wir genießen, und den Filmen, in denen wir uns wiederfinden. Von archäologischen Stätten und Architektur über mittelalterliche Burgen bis hin zu Brauchtum und Künsten – das kulturelle Erbe Europas bildet das Kernstück des kollektiven Gedächtnisses und der Identität der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Mit 453 Stätten befindet sich fast die Hälfte der auf der UNESCO-Liste des Welterbes eingetragenen Stätten in Europa.

Nicht vergessen werden darf auch die wirtschaftliche Rolle des Kulturerbes. Mehr als 300.000 Menschen sind europaweit direkt im Bereich des europäischen Kulturerbes beschäftigt, weitere 7,8 Millionen Stellen in den Bereichen Tourismus und Verkehr, Übersetzung und Instandhaltung von Kulturstätten sind indirekt vom kulturellen Erbe Europas abhängig. Die Förderung dieser Berufe und vor allem die Förderung eines nachhaltigen Kulturtourismus sind daher von zentraler Bedeutung. Die EU unterstützt außerdem Kultur- und Kreativschaffende mit dem Programm »Kreatives Europa« mit rund 1,5 Milliarden Euro, denn die Künstlerinnen und Künstler von heute schaffen das kulturelle Erbe von morgen. Im Kulturerbejahr wird die EU zusätzlich besonders grenzüberschreitende Projekte finanziell unterstützen.

Andere Zahlen belegen schnell, dass der Fokus auf unser kulturelles Erbe auch geopolitisch von Bedeutung ist. Während andere Staaten massiv in ihre Kulturdiplomatie investieren, um ihren Einfluss in der Welt zu stärken, gibt die EU laut der George Washington University, USA gerade einmal 15 Millionen Euro pro Jahr für ihre Kulturdiplomatie aus. Zum Vergleich: China hat im Jahr 2014 8,6 Milliarden Euro in Kulturdiplomatie investiert, die Vereinigten Staaten 575 Millionen Euro.

Wir sollten nicht unterschätzen, wie bedeutend es für unsere Zukunft ist, uns auf das zu besinnen, was uns eint. Aus diesem Grund bieten die Feierlichkeiten und Veranstaltungen des Europäischen Jahres des Kulturerbes eine wunderbare Gelegenheit, Europas reiche kulturelle Vielfalt zu erkunden und über den Stellenwert nachzudenken, den das Kulturerbe in unserem Leben einnimmt. Alle sind eingeladen, sich an den tausenden von Aktivitäten zu beteiligen, die 2018 in ganz Europa stattfinden werden, um den Bürgerinnen und Bürgern ihr kulturelles Erbe näherzubringen. Es soll Raum für Diskussion und Reflexion entstehen, um zahlreiche Zukunftsfragen zu erörtern: Wie können wir Kultur im Zeitalter der Digitalisierung bewahren und zugänglicher machen? Wie schaffen wir es, das Potenzial unseres kulturellen Reichtums noch besser zu nutzen? Wie schützen wir es vor Umweltrisiken und illegalem Handel?

FOTO: VOD

Die UNESCO hat »die Tradition von Orgelbau und Orgelmusik in Deutschland« kürzlich zum Weltkulturerbe erklärt

In Deutschland koordiniert die Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (DNK) die Durchführung des Europäischen Jahres in Abstimmung mit Bund, Ländern und Kommunen. Ich möchte alle öffentlichen und privaten Träger, Bewahrer und Vermittler des kulturellen Erbes ermuntern, am Europäischen Kulturerbejahr 2018 mitzuwirken. Ob Museen, Gedenkstätten, Archive, Bibliotheken, Eigner, Träger, Vereine, Fachgesellschaften, Förderkreise oder Zivilgesellschaft: Jeder und jede kann sich noch jetzt engagieren und mit einem speziellen Label Teil der Initiative werden.

Um sicherzustellen, dass die unternommenen Anstrengungen auch über das Jahr 2018 hinaus Früchte tragen, wird die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europarat, der UNESCO und anderen Partnern zehn auf langfristige Wirkung angelegte Projekte durchführen, z. B. Schulprojekte, Forschungsarbeiten zu innovativen Lösungen für die Nutzung historischer Gebäude und Aktionen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern. Damit möchte die Kommission einen echten Wandel herbeiführen in der Art und Weise, wie wir unser kulturelles Erbe nutzen, wahren und fördern, und so darauf hinwirken, dass das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018 den Bürgerinnen und Bürgern langfristigen Nutzen bringt.

Ich freue mich auf die vielen Veranstaltungen im Jahr 2018 und bin zuversichtlich: Die Vielfalt unserer europäischen Kultur und Geschichte vermag es, uns zusammenzubringen. Wir müssen diesen Schatz aber gut und bewusst nutzen, um auch in schwierigen Zeiten Europa gemeinsam zu meistern.

Richard Kühnel ist der Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland

Eine Reform wie keine andere?

Polnische Hochschulen auf Internationalisierungskurs

KLAUDIA KNABEL

Seit ihrem Amtsantritt organisiert die polnische nationalkonservative Regierung unter dem Stichwort »der gute Wandel« einen tiefgreifenden Veränderungsprozess des Landes. In diesem Kontext ist eine Schulreform in Kraft getreten und ein neues Wahlgesetz wird in Kürze verabschiedet. Die Neuordnung des Justizwesens hat international für Negativschlagzeilen gesorgt und die Europäische Kommission auf den Plan gerufen. Auf nationaler Ebene haben die Reformen nicht nur die Opposition, sondern auch Teile der Bevölkerung mobilisiert: Im Sommer demonstrierten Tausende gegen die geplante Justizreform; Eltern und Lehrer forderten ein Referendum über die Eingriffe der Regierung ins Schulwesen.

Vor diesem Hintergrund beansprucht der Wissenschafts- und Hochschulminister für sein Ressort, »eine Reform wie keine andere« durchzuführen. Jarosław Gowins Entwurf einer »Verfassung für die Wissenschaft« ging ein einjähriger, breiter Konsultationsprozess voraus: In einem Wettbewerbsverfahren haben drei Teams Vorschläge für das geplante Hochschulgesetz vorbereitet. Parallel dazu diskutierte die Scientific Community im Rahmen von neun Konferenzen zentrale Aspekte des Hochschulwesens wie Finanzierung, Internationalisierung und Governance. Polnische Forscher bilanzierten in einem Bericht die Ergebnisse des heimischen Wissenschaftssystems – ein internationales Expertengremium gab auf dieser Basis Empfehlungen für seine Weiterentwicklung. Auf Grundlage dieser Vorarbeiten präsentierte Gowin im September sein Gesetzesprojekt.

Worum geht es bei dem neuen Hochschulgesetz? Zentrales Ziel ist es, das polnische Wissenschaftssystem international wettbewerbsfähig zu machen. Die einschlägigen Hochschulrankings zeigen, dass das Land in der Tat noch einiges aufzuholen hat: Weder das Shanghai- noch das THE-Ranking listet eine polnische Universität unter den besten 300 Hochschulen weltweit. Ein weiterer Indikator sind die Ergebnisse des Landes im Rahmen des EU-Programms »Horizont 2020«: Derzeit belegt Polen den 15. Platz und liegt somit weit hinter Deutschland und Großbritannien, ist aber das erfolgreichste Land Mittel- und Osteuropas. Die Überalterung des Wissenschaftsbereichs kann ebenfalls als ein wichtiges Indiz dienen: Rund 40 Prozent der Professoren sind mehr als 60 Jahre alt. Sie arbeiten in der Regel weit über das Rentenalter hinaus, während Nachwuchswissenschaftler massiv ins Ausland abwandern: In den letzten Jahren verzeichnete Polen die höchste Abwanderungsquote Hochqualifizierter innerhalb der EU. Es gibt daher kaum einen Hochschulexperten, der keinen Handlungsbedarf sehen würde.

Um die Defizite anzugehen, will der Minister verschiedene Hebel in Bewegung setzen. So sollen die Hochschulen ihr Profil schärfen: Einige sollen die Forschung stärken, während andere sich auf Lehre und Berufsqualifizierung konzentrieren. Innerhalb der forschungsstarken Hochschulen soll mittelfristig eine international konkurrenzfähige »Erste Liga« entstehen. Um diese an den Start zu bringen, schwebt dem Minister eine »Exzellenzinitiative« nach deutschem Vorbild vor. Kleinere Hochschulen sollen im Rahmen einer »Regionalen Exzellenzinitiative« ebenfalls zusätzliche Mittel erhalten können. Weitere Elemente der Reform sind die Veränderung der Leitungsstrukturen, die flächendeckende Einführung von Graduiertenschulen und eine bessere Betreuung von Studierenden. Die polnische Academia hat in großen Teilen die Pläne vorsichtig begrüßt, es gibt aber auch kritische Stimmen: Insbesondere kleinere Hochschulen fürchten die Aberkennung des Promotionsrechts und eine Reduzierung auf berufsbezogene Lehre. Viele warnen vor einem Eingriff in die Hochschulautonomie durch die Einführung von Hochschulräten unter Beteiligung externer Mitglieder. In einem Punkt ist sich jedoch die Scientific Community offenbar einig: Der Dialog zwischen den beteiligten Akteuren sei sehr konstruktiv verlaufen. Sein Ergebnis jedoch ist noch offen.

Zum einen steht der Entwurf noch vor der parlamentarischen Debatte. Es ist zu befürchten, dass sich die Reform im innenpolitischen Räderwerk abschleift oder zum Werkzeug des politischen Einflusses auf die Hochschulen wird. Zum anderen erfordern die Pläne des Wissenschaftsministers erhebliche zusätzliche Finanzmittel. Ob Gowin diese tatsächlich mobilisieren kann, ist unklar.

Eines hat der Minister jedoch schon erreicht: Im Oktober nahm die Nationale Agentur für den internationalen Austausch (NAWA) ihre Tätigkeit auf. Viele Amtsvorgänger hatten bereits Pläne für eine Internationalisierungsagentur – Jarosław Gowin hat sie nun umgesetzt. Die Agentur nach dem Vorbild des DAAD soll unter anderem die Stärkung des Studien- und Forschungsstandorts Polen vorantreiben und zu diesem Zweck Wissenschaftler aus dem Ausland in die heimischen Hörsäle und Labore holen. Eine wichtige Zielgruppe sind dabei polnische Wissenschaftler, die mangels Perspektiven in der Heimat ausgewandert sind.

Klaudia Knabel leitet die DAAD-Außenstelle in Warschau

Ein großer Europäer

Das Doppeljubiläum von Johann Joachim Winckelmann

MAX KUNZE

Und wie ein Donnerschlag bei klarem Himmel fiel die Nachricht von Winckelmanns Tode zwischen uns nieder«, erinnerte sich Johann Wolfgang Goethe. Diese Nachricht von dem in Triest am 8. Juni 1768 Ermordeten verbreitete sich schnell unter den intellektuellen Eliten Europas, ein Schock ähnlich dem nach dem Attentat auf Kennedy in der Neuzeit.

Was aber macht den am 9. Dezember 1717 in Stendal geborenen Schustersohn für das 18. Jahrhundert so interessant? Sicherlich nicht nur der Lebensweg, der ihn von Preußen nach Rom zum Präsidenten der Altertümer machte. Es ist vor allem die heutige Wirkung Johann Joachim Winckelmanns in der Wissenschafts-, Kultur- und Bildungsgeschichte der Aufklärung, die dazu führt, im Doppeljubiläum 2017/2018 in Museen, Instituten und Universitäten in vielen Ländern Europas mit Ausstellungen, Kongressen oder Festvorträgen an ihn zu erinnern. Seine Werke machen ihn zur Gründungsfigur der Archäologie und Kunstgeschichte und Wegbereiter des Klassizismus in Europa. Ihn zu würdigen, ist keine nur deutsche oder italienische Aufgabe mehr wie noch

FOTO: WINCKELMANN-GESELLSCHAFT E.V.

Johann Joachim Winckelmann

vor Jahrzehnten, sie ist europäisch und international. War doch bald nach seinem Tode eine nationale Kanonisierung Winckelmanns als deutscher Deuter der Antike eingetreten. Ihn zu feiern als den Wegbereiter der deutschen oder Weimarer Klassik, ist zwar richtig, erwies sich aber bald als viel zu eng. Er war Teil einer internationalen Bewegung der Aufklärung und leitete wegweisend die Rückbesinnung auf die Kunst der Antike ein.

Nach seiner langen Schulzeit in Stendal, Berlin und Salzwedel folgte ein zweijähriges Studium in Halle und Jena sowie ein teils unglücklich verlaufendes Lehrerdasein in Seehausen, bis er eine Anstellung in der damals größten Privatbibliothek Heinrich von Bünaus (1748-1754) in Nöthnitz fand, dank seiner außergewöhnlichen Kenntnisse der alten Sprachen und der allgemeinen Geschichte. Konvertiert zum Katholizismus, um ein Rom-Stipendium vom Hof zu erreichen, lebte er ein Jahr in Dresden, wo er noch 1755 die »Gedancken über die Nachahmung der Griechischen Wercke in der Mahlerey und Bildhauer-Kunst« verfasste. Es war auch eine Programmschrift an Künstler, sich an der Schönheit der griechischen Statuen zu orientieren, sie nachzuahmen in einem kreativen Prozess. Die Griechen seien durch Klima, die »Freiheit der Sitten« und Erziehung Vorbild wie ihre Kunst, die idealischen Schönheiten schuf von »edler Einfalt und stiller Grösse«. Diese Kunst der Griechen nachzuahmen, war zugleich ein Aufruf, der höfischen Barockkunst den Kampf anzusagen. Seine Erstlingsschrift wurde sogleich ins Französische übersetzt.

1755 kam er nach Rom, wo er sich zu einem europaweit bekannten Kenner der Antike ausbildete. Er verstand es, die Werke in den Villen, Palästen und Museen durch unmittelbare Anschauung zu betrachten. Berühmte Einzelbeschreibungen von Statuen des Belvedere-Hofes im Vatikan, des Apoll oder des Torsos schrieb er nieder in einer angemessenen Sprache, die das Entstehen der wissenschaftlichen deutschen Prosa beeinflusste. Seinen europäischen Durchbruch erreichte er mit seiner Geschichte der Kunst des Alterthums (1764). Darin zeigte er, dass Kunst als Geschichte darstellbar ist, denn er ordnete die Werke nach Kriterien des Stils der Völker, Zeiten und Künstler, eingebunden in die jeweilige politische Entwicklung, unterschieden in Wachstum, Blüte, Veränderung und Verfall der Kunst. So konnten antike Werke in einen durch den Stil definierten Kunstverlauf zugeordnet und datiert werden – eine erste Kunstgeschichte war geschaffen. Die ideale Schönheit griechischer Kunst war für ihn eine ästhetische Maxime. Besondere Faktoren waren dafür maßgeblich: das Klima, die demokratischen Verhältnisse und eine allgemeine Freiheit der Bürger und Künstler. Besonders die Freiheit und Demokratie waren nach Winckelmann Voraussetzungen für die einzigartige Blüte der Kunst, der Verlust der Freiheit führe zu ihrem Niedergang. Im revolutionären Frankreich wurde er so zu einer strategischen Leitfigur. Es wundert kaum, dass in absolutistisch geprägten Ländern man diese Gedanken nicht aufnahm oder einfach negierte.

Der Wahlrömer Winckelmann wuchs schnell in die europäische Republik der Gelehrten hinein, verstand sich in seiner Korrespondenz persönlich zu positionieren zu Fragen der öffentlichen

Seine Werke machen ihn zur Gründungsfigur der Archäologie

Diskussion. So macht seine Wirkung heute nicht vor Fächergrenzen halt und berührt bis heute Grundfragen der Historiographie, der Ästhetik, der Kunst und der Archäologie.

Die Winckelmann-Gesellschaft, in Kooperation mit Partnern weltweit, hat das Doppeljubiläum seit vielen Jahren im Blick, initiierte internationale Kongresse zur seiner europäischen Wirkung in Madrid, im Schlossmuseum Wilanow/Warschau, in St. Petersburg, Florenz oder Zürich. In seiner Geburtsstadt Stendal wird das Winckelmann-Museum erweitert und völlig neu gestaltet, auch dank der Unterstützung der Stadt, des Landes Sachsen-Anhalt und des Bundes. Es öffnet im Mai 2018.

Max Kunze ist Präsident der Winckelmann-Gesellschaft

Neue Jahre im Nahen Osten

Politik, Potenzial und Peptimismus

REINHARD BAUMGARTEN

Was bringt das Jahr 2018 dem Nahen Osten? Meine spontane Antwort darauf lautet: mehr Ungemach. Ich bekenne freimütig: Ich bin in Sachen Nahost ein Peptimist. Meine Beobachtungen und Analysen machen mich eher zu einem Pessimisten. Meine Hoffnung auf Besserung in dieser wetterwendischen Ecke der Welt drängt mich zum Optimismus. Also schließe ich einen pragmatischen Kompromiss und erkläre mich zum Peptimisten. Diese Wortschöpfung habe ich entlehnt. Sie stammt von Emil Habibi. Habibi war ein 1921 in Haifa als protestantischer Christ geborener Palästinenser, der sich in jungen Jahren zunächst der Kommunistischen Partei in Palästina zugewandt und sich dann der Nationalen Befreiungsliga in Palästina angeschlossen hatte. Emil Habibi war Politiker und Schriftsteller. Sein Roman »Der Peptimist« machte ihn über die Grenzen Israels hinaus bekannt und trug ihm zahlreiche Preise ein. Der Peptimist ist ein Mann, der an das Gute glauben möchte, aber angesichts der politischen und gesellschaftlichen Realitäten seinen Optimismus weitgehend eingebüßt hat.

Nahostansichten

Jahreswechsel werden gerne dazu genutzt, die Entwicklungen des vergangenen Jahres zu bilanzieren und einen Ausblick auf das neue Jahr zu wagen. Für uns beginnt das Jahr 2018. Es gibt aber noch andere Zeitrechnungen, die kulturell und zivilisatorisch gerade im Nahen Osten von Belang sind. Dem jüdischen Kalender zufolge befinden wir uns gegenwärtig im Jahr 5778. Am 10. September 2018 werden sich Juden weltweit mit »Rosh ha-Schana« ein glückliches Jahr 5779 wünschen. Am 12. September 2018 werden sich viele arabische Muslime »kullu sanna wa antum bikheir« zurufen und sich damit alles Gute für das islamische Jahr 1440 wünschen. Bereits am 20. März 2018 werden sich die Menschen im Iran, in Afghanistan und Tadschikistan an Nouruz, dem Neuen Tag, mit »sal-e nou mubarak« begrüßen und sich ein glückliches neues Jahr 1397 wünschen. Was manchem wie marginale Folklore vorkommen mag, besitzt eine große politische Tragweite. Die unterschiedlichen Kalendersysteme sind Ausdruck kultureller Entwicklungen, die nicht zuletzt religiös fundiert sind. US-Präsident Donald Trump will die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen, weil das die Hauptstadt Israels sei. Der Anspruch auf das sogenannte Heilige Land ist für viele Israelis tief in ihrer 5.778 Jahre alten Glaubenswelt verankert. Christen und Muslime haben diesen Anspruch im Laufe der vergangenen 2.017 Sonnen- respektive 1.439 Mondjahre nicht teilen wollen. Für sie ist Jerusalem aus Glaubensgründen ebenfalls wichtig. Donald Trump begründet seine Entscheidung mit der Anerkennung der Realität. Natürlich befinden sich das Knesset genannte Parlament sowie die Regierung Israels seit Jahrzehnten in Jerusalem. Internationalem Recht und zahlreichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zufolge ist der Status Jerusalems aber ungeklärt. Denn auch die Palästinenser beanspruchen Jerusalem – zumindest den Ostteil der Stadt. Der Konflikt um Jerusalem, die Palästina-Frage als Ganzes, die angestrebte aber von maßgeblichen Politikern in Israel, den USA und etlichen arabischen Staaten nicht gewollte Zwei-Staaten-Lösung wird nur eines der vielen Probleme im Nahen Osten im neuen Jahr sein. Es wird weiterhin religiös verbrämten Terrorismus geben. Aber die westlichen Medien werden die Todesrate weiter nach oben schrauben, ab der über Terroranschläge in Ägypten, im Irak, in Syrien oder im Jemen berichtet wird. Der Nahe Osten ist uns geografisch, politisch, kulturell und wirtschaftlich so nah. Aber die Vorgänge und Entwicklungen erscheinen vielen Menschen hierzulande aufgrund ihrer Komplexität so gefährlich fern. In Europas Nachbarregion Nahost leben an die 500 Millionen Menschen, von denen sehr viele aufgrund der vorherrschenden sozio-ökonomischen Verhältnisse mäßige bis schlechte Zukunftsaussichten haben.

FOTO: DPA

Auf dem Tempelberg in Jerusalem stehen heilige Stätten für Christen, Juden und Muslime sehr nah beieinander. Die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die US-Administration birgt die Gefahr neuer Unruhen

Es wäre finanzielles Potenzial vorhanden, um grassierende Armut und Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, um Jobs zu schaffen und die Länder zukunftsfähiger zu machen. Doch das Potenzial fließt großteils nicht in Konstruktivität, sondern in Destruktivität. Beispielhaft möchte ich auf den Konflikt um die vermeintliche Vormachtstellung im Nahen Osten zwischen dem Iran und Saudi-Arabien hinweisen. Das Gerangel zwischen Teheran und Riad mag den Kontrahenten gewisse strategische Vorteile und angesichts der Konkurrenzsituation im Öl- und Gassektor vielleicht sogar einige wirtschaftliche Vorteile verschaffen. Aber der Machtkampf verschlingt Unsummen und das Geld wird nicht für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, sondern für Aufrüstung, Krieg und Zerstörung verwendet. Irak, Syrien, der Libanon und vor allem der Jemen müssen die Folgen dieses destruktiven Machtkampfes zwischen Iran und Saudi-Arabien tragen. Befeuert wird der Konflikt direkt und indirekt – aus Kalkül und Ignoranz – von der Trump-Administration. Ich wünsche mir für 2018, dass ich mich mit Blick auf den Nahen Osten täusche und das neue Jahr weniger und nicht mehr Ungemach für die Menschen dort bringt.

Reinhard Baumgarten ist langjähriger ARD-Nahost-Korrespondent und zurzeit tätig für SWR FS–Ausland

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss zukunftsfähig sein

Kritische Anmerkungen zur Strukturdebatte

LOTHAR MIKOS

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in jüngster Zeit wieder verstärkt in der Diskussion, sowohl in der politischen als auch in der öffentlichen. Die Rufe nach Abschaffung der Rundfunkgebühr und damit der öffentlich-rechtlichen Sender verkennen die verfassungsmäßige Garantie und die Gemeinwohlaufgabe. Die Vorschläge zur Strukturreform, die von ARD, ZDF und Deutschlandfunk im Auftrag der Arbeitsgruppe der Bundesländer »Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im digitalen Zeitalter« vorgelegt wurde, gehen vor allem auf Einsparmöglichkeiten ein und betreiben in gewisser Weise Nabelschau. Einsparmöglichkeiten hin oder her, die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist vom Programmauftrag zu trennen – wie das Bundesverfassungsgericht bereits 2007 festgestellt hat. In Zeiten der durch die Digitalisierung vorangetriebenen Medienkonvergenz und der globalen medialen Vernetzung stehen die Medien- und Rundfunkpolitik ebenso wie die Fernseh- und Radiosender – nicht nur die öffentlich-rechtlichen – selbst vor großen Herausforderungen. Aus dem komplexen Geflecht der globalen, digitalen Medienwelt können hier nur einige Aspekte herausgegriffen werden, die einerseits die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks betreffen, andererseits aber auch die Sender selbst, die sich diesen Bedingungen durch Strukturreformen anpassen müssen.

Wie der thüringische Kulturminister Benjamin-Immanuel Hoff richtigerweise in der Ausgabe 6/17 von Politik & Kultur festgestellt hat, stellt die Strukturoptimierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten »ohne Frage die größte medienpolitische Herausforderung der letzten Jahrzehnte dar« – und das ist nicht untertrieben. Denn der Gesetzgeber muss die Überlebensfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der digitalen und konvergenten Medienwelt sichern. Dazu sind zwei Einsichten zentral, von denen eine bereits angekommen zu sein scheint, die andere aber nicht. Angekommen ist, dass in der digitalen Medienwelt die Unterscheidung von

Der Gesetzgeber muss die Überlebensfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sichern

linearen und nicht-linearen Angeboten hinfällig ist – das spielt sowohl bei der Novelle der europäischen AVMD-Richtlinie eine Rolle wie im Bericht der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz vom Juni 2016. Noch nicht angekommen ist dagegen, dass sich die öffentlich-rechtlichen Sender ebenso wie die privaten Medienanbieter auf einem gemeinsamen, globalen Markt bewegen, wo sie nicht nur mit nationalen Anbietern, sondern auch mit globalen und nationalen Anbietern aus anderen Ländern konkurrieren. Man kann den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht durch Restriktionen von diesem Markt ausschließen und ihm einen Sonderstatus geben. Die (Medien-)Welt lässt sich nicht in ein öffentlich-rechtliches Universum und ein paralleles privatkommerzielles Universum unterscheiden. Beide konkurrieren um dieselben Programmangebote – auch um Sportrechte –, um dieselben Autoren, Produzenten, Schauspieler, Moderatoren und – beide buhlen um die Gunst des Publikums.

Um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des Medienmarktes in Deutschland zu sichern, bedarf es nicht nur Änderungen des Rundfunkstaatsvertrages und des Telemediengesetzes, sondern auch des Kartellrechts. Es ist gerade einmal vier Jahre her, dass eine gemeinsame Streaming-Plattform von ARD und ZDF mit dem Namen »Germany's Gold« an den strengen Auflagen des Bundeskartellamtes scheiterte. Das hat globalen Playern wie Netflix und Amazon Prime Video den Weg nach Deutschland geebnet. Weltweit ist längst Gemeingut, dass wir im Zeitalter der bewegten Bilder leben. Bewegtbilder, seien es nun Filme, Fernsehsendungen oder selbstproduzierte Videos, werden immer wichtiger. Das haben auch die Zeitungsverleger gemerkt, kaum eine Internetseite einer Zeitung oder Zeitschrift kommt noch ohne Videos aus. Daher mutet es umso anachronistischer an, wenn dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk »presseähnliche« Angebote im Internet nicht gestattet sind. Der Gesetzgeber macht sich damit zum Handlanger der Printindustrie, die es bisher versäumt hat, tragfähige digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln. Von einem Verbot »fernsehähnlicher« Angebote auf den Internetseiten der Zeitungen ist bisher nicht die Rede. Das Verbot »presseähnlicher« Angebote mutet als verzweifelter Versuch an, eine langsam sterbende Medienform retten zu wollen. Das ist ungefähr so, als würde man per Gesetz den Internetprovidern den E-Mail-Verkehr verbieten, weil das »briefähnlich« sei und die Existenz der Briefpost gefährde. Absurd. Nicht umsonst gilt der deutsche Medienmarkt im Ausland als überreguliert und schreckt gar manches globales Medienunternehmen ab, in Deutschland aktiv zu werden.

Wie man die heimische Medienindustrie und auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken kann, hat Großbritannien im Jahr 2003 mit dem »Communications Act«, mit dem Telemedien und Rundfunkanbieter reguliert wurden, gezeigt. Mit dem Gesetz wurden die britischen Produzenten gestärkt, die fortan bis zu 25 Prozent des Budgets einer Fernsehproduktion selbst finanzieren mussten, dafür aber die Rechte der internationalen Vermarktung behielten. Innerhalb weniger Jahre wurde Großbritannien zum führenden Exporteur von Fernsehformaten in alle Welt. Vielleicht wäre es ratsam, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu untersagen, Auftragsproduktionen zu 100 Prozent zu finanzieren sowie alle Verwertungsrechte an diesen Produktionen zu erwerben. Das würde im Wesentlichen den Unterhaltungsbereich betreffen, wo Talkshows, Fernsehfilme, -shows und -serien von externen, teilweise unabhängigen Produktionsfirmen hergestellt werden. Die Produzenten hätten dann die Möglichkeit, selbst Rechte zu behalten, sei es für die internationale Vermarktung, sei es für die Online-Auswertung auf Streaming-Plattformen. Das würde auch die Verwertung in den Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender einschließen. Zur Strukturoptimierung der ARD würde sicher auch beitragen, wenn es nur eine gemeinsame Mediathek aller ARD-Anstalten geben und nicht jede Landesrundfunkanstalt ihre eigene betreiben würde.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unverzichtbar. Daher muss einerseits der Gesetzgeber ihm die Möglichkeit geben, seine Programmautonomie auch online ohne Einschränkungen zu realisieren, andererseits müssen die Rundfunkanstalten selbst endlich die Anforderungen eines digitalen, globalen Medienmarktes erkennen und ihre Aktivitäten darauf ausrichten. D. h. auch, sich den veränderten Sehgewohnheiten des Publikums anzupassen, oder besser der Publika, da nicht mehr von der großen Fernsehfamilie der Zuschauer ausgegangen werden kann, sondern von einer in verschie-

Zur Strukturoptimierung würde eine gemeinsame Mediathek aller Anstalten beitragen

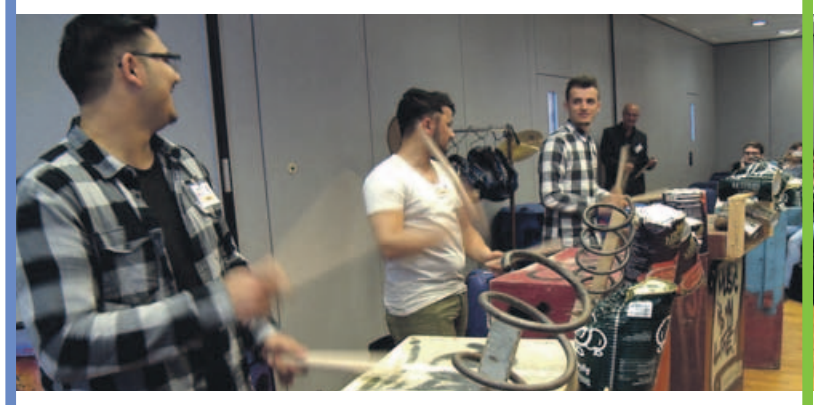
dene Zielgruppen fragmentierten Zuschauerschaft. Und es ist die Aufgabe der Mitarbeiter in den Rundfunkanstalten, dem Gemeinwohl zu dienen, im Sinne dieser diversifizierten Zuschauerschaft Inhalte zu produzieren. D.h., dass die öffentlich-rechtlichen Sender auch Programme für Minderheiten herstellen sollen, da sie sich nicht an Gewinnmaximierung durch Verkauf von Werbezeiten wie die privaten Sender orientieren müssen. Die Diversität der Zuschauerschaft muss sich im Programm spiegeln. Programmqualität kann daher nicht normativ bestimmt werden, sondern muss sich an den Bedürfnissen der verschiedenen Zuschauergruppen orientieren. Eine Kinderserie muss ihre Qualität in erster Linie für Kinder zeigen, eine Sportsendung für Sportfans und eine Nachrichtensendung muss dem allgemeinen Informationsbedürfnis der Zuschauer gerecht werden. Nur so können die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioprogramme dem Informations-, Bildungs-, Kultur- und Unterhaltungsauftrag gerecht werden. In einer globalisierten Welt, in der soziale, kulturelle, ökonomische und politische Entwicklungen in entfernten Teilen der Welt auch das Leben in Deutschland beeinflussen, ist z. B. das Netz der Auslandskorrespondenten der öffentlich-rechtlichen Sender enorm wichtig. Die deutsche Film- und Orchesterlandschaft wäre ohne den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wesentlich ärmer. Die Filmförderanstalt (FFA) erhält immerhin jährlich etwa neun Millionen Euro allein von der ARD. Hinzu kommt, dass die Fernsehsender als Co-Produzenten zahlreicher Filme auftreten.

Eine Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann an zahlreichen Details der Programmproduktion, der Archivierung, der Organisation und Verwaltung ansetzen, die verfassungsrechtlich garantierte Programmautonomie darf jedoch nicht berührt werden.

Lothar Mikos ist Professor für Fernsehwissenschaft an der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf in Potsdam und Honorarprofessor für Theorie und Praxis der kollaborativen Innovation an der University of International Business and Economy in Peking

nmzmedia

Ihr Musik-Kultur-Videoangebot auf www.nmz.de



Der VdM-Kongress in Stuttgart

Mensch – Netz – Musik. Musikschule mittendrin.

Unter dem Motto „Mensch – Netz – Musik. Musikschule mittendrin" veranstaltete der Verband deutscher Musikschulen auch 2017 wieder seinen alle zwei Jahre stattfindenden Musikschulkongress. Musikschule und Digitalisierung, Inklusion, interkulturelles Arbeiten und die Musikschule im Wandel waren nur einige der Themen, mit denen sich die Lehrkräfte aus ganz Deutschland ein Wochenende lang beschäftigten.

Donaueschinger Musiktage 2017

Filme zum SWR-Festival für zeitgenössische Musik

Die Donaueschinger Musiktage gaben in diesem Jahr ganz gezielt Komponistinnen und ihren Werken eine große Bühne. Außerdem standen Konzertformate, Aufführungsorte sowie die Interaktion mit dem Publikum im Fokus des diesjährigen Radiofestivals für Neue Musik. nmzMedia war wieder live vor Ort und lässt Sie mit Blogvideos von jedem Festivaltag in Proben- und Konzerte eintauchen, stellt Komponisten und ihre Werke vor und spiegelt die Festivalatmosphäre in dem kleinen Schwarzwaldort wider.

Hänsel und Gretel in Weikersheim

Internationale Opernakademie der Jeunesses Musicales

Operngenuss auf höchstem musikalischen Niveau und mit einem ganz besonderen Flair bieten die Aufführungen der Internationalen Opernakademie der Jeunesses Musicales Deutschland alle zwei Jahre auf Schloss Weikersheim. Diesen Sommer bezauberte E. Humperdincks „Hänsel und Gretel" das Publikum mit stimmlich großartigen jungen Gesangstalenten, einem hochmotivierten und sensibel begleitenden Bundesjugendorchester sowie Patrick Lange als musikalischem Leiter und einer Inszenierung von Corinna Tetzel.

alle Filme für Sie kostenlos unter

www.nmz.de

FOTO: DIRK OSTERMEIER
Thomas Frickel

FOTO: JULIAN LANDWEER
Alexander Thies

FOTO: MARCO PROSCH / MDR
Karola Wille

FOTO: SUSANNE DUCHSTEIN
Jürgen Kasten

Risiken und Chancen

Die Ausweitung der Verweildauer in den Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Virtuelle Vergütung

THOMAS FRICKEL

Hiermit stelle ich der deutschen Bevölkerung den Dienstwagen der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung. Schließlich wurde er aus Steuergeldern bezahlt.

Wie? Das geht nicht? Und wieso kann Frau Dreyer dann meine Filme verschenken, nur weil sie mal in einem öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramm gelaufen sind?

Genau das nämlich hat die Ministerpräsidentenkonferenz getan, als sie 2008 die Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks genehmigt hat und genau das soll nach dem Willen von Frau Dreyer jetzt auf dem Rücken der Urheber und Leistungsschutzberechtigten ins Uferlose ausgeweitet werden. Und zwar »aufkommensneutral« – das heißt: für lau. Natürlich sollen die so enteigneten Rechteinhaber »angemessen vergütet werden«. Kennen wir schon. Mit dieser Floskel machen sich die Politiker mit schlankem Fuß vom Acker, wenn sie den Urhebern wieder einmal einen Fußtritt verpasst haben. Ob Produzenten und Urheber das, was ihnen da unter Verweis auf irgendeine virtuelle »Vergütung« mit einem Federstrich gesetzlich weggenommen wird, jemals wieder verdienen können, wenn ihre Arbeit auf ewige Zeiten kostenlos im Netz steht, ist der Politik anscheinend herzlich egal.

»Angemessene Vergütung«! Gibt es im politischen Medienbetrieb eine wirkungslosere Generalklausel, eine verlogenere Ausrede, eine leichter durchschaubare Selbst-Exkulpation der handelnden Politiker als diesen hauchdünnen Schleier, mit dem man die frechsten Angriffe auf den Besitzstand der Urheber und auf das Geschäftsmodell der Rechteinhaber zu verdecken versucht?

Dafür, dass seit Jahren immer nur die Sender-Seite bestimmt, was »angemessen« ist, fühlen sich die Damen und Herren aus der Politik nicht mehr verantwortlich. Und wenn dabei – so, wie es bei der Mediatheken-Einführung mit dem Segen der Telemedienausschüsse geschehen ist – null Euro offiziell für angemessen erklärt werden, kommt ihnen das gerade recht. Denn das hält den Rundfunkbeitrag stabil.

Die Urhebervergütung jedenfalls bleibt dem digitalen Zeitalter angemessen: virtuell.

Thomas Frickel ist Vorsitzender und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm (AG DOK)

Keine Wertschöpfung

ALEXANDER THIES

Die Produzentenallianz – wie übrigens auch die anderen Filmverbände – wendet sich entschieden gegen eine Verlängerung der Verweildauer unserer Werke in den kostenlosen öffentlich-rechtlichen Mediatheken – zumindest, wenn die Sender uns Produzenten wie bisher für diese zusätzliche Nutzung keine angemessene zusätzliche Vergütung leisten.

Sowohl die Politik als auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter erkennen den hohen Wert der Programme und ihrer non-linearen, zeitautonomen Verfügbarkeit in Streaming-Diensten und Mediatheken an. Eine unbegrenzte kostenlose Verfügbarkeit dieser Inhalte würde diesen kommerziellen Wert für Urheber und Produzenten vernichten. Wenn die Begrenzung der Verweildauer in den Mediatheken abgeschafft wird, werden die deutschen Produzenten, Urheber und Filmschaffenden von diesem expandierenden Markt abgeschnitten, weil kein Betreiber einer kommerziellen Video on Demand (VoD)-Plattform für Inhalte zahlen würde, die anderswo kostenlos zugänglich sind. Wertschöpfung – der Motor jedes Marktes, jedes wirtschaftlichen Wachstums – würde nicht mehr stattfinden.

Die Verweildauer von Filmen, Serien und Dokumentationen in Mediatheken ist ein zentraler Faktor, wenn es um die Erhaltung einer unternehmerisch agierenden Produzentenlandschaft und eines vielfältigen Programmangebots geht. Daher setzen wir unsere Überzeugungsarbeit in Gesprächen mit Ministerpräsidenten und Medien-Ministern und -Staatssekretären fort, im bevorstehenden Novellierungsprozess des Telemedienauftrags der nahezu ausschließlich mittelständisch geprägten deutschen Film- und Fernsehproduktionswirtschaft zur Seite zu stehen und dabei zu helfen, dass auch in unserem Land ein funktionsfähiger VoD-Markt für deutsche Film- und Fernsehproduktionen entstehen kann. Den Weg dahin könnte eine nachdrückliche Aufforderung der Länder an ARD und ZDF ebnen, die aus der unentgeltlichen Nutzung von Film- und Fernsehproduktionen in den Mediatheken resultierenden wirtschaftlichen Nachteile entweder durch entsprechend kürzere Verweildauer zumindest in Grenzen zu halten oder – z. B. durch einen Gewinnaufschlag – finanziell angemessen auszugleichen.

Alexander Thies ist Vorsitzender des Gesamtvorstands der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen (Produzentenallianz)

Grundlegende Veränderungen

KAROLA WILLE

Die Ausweitung der Verweildauern von Filmen, Reportagen und Dokumentationen in den Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist aus Sicht des Nutzers ausschließlich positiv zu bewerten. Die Mediennutzung, Informationsbeschaffung und Kommunikation haben sich grundlegend mit der Digitalisierung und Vernetzung verändert. Amazon, Facebook, Google unter anderem positionieren sich verstärkt als Inhalteanbieter am Markt und treten damit zu den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkveranstaltern in Deutschland in einen Wettbewerb um attraktive Inhalte und die Aufmerksamkeit des Nutzers. Wie unter anderem in der ARD/ZDF-Onlinestudie 2017 oder auch im laufenden Gold Media-Erhebungen belegt, nutzen immer mehr Menschen Video on Demand (VoD)-Angebote der amerikanischen Mayors, die zeitlich unbegrenzt attraktive Inhalte wie Serien und Sportgroßereignisse ins Netz stellen dürfen.

Im Kampf um das Zeitbudget und die Aufmerksamkeit des Nutzers wirkt die Verweildauerbeschränkung des Rundfunkstaatsvertrages, aber auch das Verbot angekaufte Filme und Serien online in die Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einzustellen, geradezu anachronistisch. Die Karten um den Erhalt der publizistischen Vielfalt sind nach aktueller Rechtslage offenkundig schlecht gemischt.

Es liegt nicht im Interesse des Nutzers, dem der gemeinwohlorientierte öffentlich-rechtliche Rundfunk verpflichtet ist, dass Fußball-Welt- und Europameisterschaften mit deutscher Beteiligung bereits nach 24 Stunden aus dem Netz genommen werden müssen. Überhaupt erwartet der Nutzer wie selbstverständlich, dass von ihm beitragsfinanzierte Inhalte unbegrenzt oder zumindest länger auffindbar im Netz verbleiben. Tägliche Beschwerden über die Depublizierung von Telemedien in den Mediatheken von ARD und ZDF belegen diese Erwartungshaltung.

Karola Wille ist ARD-Vorsitzende und ARD-Filmintendantin

Nicht ohne Aufwand möglich

JÜRGEN KASTEN

Seit Längerem gibt es die populistische Forderung, öffentlich-rechtliche Produktion habe für immer und ewig kostenfrei im Netz zu stehen. Schließlich sei sie aus einer steuerähnlichen Abgabe bereits vollständig finanziert. Obwohl eine solche Annahme weder sachlich noch rechtlich legitimiert ist, buhlen die Ministerpräsidenten der Länder mit ihren Beschlüssen zu den zukünftigen Telemedienangeboten von ARD und ZDF um den Beifall genau jener Allmachtsfantasten des Internets. Ministerpräsidentin Malu Dreyer verknüpft mit ihrer Entgrenzungszusage für öffentlich-rechtliche Mediatheken das überaus bedenkliche Versprechen, dass dies »aufwendungsneutral« erfolgen soll. Das hat nichts mehr mit »zeitgemäßer Auflockerung« zu tun, wie sie ursprünglich behauptete, sondern hier wird ein medienpolitischer Ausgleich aus Rücksichtnahme auf ARD und ZDF wie auf die User schlicht verweigert!

Kaum der Rede wert, dass die digitale Einspeisung von AV-Werken in Datenbanken gar keine Sendung ist, sondern eine eigene Nutzungsart. Die öffentliche Zugänglichmachung, geregelt im Paragraph 19a Urheberrechtsgesetz (UrhG), unterscheidet sich deutlich von der Sendung in Paragraph 20 UrhG. Die technische und die Nutzungskonvergenz, die wir zurzeit erleben, erlaubt es rechtlich keineswegs, die beiden Nutzungsarten automatisch in eins zu setzen – nur weil dies für den Nutzer und für die Anstalten bequem ist und die notwendige Rechtssicherheit einfach erzeugt wird.

Beträchtlich ausgeweitete Online- Nutzungen bleiben »aufwendungsneutral«, wenn ihre Distribution in Mediatheken keine Kosten verursacht. Das ist jedoch so gut wie unmöglich: Es fallen technische Transferkosten an und die Urheber, die das digitale Nutzungsrecht aus Paragraph 19a UrhG eingeräumt haben, erwarten dafür zurecht eine angemessene Vergütung. Die Grundsätze des Urheberrechts, die eigene Protokollnotiz aus dem 12. und 18. Rundfunkänderungs-Staatsvertrag, die ARD und ZDF zu fairen »terms of trade« gegenüber Urhebern, Künstlern und Produzenten verpflichtet oder Artikel 14 des Grundgesetzes, der eigentumsrechtlich auch für das geistige Eigentum anzuwenden ist – über all dies setzt sich die saloppe Formulierung der »aufwendungsneutralen« Ausdehnung der Verweildauer im Netz einfach hinweg. Vorsorglich entfernt wird der bisher geltende Sendebezug, der notwendig ist, um ein TV-Werk in die Mediathek einzuspeisen. Auch die Genehmigung des Mediathekenangebots durch einen 3-Stufen-Test wird wohl entfallen. Die durch längere oder entgrenzte Verweildauer in kostenlos zugänglichen Mediatheken erzeugte Medienkonvergenz wird zu einer Diskriminierung anderer digitaler Nutzungsarten und tendenziell zur Zerstörung werthaltiger Alternativmärkte führen, wie etwa kostenpflichtiges »video on demand« und andere pay-Dienste sowie zur Verdrängung physischer Datenträger einschließlich des darauf aufgebauten Retailbereichs, etwa Videotheken. Die Zulassung oder gar das Gebot eines gemeinschaftlichen Managements der Mediatheken von ARD, Landesrundfunkanstalten und ZDF lässt durch Verlinkung eine riesige Gesamtplattform entstehen, die ein kartellrechtlicher Leckerbissen werden wird.

Jürgen Kasten ist Geschäftsführer des Bundesverbandes Regie

FOTO: SPIO / TOM WAGNER

Alfred Holighaus

Bedeutender Paradigmenwechsel

ALFRED HOLIGHAUS

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht in Deutschland unter Naturschutz. Das ist eine politische Entscheidung, die angesichts der Gefährdung desselben durch rechtsextreme Wilderer und wildgewordene Gebührenzahler aktuell wieder verstärkt eingefordert wird. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht aber auch in der Verantwortung: als verlässlicher Produzent und Lieferant von journalistischer Qualität, vielfältigen Kulturangeboten und guter Unterhaltung. Diese Verpflichtungen muss er fair teilen – mit einer soliden freien Presse, einer lebendigen Branche privatwirtschaftlich arbeitender Film- und Fernsehproduzenten mit all ihren kreativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und natürlich auch mit den privaten TV-Veranstaltern.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss um diese Verantwortung auch kämpfen, nicht zuletzt, weil sie eine Anerkennung voraussetzt. Diese hat nicht nur mit der Bereitschaft zu tun, eine feste Abgabe zur Finanzierung des Programms und Apparats zu zahlen, sondern auch mit dem Nutzerverhalten der Beitragszahler der jetzigen und vor allem der kommenden Generation. Dieses ändert sich bekanntermaßen im gerne so genannten digitalen Zeitalter.

Das Stichwort heißt Medienkonvergenz, klingt nicht unelegant, sogar ein bisschen modern und irgendwie harmlos. Tatsächlich aber ist es zugleich Beschreibung und Katalysator eines bedeutenden Paradigmenwechsels. Denn durch die Transformation vom linearen zum non-linearen Angebot werden große Teile des Rundfunks zur Plattform und dadurch unweigerlich und unbestritten zum bevorteilten Wettbewerber eines Wachstumsmarktes im audiovisuellen und auch journalistischen Sektor.

Das wissen die Sender so genau wie die Politik. Mit der geplanten Novelle des Telemedienauftrages soll der Naturschutz weiter betrieben und auf die Verantwortung für andere Medienlandschaften weitestgehend verzichtet werden. Das Mittel der Wahl ist die kostenneutrale Expansion der Online-Mediatheken, die gleichzeitig auf europäischer Ebene durch die geplante Einführung des Ursprungslandprinzips verschärft wird.

Davor hat die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft bereits im Dezember 2016 gewarnt. In einer gemeinsamen Erklärung all ihrer Mitgliedsverbände hieß es dazu: »Insbesondere diejenigen Filme, die nicht vollständig von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bezahlt werden, müssen die Chance haben, sich über eine kommerzielle digitale Auswertung überhaupt finanzieren zu können. Das ist aber nicht möglich, wenn diese Filme - wie nun geplant - in den Mediatheken von ARD und ZDF ständig verfügbar sind. Auf dem Spiel steht ein zukunftsfähiger Onlinemarkt für Kinofilme, und mit ihm nichts weniger als die Zukunft des Filmstandorts Deutschland.«

Alfred Holighaus ist Präsident der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO)

FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

Jan Herchenröder

Inspiration und Leistungsfähigkeit

JAN HERCHENRÖDER

Die Entgrenzung der Einstellzeiten der Programme in den öffentlich-rechtlichen Mediatheken »aufwendungsneutral« zu gestalten, würde bedeuten, Programme stärker zu nutzen, als durch die an der ursprünglichen 7-Tage-Begrenzung orientierten Lizenzgebühr tatsächlich abgedeckt ist.

Die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks lässt sich nicht über die möglichst omnipräsente, kostenlose Verfügbarkeit seiner Programme erzwingen – schon gar nicht ohne Rücksicht auf die Folgen für Urheber, Produzenten und einen funktionierenden Markt.

Im Eifer der Parteinahme für den Beitragszahler blendet die Politik die wesentliche Herausforderung der öffentlich-rechtlichen Sender schlicht aus: in einem wandlungsdynamischen Medienmarkt durch »zeitgemäße« und hochwertige Inhalte konkurrenzfähig zu bleiben.

Drehbuchautoren erschaffen mit ihren Werken die Grundlage für die fiktionalen Produktionen von ARD und ZDF. Fiktionale Produktionen sind Kulturträger, erreichen ein Millionenpublikum und prägen wie kaum ein anderes Medium unser Bild der Gesellschaft.

Von der Inspiration und Leistungsfähigkeit der Autoren hängt entscheidend ab, welche Qualität filmische Erzählungen bei ARD und ZDF zukünftig haben werden – und welchen Stellenwert bei den gerade auch jungen Zielgruppen.

Die Entwicklung neuer Ideen konnten Autoren bisher aus Einkünften abgeschlossener Projekte, insbesondere Wiederholungshonoraren, refinanzieren. Die Entgrenzung der Einstellzeiten in den Mediatheken minimiert die Wiederholungswahrscheinlichkeit der Programme und entwertet entsprechende Drehbuchverträge – mit direkten Folgen für die Stoffentwicklung. Die bisherigen Pauschalen für Online-Rechte sind völlig unzureichend.

Wer den Sendern die Extensivierung der digitalen Programmnutzung »aufwendungsneutral« einräumt, muss diese konkreten Folgen berücksichtigen. »Aufwendungsneutral« unterminiert das Ziel »angemessener Vergütung« – und versperrt damit unmittelbar den Weg zu mehr Innovation und Qualität.

Jan Herchenröder ist Geschäftsführer des Verbands Deutscher Drehbuchautoren und stellvertretender Sprecher des Deutschen Medienrats

FOTO: STEPHAN PICK

Hans Demmel

Kein Verständnis für den Markt

HANS DEMMEL

Aus Sicht der privaten, audiovisuellen Medien stehen wir vor einem maximalen Bedrohungsszenario: Die aktuelle Diskussion beinhaltet unter anderem das Abschaffen des Sendungsbezugs, eine Verlängerung der Verweildauerfristen öffentlich-rechtlicher Inhalte im Netz, das Aufheben des Abrufverbots für Lizenzproduktionen und die Möglichkeit, beitragsfinanzierte Inhalte über Drittplattformen wie Facebook zu verbreiten.

Leider werden viele der Entscheidungen wie die jetzt anstehende ohne wirkliches Verständnis dafür getroffen, dass beitragsfinanzierte Angebote grundsätzlich massiv in den Markt eingreifen und die Entwicklung privater Medienangebote und damit die Medienvielfalt einschränken. Es wird nicht gesehen, dass private Medien, die sich am Markt refinanzieren müssen, einer anderen Wirtschaftslogik folgen, als Anstalten, die gebührenfinanziert sind. Die Kollegen der öffentlich-rechtlichen Sender agieren nicht in einem luftleeren Raum, sondern in einem Wirtschaftsraum, in dem für die beiden großen Anbietergruppen völlig unterschiedliche Gesetzmäßigkeiten gelten.

Nur ein Beispiel: Für mich als Senderchef von n-tv heißt das, dass ich über ein Bezahlmodell für unsere erfolgreichen Newsangebote im Internet gar nicht nachdenken muss, solange tagesschau.de in der jetzigen Form verfügbar ist. Wir sind schlicht von einer Minute auf die andere substituierbar.

Mit dieser Situation leben wir schon heute. Eine Verlängerung öffentlich-rechtlicher Inhalte zum kostenfreien Abruf würde den Video on Demand (VoD)-Wettbewerb weiter erhöhen, die Geschäftsmodelle für private VoD-Portale zusätzlich erschweren und exklusive Rechte sowie kommerzielle Zweitverwertungen entwerten. Die Beitragsfinanzierung von Online-Abrufangeboten ist sicherlich sinnvoll bei Auftrags- und Eigenproduktionen, nicht aber beim Einkauf von Lizenzware, die über zahlreiche andere Online-Plattformen zugänglich ist. Die Position von ARD und ZDF in den Verhandlungen mit Rechteinhabern würde sich erheblich verbessern und auch hier den Wettbewerb schwächen. Und eine breitere Präsenz in sozialen Netzwerken würde deren Betreiber, die in einem starken Wettbewerb zu den nationalen audiovisuellen Medienangeboten stehen, gebührenfinanziert weiter stärken.

Es gibt also viele gute Gründe für die Politik, diese Planungen noch einmal ernsthaft zu überdenken. Ich würde mir wünschen, dass dies mit mehr Marktverständnis geschieht, denn ein funktionierender Markt garantiert heute die Angebotsvielfalt, die auch morgen niemand missen möchte.

Hans Demmel ist Vorstandsvorsitzender des Verbands Privater Rundfunk und Telemedien e.V. (VPRT) und Geschäftsführer von n-tv

FOTO: ZDF

Thomas Bellut

Anachronismus der Beschränkung

THOMAS BELLUT

Mit der Digitalisierung aller Lebensbereiche verändert sich auch die Mediennutzung. Relativ langsam zwar, im Ergebnis aber radikal. Videorecorder, bald auch DVDs braucht man nicht mehr. Im Zeitalter des »Cloud-TV«, der vernetzten, serverbasierten neuen »Fernseh«-Welt, kann man Videos überall und jederzeit abrufen. TV-Sendungen werden schon jetzt und künftig immer mehr non-linear konsumiert. Deshalb wird sich der Schwerpunkt der Distribution von »Sendungen« allmählich weg von der klassischen linearen Ausstrahlung hin zum kuratierten Angebot in gut strukturierten Mediatheken verlagern.

Dazu brauchen wir einen modernen Telemedienauftrag. Hierfür haben die Länder einen Vorschlag vorgelegt, der erste Schritte einer Fortentwicklung skizziert, dabei aber auch im starken Maße die Interessen anderer Marktteilnehmer wie der privaten Sendeunternehmen und der Verleger berücksichtigt. Die Verweildauer wird darin nicht einfach ausgeweitet. Vielmehr wird die 7-Tage-Regelung gestrichen und die Dauer der Verfügbarkeit in der Mediathek insgesamt, wie bisher schon, über das 3-Stufen-Test-Verfahren geregelt. Mit diesem Verfahren würden auch bei künftigen Änderungen die Interessen privater Sender oder Verleger mit einer Beurteilung der marktlichen Auswirkungen berücksichtigt. Hinzu kommt: Auch ohne Verweildauerkonzept würden nicht alle Sendungen auf ewig im Netz bereitgestellt. Dem stehen Kostenaspekte, aber auch vertragliche Einschränkungen entgegen.

Wichtig sind aber auch die anderen Elemente des Ländervorschlags, z. B. Nutzungsmöglichkeiten auch für angekaufte Spielfilme und Serien in der Mediathek, jedenfalls soweit sie europäischer Herkunft sind. Außerdem geht es um Ausspielmöglichkeiten über Drittplattformen. Beides ist wichtig, um gerade den Nutzungsgewohnheiten des jungen Publikums gerecht zu werden. Das Angebot der öffentlich-rechtlichen Mediatheken könnte damit modern gestaltet und nicht nur verwaltet werden.

Thomas Bellut ist Intendant des ZDF

Klein in zwei Hinsichten

Ein kleiner Verband im Rahmen von »Kultur macht stark«

Ulrike Plüschke: Herr Mittelstädt, der Bundesverband Freie Darstellende Künste setzt seit 2013 im Rahmen von »Kultur macht stark« die Förderung »tanz + theater machen stark« um und gehört damit zu den kleineren Programmpartnern dieses Bundesprogramms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).
Eckhard Mittelstädt: Ja, wir sind klein in zwei Hinsichten. Zum einen bezogen auf die Summe, die zwischen 2013 und 2017 verteilt wurde. Mit drei Millionen Euro gehören wir zur Gruppe der kleinen Programmpartner. Da gab es ganz unterschiedliche Summen, die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) hatte 20 Millionen. Zum anderen sind wir als Verband mit überschaubarer Geschäftsstelle personell und infrastrukturell natürlich kleiner und anders aufgestellt – wir sind für das Programm zu zweit. Bei großen Verbänden gibt es im Haus oft Leute, die eventuell aushelfen können. Das gibt es bei uns nicht. Wenn wir es nicht allein hinkriegen, dann geht es nicht.

Ein Blick zurück: Was lief aus Sicht der kleinen Verbände bei »Kultur macht stark I«, also in der Laufzeit 2013 bis 2017, gut und was nicht?
Der Anfang war sehr holprig. Das hatte auch damit zu tun, dass das Programm »Kultur macht stark« für das BMBF neu war. So haben wir ganz wenig Geld in 2013 tatsächlich an Projekte geben können. Das hat uns eine Weile nachgehangen, ebenso wie der schlechte Ruf, den das Projekt bei freien Theatern hatte. Es galt anfangs als zu kompliziert und mit zu großem Verwaltungsaufwand verbunden. Das hat sich im Laufe der Zeit sehr stark relativiert und das Interesse der freien Formationen hat sich stetig gesteigert. Jetzt, zum Ende der ersten Förderphase, haben wir es tatsächlich geschafft, fast die Summe von drei Millionen Euro auszuschütten, die wir ursprünglich bewilligt bekommen haben.

Wie viele Bündnisse wurden mit diesen drei Millionen Euro gefördert?
Etwas mehr als 200.

Sind darunter »Wiederholungstäter«?
Ja, sogar eine ganze Menge. Diese Wiederholungstäter kennen sich mit den Tücken des Programms, der Abrechnung und der Antragsstellung immer besser aus. Im Laufe der Jahre hat das bei vielen immer besser funktioniert. Diese auch hinsichtlich der Qualität der Projekte positiven Beispiele haben andere wiederum animiert. Im Sommer dieses Jahres hatten wir nochmal eine Antragsfrist und wurden regelrecht mit Anträgen überschwemmt. Leider konnten wir nur noch wenige bewilligen.

Ist das, was Sie Tücken der Antragsstellung nennen, eines der Probleme aus Sicht der kleinen Verbände, die personell nicht groß aufgestellt sind?
Die Antragsstellung ist relativ kompliziert gewesen für Leute, die das zum ersten Mal gemacht haben. Es soll angeblich jetzt besser werden. Wir wissen es aber noch nicht. Ein weiterer Punkt aus Sicht der kleinen Verbände sind die Personalkosten. In den ersten Projektjahren haben wir unsere Personalkosten schlecht kalkuliert, weil wir mit weniger Aufwand gerechnet haben. Durch Aufstockungsanträge haben wir jetzt zwei volle Stellen. Vorher hatten wir anderthalb. Das war viel zu wenig.

Was nehmen Sie an weiteren positiven Aspekten in die zweite Programmphase mit?
Als Positives nehmen wir mit, dass wir in der ersten Phase schon eine sehr gute Struktur der Module hatten. Unser Angebot hat sozusagen funktioniert. Trotz der Unterschiedlichkeit der künstlerischen Formate in den Projekten hat alles gut gepasst. Angenehm war jetzt, dass wir bei der Antragsstellung an das BMBF die Punkte ändern konnten, über die man sich die ganze Zeit geärgert hat. Das waren aber nur Kleinigkeiten. Wir haben also nur ein wenig nachjustiert. Aber wir haben jetzt die Möglichkeit, dass Projekte längerfristiger arbeiten können. Daher bin ich ganz zuversichtlich.

Welche Verbesserungsvorschläge wären – neben der vereinfachten Antragsstellung – noch aus Sicht der kleinen Verbände für »Kultur macht stark II« zu nennen?
Es hat ein Gespräch im Ministerium gegeben, wo wir verschiedene Probleme benannt haben. Manches ist tatsächlich umgesetzt worden. Z. B. ist die Zusammenarbeit mit Kitas, die bisher ungenau geregelt war, vereinfacht worden. Das hat allen in diesem Bereich aktiven Verbänden Probleme bereitet. Wir hoffen, dass das jetzt besser wird. Alle kleineren Verbände sind nach wie vor von der dünnen Personalstruktur betroffen, das hat sich nicht geändert. Zwei Programmpartner mussten aus diesem Grund sogar absagen. Ein Problem ist vor allem für freie Künstler oder Kunstvermittler, also Menschen, die ohne Infrastruktur und ohne regelmäßige Förderung agieren, dass sie Infrastrukturkosten aus eigener Tasche zahlen müssen. Aber es gilt, je nach Bundesland und Kommune sind die Probleme anders gelagert. Das hat natürlich wieder mit Föderalismus und dergleichen zu tun. Das ist ein echtes Problem, was sich in »Kultur macht stark II« wieder zeigen wird.

Eckhard Mittelstädt ist Projektleiter von »tanz + theater machen stark« beim Bundesverband Freie Darstellende Künste. Ulrike Plüschke ist Referentin für kulturelle Bildung beim Deutschen Kulturrat

»KULTUR MACHT STARK« GEHT IN DIE ZWEITE RUNDE

Gerd Taube und Eckhard Mittelstädt im Interview

Das Förderprogramm des Bundesbildungsministeriums (BMBF) »Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung« geht 2018 bis Ende 2022 in die zweite Phase. Zielgruppe sind 3- bis 18-Jährige, die Angebote sind außerschulisch und werden von Bündnissen mit mindestens drei lokalen Partnern durchgeführt. Dabei steht die gesamte Bandbreite der kulturellen Bildung offen – von der Alltagskultur über die Literatur und die Musik bis hin zu Theater und Zirkus. In der ersten Programmphase von 2013 bis 2017 wurde »Kultur macht stark« von 32 zivilgesellschaftlichen Programmpartnern in eigenen Programmen wie z. B. »Künste öffnen Welten« oder »tanz + theater machen stark« umgesetzt. Dies wird auch in der zweiten Programmphase wieder so sein. Zu den Programmpartnern zählen ganz unterschiedliche Mitgliedsverbände des Deutschen Kulturrates – sehr große wie auch sehr kleine Akteure. Welche Herausforderungen bringt die Umsetzung von »Kultur macht stark« mit sich und mit welchen Erwartungen starten die Akteure in die zweite Runde?
Im Interview werden stellvertretend für einen großen Bundeskulturverband Gerd Taube, Vorsitzender der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. (BKJ) und stellvertretend für einen kleinen Verband Eckhard Mittelstädt, Projektleiter von »tanz + theater machen stark« beim Bundesverband Freie Darstellende Künste e.V. befragt.

Programmpartner und Dachverband zugleich

Ein großer Verband im Rahmen von »Kultur macht stark«

Theresa Brüheim: Herr Taube, die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) setzt seit 2013 als Programmpartner von »Kultur macht stark« das Programm »Künste öffnen Welten« um. Die Besonderheit ist, die BKJ ist ein sehr großer Verband, der mit 20 Millionen Euro eine umfangreiche Fördertranche zur Verfügung hatte. Wenn Sie heute auf die erste Förderperiode zurückblicken, was ist dabei aus der Sicht der großen Verbände gut gelaufen?
Gerd Taube: Aus Sicht der BKJ ist durch das Programm eine Vielfalt kultureller Bildung für Kinder und Jugendliche wirksam geworden. Unterschiedliche Akteure der kulturellen Bildung und weiterer Bereiche haben sich zu Bündnissen zusammengefunden, aber auch auf Bundesebene hat es Verknüpfung und Verschränkung gegeben.
Besonders ist, dass wir als BKJ nicht nur Programmpartner, sondern auch Dachverband sind. In der ersten Runde von »Kultur macht stark« sind 14 BKJ-Mitgliedsverbände Programmpartner gewesen. Wir sehen uns also auch in der dachverbandlichen Rolle mit einer Verantwortung für die Unterstützung dieser Mitglieder. Infolgedessen haben wir zunächst die Ständige Konferenz für unsere am Programm beteiligten Mitglieder eingerichtet und später für alle Programmpartner erweitert. Entsprechend schaut die BKJ auf »Kultur macht stark« immer aus zwei Perspektiven: mit »Künste öffnen Welten« aus der Perspektive des Programmpartners und mit der Ständigen Konferenz aus der des Dachverbands, der Verantwortung für den Erfolg des Gesamtprogramms übernimmt.

Gab es für Sie spezifische Probleme, welche die Umsetzung von »Künste öffnen Welten« mit sich brachte?
Was im Gedächtnis hängen geblieben ist und ich bei der Neuauflage bereits wieder beobachte, ist die Frage des Verwaltungsaufwandes. Das wird jeder sagen, der mit dem Programm vertraut ist. Gleichzeitig gibt es Beschränkungen, welche die Förderfähigkeit von Ausgaben betreffen, sodass kleinere Verbände durchaus in Schwierigkeiten kommen können. Aber auch ein großer Verband wie die BKJ musste personelle Kapazitäten zur Verfügung stellen, die eben nicht von den Projektmitteln gedeckt oder aus den Projektressourcen finanziert wurden. Das sehe ich als eine weiterbestehende Schwierigkeit an.

Was nehmen Sie aus der ersten Programmphase für Erfahrungen mit in die zweite? Worauf können Sie aufbauen?
Zum einen können wir auf der sehr guten Zusammenarbeit mit den anderen Programmpartnern aufbauen. Ich hatte ja die Ständige Konferenz schon erwähnt. Das ist nicht nur ein Format zur Koordinierung oder zum Austausch über Sorgen, sondern auch eine Plattform des fachlichen Austauschs der Programmpartner. In der Ständigen Konferenz sind die verschiedenen Programmpartner freiwillig beieinander. Sie versteht sich als eine selbstorganisierte Plattform, bei der es nicht darum geht, ob der Verband groß oder klein bzw. Initiative oder Zuwendungsgeber ist. Wichtig ist es vielmehr, zusammen Linien zu entwickeln und auf Fragestellungen zu kommen, die alle gemeinsam betreffen. So konnte ich die Ständige Konferenz in der Anhörung zur kulturellen Bildung und zu »Kultur macht stark I« im Deutschen Bundestag vertreten, um unsere Erfahrungen mit dem ersten Programm in die Leitlinien für das neue Programm einzubringen. Auf die Initiative der Ständigen Konferenz können wir also in jedem Fall aufbauen. Selbstverständlich können wir auch bei der Neuauflage an das große Netzwerk von Programmpartnern und die Vielzahl ihrer Bündnispartner vor Ort anknüpfen.

Was ist aus Ihrer Sicht verbesserungswürdig? Sie haben schon das Problem des Verwaltungsaufwandes angesprochen. Gibt es darüber hinaus noch etwas?
Die Frage von Verwaltungs- und Administrationsvereinfachung hat – neben der Frage der Kapazitäten gerade kleinerer Träger – für uns bei der Diskussion in Vorbereitung auf »Kultur macht stark II« eine zentrale Rolle gespielt. Dass in der Neuauflage des Programms keine Lehren daraus gezogen wurden und die höheren personellen Aufwände nicht ausreichend geltend gemacht werden können, verstehe ich nicht so recht. Und dass zwei Programmpartner, die von der Jury ausgewählt wurden, aus diesen Gründen ihren Antrag nicht eingereicht haben, finde ich bedenklich und bedauerlich. Gerade weil wir diese Fragestellungen gegenüber dem BMBF deutlich adressiert haben. Wir reden hier längst nicht mehr nur über Verwaltungshürden, sondern über eine für das Programm nicht förderliche politische Steuerung durch den Staat.
Auch die Rolle der Begleitstrukturen, die installiert worden sind, sollte gestärkt werden. Der Fokus liegt bei der Umsetzung des Programms sehr stark auf den administrativen Fragen und weniger auf jenen der Fachlichkeit. An der Stelle sehen wir noch Potenzial, die Möglichkeiten zu nutzen, die das Programm bietet: Praxiserfahrung zu sammeln auch mit einer ganz bestimmten Zielgruppe, für die es spezielle Zugangskonzepte braucht, und diese Praxiserfahrung wieder reflektiert fachlich zurückzuspielen. Damit könnte man das Konzept gegenüber dem ersten Durchgang von »Kultur macht stark« verbessern.

Gerd Taube leitet das Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland in Frankfurt am Main und ist Vorsitzender der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ). Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

ZukunftsGut

Kulturvermittlung als Gesamtstrategie in Kultureinrichtungen verankern und Kulturerbe auf seine Relevanz für aktuelle Anliegen hinterfragen

BIRGIT MANDEL

Kulturvermittlung hat in den letzten 15 Jahren in Deutschland deutlich an Interesse und Bedeutung in Kultureinrichtungen gewonnen. Gründe dafür sind unter anderem der demografische Wandel und insbesondere die Sorge vor einer Überalterung des Publikums sowie kulturpolitische Forderungen nach einem chancengerechteren Zugang zu öffentlichen Kulturangeboten und der Anspruch an Kultureinrichtungen, sich für die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen zu engagieren.

Inzwischen gibt es vielfältige Workshop-Angebote für Schulklassen; Einführungen, Nachgespräche, moderierte Aufführungen für unterschiedliche Zielgruppen; »Bürgerbühnen« eröffnen aktive ästhetische Erfahrungen, Outreach-Formate machen klassische Kultur im öffentlichen Raum oder im digitalen Kulturraum zugänglich, immersive Inszenierungen schaffen außergewöhnliche, emotionale Zugänge. Obwohl fast alle Kultureinrichtungen in den letzten Jahren vielfältige Vermittlungsaktivitäten entwickelt haben, beklagen die zuständigen Vermittler, dass sie oft nicht in die Entwicklung von künstlerischen Programmen eingebunden und in der Hierarchie den künstlerischen Abteilungen nachgeordnet sind, dass ihr Budget vergleichsweise gering ist und sie für ihre Vermittlungsaktivitäten häufig Drittmittel akquirieren müssen.

Offensichtlich braucht es noch weitere Impulse, um Kulturvermittlung nicht nur als »Add-on«, sondern als integrativen Bestandteil des »Kerngeschäfts« von Einrichtungen zu verankern.

Hier setzt der Preis »ZukunftsGut« der Commerzbank-Stiftung mit dem Fokus auf Kulturvermittlung als abteilungsübergreifender Strategie einer Institution an.

Denn obwohl es inzwischen einige Preise für herausragende Projekte kultureller Bildung, vor allem mit Fokus auf die Zielgruppen Kinder und Jugendliche, gibt, existierte im deutschsprachigen Raum bislang kein Preis, der sich mit der strukturellen und strategischen Qualität der Kulturvermittlung von Institutionen befasst und diese auszeichnet.

FOTO: BUDDENBROOKHAUS/HEINRICH-UND-THOMAS-MANN-ZENTRUM

Hausbesetzung! Projektauftakt im September 2015

Gemäß der Förderstrategie der Commerzbank-Stiftung werden dabei Kultureinrichtungen adressiert, die sich mit der Vermittlung von kulturellem Erbe im weitesten Sinne in den Bereichen Bildende Kunst, Musik, Literatur, Theater sowie Kulturgeschichte beschäftigen.

Dabei wird das von der EU-Kommission initiierte »Europäische Kulturerbejahr 2018« zum Anlass genommen, um mit dem Preis Kulturerbe-Vermittlung im Sinne eines »Shared Heritage« aufzugreifen und zu hinterfragen: Warum, wie und von wem werden bestimmte Artefakte in den Rang eines für die Gesellschaft wertvollen Kulturerbes erhoben? Welche Bedeutungen sind darin eingeschrieben und wie werden diese verändert durch neue Perspektiven? Wie wird kulturelles Erbe Gemeinschaft stiftend, wie wird es relevant für den Einzelnen?

Mit dem Preis sollen solche Vermittlungsprogramme in den Blick genommen werden, die kulturelles Erbe als gemeinschaftliches Erbe auf seine Bedeutung für aktuelle Fragen einer Gesellschaft und unter aktiver Teilhabe verschiedener Teilöffentlichkeiten befragen.

Zentrale Dimensionen einer solchen Vermittlung wären z. B. die Kooperation mit bislang nicht erreichten Gruppen; der Einfluss, den neue Ziel- und Anspruchsgruppen auch auf die Programmauswahl haben und die Veränderung der Gesamtmission einer Kultureinrichtung, die Kulturvermittlung als Teil ihres »Kerngeschäfts« begreift und Verantwortung auch für Wirkungen von Kunst auf kulturelle Bildungsprozesse und gesellschaftliches Zusammenleben übernimmt.

Kulturvermittlung kann nicht nur dazu beitragen, Brücken zwischen künstlerisch-kulturellen Produktionen und unterschiedlichen Rezipientengruppen zu schaffen, sondern auch Veränderungsprozesse in Institutionen auszulösen, die eine Kultureinrichtung insgesamt anschlussfähiger an die Interessen unterschiedlicher Menschen und Gruppen machen. Indem neue Nutzer aktiv einbezogen werden in die Arbeit einer Einrichtung, erhält diese wertvolle Anregungen für die Weiterentwicklung ihrer Inhalte, ihre ästhetische Ausgestaltung, aber auch für Service, Vermittlungs- und Kommunikationswege. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis »ZukunftsGut« wird am 12. September 2018 erstmalig verliehen an eine Kultureinrichtung, der es aus Sicht der Fachjury am überzeugendsten gelingt, ihre Objekte, Artefakte oder Produktionen sowie ihre Institution so zu vermitteln und zu aktualisieren, dass diese für Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft, unterschiedlicher Generationen und kultureller Interessen anschlussfähig werden. Bewerbungen können ab dem 15. Januar bis zum 15. April 2018 unter www.commerzbank.stiftung.de eingereicht werden.

Birgit Mandel ist Professorin für Kulturmanagement und Kulturvermittlung an der Universität Hildesheim und Stiftungsratsmitglied der Commerzbank-Stiftung

ZUKUNFTSGUT

ZukunftsGut richtet sich an Kulturinstitutionen in Deutschland, die Vermittlung als zentrale gemeinschaftliche Aufgabe für sich erkannt haben und ausfüllen. Er zeichnet zukunftsweisende Strategien der Kulturvermittlung und ihre nachhaltige Verankerung aus. Der Preis möchte dazu beitragen, den Stellenwert von Kulturvermittlung als Kern- und Querschnittsfunktion in den Einrichtungen zu stärken und Transformationsprozesse zu unterstützen.

Angesprochen sind insbesondere Museen, Theater, Konzerthäuser oder Literaturhäuser, die Vermittlungsprogramme entwickeln, um ihre Artefakte und Produktionen einem breiten, diversen Publikum zugänglich zu machen. Gemäß der Förderstrategie der Commerzbank-Stiftung konzentriert sich ZukunftsGut auf das künstlerische kulturelle Erbe – hier in den Bereichen Bildende Kunst, Musik, Literatur, Theater sowie Kulturgeschichte.

Im Sinne der Idee des »Shared Heritage« sollen insbesondere solche Vermittlungsprogramme in den Blick genommen werden, die materielles und immaterielles kulturelles Erbe als gemeinschaftliches Gut begreifen, dessen Bedeutung von unterschiedlichen Öffentlichkeiten immer wieder neu auszuhandeln ist.

ZukunftsGut wird alle zwei Jahre ausgeschrieben und ist mit 50.000 Euro dotiert. Das Preisgeld versteht sich als Förderung und relevanter Beitrag für die strategische Weiterentwicklung und Institutionalisierung der Vermittlungsarbeit in der Preisträger-Einrichtung.

Der Fachjury gehören an:

- Inez Boogaarts, Geschäftsführerin Zukunftsakademie NRW, Bochum
- Tom Braun, Geschäftsführer Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, Remscheid
- Teresa Darian, Bereich Bildung, Kulturstiftung des Bundes, Halle a. d. Saale
- Marc Grandmontagne, Vorstand Deutscher Bühnenverein, Köln
- Max Hollein, Leitung Fine Arts Museum of San Francisco
- Dr. Uwe Koch, Leiter Geschäftsstelle Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz / Europäisches Kulturerbejahr 2018, Berlin
- Sabine Rückert, Stellvertr. Chefredakteurin der Wochenzeitung DIE ZEIT, Hamburg

sowie

- Prof. Dr. Birgit Mandel, Universität Hildesheim, Stiftungsratsmitglied Commerzbank-Stiftung (Vorsitz und fachliche Leitung der Jury)
- Astrid Kießling- Taşkın, Vorstand Commerzbank-Stiftung

Weitere Informationen und Bewerbungsformular sind ab dem 15. Januar 2018 unter www.commerzbank.stiftung.de abrufbar.

Gott und die Welt

Zukunftsperspektiven

CHRISTIAN STÄBLEIN

Die Jubiläumsfeiern sind Geschichte. Es war schön. Nicht immer, aber doch oft. Die evangelische Kirche tritt – die historischen Unschärfen eines solchen Satzes beiseite gelassen – in das Jahr 500 plus 1. Nach Jahren des Runterzählens also wieder rauf? Wie geht es weiter – die nächsten 100 oder, bescheidener, die nächsten zehn Jahre?

Zunächst hallt das schöne Bild vom Grundwasserspiegel nach, der gestiegen ist in diesem Jubiläumsjahr, durch Ausstellungen, Forschungsprojekte, Bücher, Musicals, Diskursforen etc. – sowohl der Grundwasserspiegel der Bildung zu Reformation und Glaube (was Reformation heißt, wissen laut Umfragen signifikant mehr Menschen als zuvor), als auch der der ökumenischen Freundschaft.

Das in der Tat war markant in 2017: Feiern, was evangelischer Glaube heißt, nicht so, dass man sagt, was er nicht ist, sondern offen, gemeinsam, verbunden mit den Geschwistern. Wenn Grundwasserpegel steigen, steckt schon im Bild, wie es weiter geht: Das Angesammelte nutzen, um die Wiesen der Freundschaft und Glaubenssuche weiter zu stärken. Grundwasser muss raus, sonst säuft nur der Keller ab. Ohne Bild: die Impulse weiter tragen raus in die Gesellschaft. Vieles fängt jetzt erst an: 501 Möglichkeiten dazu gibt es, mindestens.

Wie geht es weiter? Zum Start des Jahres 501 hat der Religionssoziologe Detlef Pollack in einer fulminanten Rede vor dem Kirchenparlament Wasser in den noch halboffenen Festwein gegeben.

Die Kirche sei »seit Langem nicht mehr Herrin ihres Schicksals«, denn sie sei »einer Vielzahl von säkularen Prozessen ausgesetzt, auf die sie kaum einen Einfluss ausüben kann«: Pluralisierung, Wohlstandsanhebung, Individualisierung. Prozesse, die sie »dialogischer und menschenfreundlicher gemacht«, zugleich aber nachhaltig »Entkirchlichung befördert« haben.

Die Kirche ist angekommen im Zeitalter der Säkularisierung – mehr als hilfreich, wenn das klar auf den Punkt gebracht wird. In dieser Einsicht kann eine große Freiheit stecken.

Vor knapp 100 Jahren hat mancher das »Jahrhundert der Kirche« ausmachen wollen, nicht aus falschen Triumphgefühlen, sondern in der Vorstellung einer neuen Freiheit der Kirche nach der Trennung vom Staat.

In 501 wünsche ich mir ein zupackendes Ergreifen der Freiheit, die in der Analyse des Religionssoziologen steckt. Seine Empfehlungen für die reformatorischen Kirchen sind bemerkenswert: Fokussierung auf religiöse Sozialisation – und vor allem: auf Gottesdienste, »qualitätvolle« Gottesdienste als erkennbares Zentrum kirchlichen Handelns. Im Wissen und in der Erinnerung: Die Kirche war und ist nie »Herrin ihres Schicksals« gewesen. Da sei Gott vor, er ist der Herr. 501 mal aufgebrochen also in diese Freiheit mit den Partnern in Kultur und Zivilgesellschaft. Die Zisternen sind voll. Wasser marsch!

Christian Stäblein ist Propst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Wo Kunst auf Kreativwirtschaft trifft

Corbinian Böhm und Michael Gruber sind das Künstlerduo »Empfangshalle«

ANDREAS KOLB

Istanbul, Kaliningrad, Guangzhou, Shenzen, Miami, Moskau, New York City, Venedig, Pisa, Linz, Dresden, Berlin, Augsburg, München, Freising, Fürstenfeldbruck, Mühldorf am Inn – für die Bildhauer Corbinian Böhm und Michael Gruber scheint die Welt ein Dorf zu sein. Als Künstlerduo »Empfangshalle« arbeiten sie längst »glokalisiert«, also sowohl global wie lokal.

Begonnen hat alles ganz »lokal« in München vor knapp 20 Jahren: Empfangshalle stand in großen Lettern über ihrem ersten gemeinsamen Atelier, einem alten Lokschuppen nahe der Hackerbrücke. Aus dem bescheidenen Atelier ist ein Kreativzentrum in Münchens teurer Innenstadtlage nicht weit vom Königsplatz geworden – und das ohne einen Cent Zuschuss von Stadt oder Land. Die Räumlichkeiten fungieren als Außenstelle der städtischen Galerie FOE, weitere Kooperationen gibt und gab es mit der Pinakothek der Moderne, dem Kunstverein München und anderen Münchner Ausstellungsräumen.

»Unser Einkommen«, so Michael Gruber, »erwirtschaften wir zu 50 Prozent mit Kunst, zu 50 Prozent mit Theater- und Filmbauten. Diese angewandten künstlerischen Projekte ermöglichen die Unabhängigkeit von Förderstrukturen. So entstand unter der künstlerischen Leitung von Böhm und Gruber die Vulkanlandschaft für ›Jim Knopf‹ in den Bavaria Filmstudios oder ein zwölf Meter langer Drache für das Bühnenbild des ›Siegfried‹ am Münchner Volkstheater.«

Die Empfangshalle ist eine organische Struktur: Derzeit beschäftigt sie zwei Angestellte und eine Praktikantin und bietet im Ateliergebäude etwa 30 weiteren Künstlern und Bühnenplastikern Domizil.

Während der Autor dieser Zeilen mit den beiden Künstlern die Ateliers und Werkstätten besichtigt, macht sich ein immer stärkerer Geruch nach feinem Essen breit. Heute ist Künstlerspeisung, eine regelmäßige Veranstaltung, bei der eine Künstlerin oder ein Künstler für die gesamte Gemeinschaft kocht – dazu wird das kulturelle Umfeld eingeladen. Jede Künstlerspeisung wird individuell gestaltet. Dabei gibt der Künstler Einblick in sein Leben, indem er sich und seine Arbeiten vorstellt.

Kochen mit dem Team für die Künstlerspeisung ist selbstverständlich nur eine Nebenbeschäftigung für die Praktikanten. Die erarbeiten sich ihre Bewerbungsmappe für die Kunstakademie in den Werkstätten und Ateliers vor Ort. Zudem bildet Empfangshalle zum Bühnenplastiker aus.

Die Kunstarbeiten der Empfangshalle werden zwar in der Münchner Katharina von Bora-Straße 8A geplant, sind aber mitten in der Gesellschaft angesiedelt – weltweit. Corbinian Böhm (1966) und Michael Gruber (1965) beschreiben das so: »Diese Gesellschaft, die sich aus den verschiedensten Gruppen und unterschiedlichsten Strukturen zusammensetzt, ist das Medium unserer Arbeiten. Genauer: Menschen, die durch gemeinsame Ideen, Umgebungen oder Tätigkeiten solche Gruppen formen, werden von Empfangshalle umfangen. Man dockt an das schon Geformte an und etwas Neues entsteht dabei; ein neuer Raum in der vorhandenen Struktur bildet sich – der Raum von Empfangshalle, in der sich Leute für eine gewisse Zeit aufhalten, in der temporär Dinge stattfinden.«

Wenn Böhm und Gruber augenzwinkernd sagen, »eigentlich fungieren wir nur als Hausmeister der Empfangshalle«, so darf man das als Understatement verstehen, zugleich aber auch als Mission Statement. Seit 1998 sind hier mehr als 50 Kunstprojekte entstanden. Die Rohstoffe für Grubers und Böhms Arbeiten bestehen schon lange nicht mehr aus Stein, Ton und Metall. Der Rohstoff ihrer Kunst sind Menschen, eben die Menschen, die sie in ihre Empfangshalle einladen.

Die folgenden Werk-Kurzbeschreibungen veranschaulichen die Arbeitsweise der Empfangshalle exemplarisch:

Erstens: »3 Sekunden«, ein Projekt in U-Bahnhöfen in München, Nürnberg und Berlin: Die S-Bahn, aus der täglich Tausende die vorbeirauschende Umgebung betrachten, gibt das Publikum und den Rhythmus für irritierende, theatermäßig inszenierte Drei-Sekunden-Aktionen. Der Drei-Sekunden-Blick aus dem Fenster haftet sich an ein unerwartetes Ereignis; draußen Gesehenes vermischt sich mit dem, was in der Zeitung steht; Fakt und Fiktion werden von ihren festen Plätzen der Wahrnehmung gelöst. Zweitens: »Woher Kollege – Wohin Kollege« entstand 2000/2001 als Projektidee für einen von der Stadt München ausgeschriebenen »Kunst am Bau«-Wettbewerb. 28 Müllmänner aus München sollten nacheinander und innerhalb eines Jahres mit einem zum Wohnmobil umgebauten Müllwagen in ihr Herkunftsland reisen und dort ein Foto von dem Ort machen, der für sie Heimat darstellt. Einzige Bedingung: Das Müllauto sollte auf dem Bild zu sehen sein. Nachdem alle Müllmänner von ihrer Reise zurückgekehrt waren, wurden die Bilder in einer Größe von 200 x 120 cm auf wetterfestes Material aufgezogen und an den regulären Müllautos angebracht. Ab dem Jahr 2003 fuhren diese Müllautos drei Jahre lang täglich als mobile Fotoausstellung durch München.

Drittens: International sorgte das »The Benjamin Project« in China für Aufsehen. Rund fünf Millionen Ölbilder – meist Kopien von Meisterwerken – werden jährlich in Dafen, einem Stadtteil der Zehnmillionenstadt Shenzhen nördlich von Hongkong, gefertigt. In den Ateliers arbeiten schätzungsweise 8.000 bis 10.000 Maler. Exportiert wird hauptsächlich in die USA und nach Europa. In der »Welthauptstadt der kopierten Kunstwerke« schaffte Empfangshalle ein Original, indem Gruber und Böhm Walter Benjamins Aufsatz »Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit« in Öl malen ließen. Es entstand eine Serie von 38 großformatigen Ölgemälden, entsprechend je einer Doppelseite der als Motiv ausgewählten jüngsten Ausgabe des Suhrkamp Verlages. Die Versuchsanordnung der Empfangshalle funktionierte: Es entstand ein Kunstwerk mit einer ganz speziellen Aura.

Viertens: Wenn Empfangshalle sich für einen Auftrag bewirbt oder ein Projekt konzipiert, dann fragen Böhm und Gruber sich stets: »Welche Menschen treffen wir an diesem Ort an?« Das Projekt »Beauty and the Beast« nahm seinen Ausgang am Dom Sowjet in Kaliningrad, dem Haus der Räte am ehemaligen Schlossplatz von Königsberg. Bei einem Public Photo Shooting ließen sich Frauen zusammen mit den Autos ihrer Männer ablichten. Diese Fotos wurden zur Vorlage des Bernsteinbildes »Beauty and the Beast«.

Fünftens: Für ihre Ausstellung »Wäsche« für die Galerie der Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst e.V. (DG), in Kooperation mit der Kunstpastoral der Erzdiözese München und Freising, sammelten Gruber und Böhm Kleider rund um St. Paul: Liturgische Gewänder, Altkleider der Gemeinde sowie Fundstücke obdachloser Wanderarbeiter, die unter anderem auf den Stufen des Kirchenportals schlafen. Diese Kleidungsstücke wurden zusammen in einer in der Galerie aufgestellten Industriewaschmaschine gereinigt und als Rauminstallation zum Trocknen auf eine Wäscheleine gehängt. So entstand ein buntes Wäschebild der Gesellschaft des Bahnhofsviertels in einer der teuersten Lagen Münchens, am Odeonsplatz.

Beim Rundgang durch die Ateliers steht man unvermittelt vor einem etwa mannshohen Modell einer Kirche. So viel sei hier schon verraten: 2018 dockt die Empfangshalle an die Kirche St. Laurentius in Altmühldorf am Inn an und implementiert die Kunst des 21. Jahrhunderts in einen gotischen Kirchenraum.

Ich fühle mich eingeladen, die Empfangshalle zu betreten. Sie sind es auch.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

FOTO: EMPFANGSHALLE

Die Bildhauer Corbinian Böhm und Michael Gruber (v.l.) bilden das Künstlerduo »Empfangshalle«

Politik & Kultur

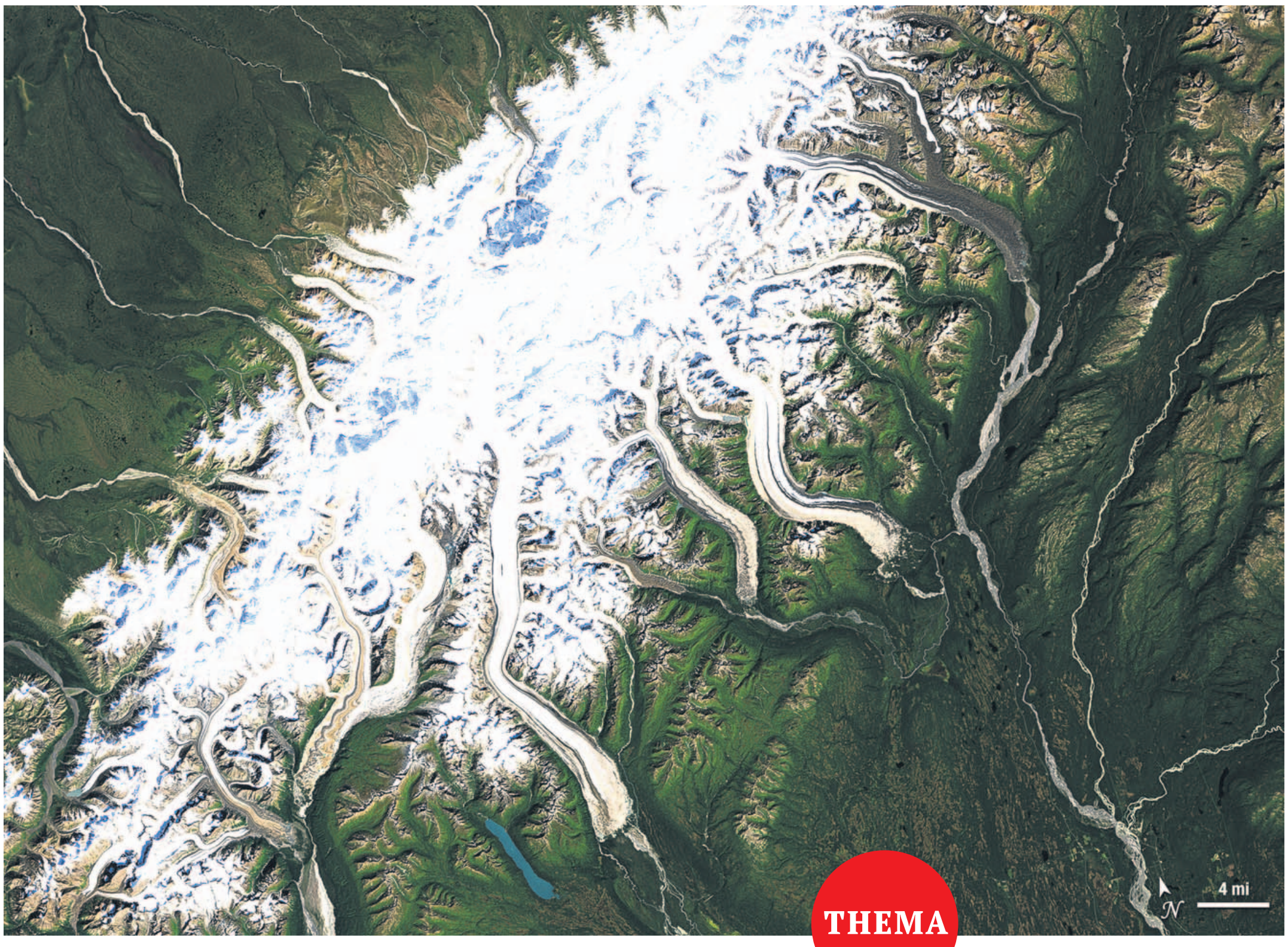


FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

THEMA

Die Perspektive wechseln

Zur kulturellen Dimension der Nachhaltigkeitsdebatte

OLAF ZIMMERMANN

Das im Jahr 1972 erschienene Buch »Die Grenzen des Wachstums« markiert einen Wendepunkt. Die vorherigen zwei Jahrzehnte waren in Westeuropa sowie den USA Jahrzehnte des vermeintlich unbegrenzten Wachstums. Aufbau von Industriezweigen, die bemannte Raumfahrt, Vollbeschäftigung, Expansion des Wissenschafts- und des Hochschulsektors – alles schien auf unbegrenztes Wachstum hinauszulaufen. In Westdeutschland konnte sich endlich etwas gegönnt werden. Die Probleme der sogenannten Dritten Welt waren weit weg.

Der mit dem Wachstum verbundene Fortschrittsoptimismus erhielt durch das erwähnte Buch einen ersten empfindlichen Dämpfer. Höher, schneller, weiter schien nicht automatisch zu mehr Wohlstand zu führen. Die Studie »Die Grenzen des Wachstums« war vom Club of Rome in Auftrag gegeben und unter anderem von der Volkswagen Stiftung finanziert worden. Anhand von umfänglichen Computersimulationen – seinerzeit noch mit raumfüllenden Großrechenanlagen – wurde berechnet, welche Folgen der weitere Ressourcenverbrauch für unseren Planeten hat und welche Konsequenzen ein weiteres Wachsen der Erdbevölkerung nach sich ziehen würde.

Mich hat dieses Buch als Jugendlicher elektrisiert. Ohnehin fasziniert von der Schönheit des Makro- wie des Mikrokosmos, erschreckten mich die in dem Buch aufgezeigten Szenarien. Weitere »Schreckensmeldungen« folgten bis heute, die nur stichwortartig genannt werden sollen: Ölkrise, Kritik an der »Zukunftstechnologie« Atomkraft, Waldsterben, Artenschwund.

Zwei Lager entstanden: Die einen, die fest davon überzeugt waren, dass Wohlstand und Fortschritt nur durch ein »Weiter so«, also durch ein immer mehr, immer schneller gesichert werden können und davor warnten, die Industrienation Deutschland im internationalen Wettbewerb zurückzuwerfen. Die anderen, die mahnten, dass ein »Weiter so« auf Dauer nicht möglich sein wird, da die Ressourcen unseres Planeten endlich sind.

Geprägt war die Diskussion von Verlust und Verzicht. Weniger Auto fahren, weniger Fleisch essen, weniger Wasser verbrauchen, weniger Emissionen, das waren und sind die Schlagworte für nachhaltige Entwicklung. Sie trafen, als sie erstmals formuliert wurden, auf ein gesellschaftliches Klima, in dem die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung froh und glücklich war, sich mehr leisten zu können. Endlich ein Auto zu haben, endlich in den Urlaub in die Ferne zu reisen, endlich nicht nur sonntags Fleisch.

Die seinerzeit geprägte Verzichts- und Verlustlogik, die ein fast asketisches Leben zum Ideal erhob, ist meines Erachtens eines der größten Probleme in der Debatte um Nachhaltigkeit. Diese Logik umzudrehen, die Perspektive zu wechseln, ist darum die wichtigste Aufgabe bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele. Und dieses ist zuallererst eine kulturelle Herausforderung.

Die UN-Agenda 2030 hat selbst bereits einen wichtigen Beitrag zum notwendigen Perspektivwechsel geleistet. Sie richtet sich an die gesamte Völkergemeinschaft. Es ist keine UN-Agenda, die allein für die Länder des Nordens oder die Länder des Südens gilt, sondern alle sind gefordert, die 17 Ziele in nationale Politik umzusetzen und sich auch in internationalen Abkommen daran gebunden zu fühlen. Konsequent zu Ende gedacht, bedeutet dies, dass Nachhaltigkeitspolitik tatsächlich eine Querschnittsaufgabe ist, die alle fordert, die Regierungen, die Zivilgesellschaft aber auch jeden Einzelnen.

Der Deutsche Kulturrat hat eine eigene Arbeitsgruppe Agenda 2030 gegründet, in der er sich mit der Umsetzung dieser UN-Agenda im Kulturbereich auseinandersetzt. Dabei geht es um Fragen einer nachhaltigen Stadtplanung und Architektur, um die Entwicklung und Marktplatzierung von nachhaltigem Design, um Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und Medienbetrieb, um Zugang zu Wissen und Information und vieles andere mehr. Im von VENRO und dem Forum Umwelt und Entwicklung koordinierten Netzwerk zur Agenda 2030 wird der Deutsche Kulturrat seine Sichtweisen einbringen. Bereits seit einigen Jahren engagiert sich der Deutsche Kulturrat für einen gerechten Welthandel und gehört zu den Mitbegründern und Trägern des Netzwerks Gerechter Welthandel. Hier geht es darum, die Diskussion um Handelsabkommen weiterzudenken, von dem Schutz des eigenen Bereiches zu abstrahieren und insgesamt für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einzutreten, die den Ländern des Südens faire Marktchancen gibt. Der Deutsche Kulturrat arbeitet weiter mit der Klima Allianz Deutschland zusammen, um auch hier zu unterstreichen, dass Klimafragen eine kulturelle Dimension haben.

Eine Welt, in der Natur und Kultur dauerhaft miteinander auskommen, ist die Voraussetzung für ein gutes Leben

Die verschiedenen Aktivitäten sollen einen Beitrag zum Perspektivwechsel leisten. Es gilt, zum einen innerhalb des Kultursektors stärker für das Nachhaltigkeitsthema zu sensibilisieren, denn unsere unmittelbare Umwelt hat Auswirkungen auf die Art und Weise, wie wir leben. Es heißt zum anderen, klarzustellen und mit Leben zu erfüllen, dass der Kulturbereich zur Nachhaltigkeitsdebatte mehr beitragen kann als das Bühnenprogramm bei Klimakonferenzen.

Der Mensch ist ein lustbetontes Wesen. Etwas zu tun, dass Freude macht, das nicht den Verzicht, sondern den Gewinn betont, animiert zum Mitmachen.

Das Thema Nachhaltigkeit muss kulturell bearbeitet werden. Wenn uns dies gelingt, wird nicht mehr der Verzicht als erstes stehen, sondern der Gewinn. Der ökonomische Gewinn, denn nachhaltiges Wirtschaften ist längst ein Markt und Wirtschaftsfaktor. Der ökologische Gewinn, denn der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist essenziell für unser Überleben. Der soziale Gewinn, denn eine nachhaltige Gesellschaft orientiert sich am Gemeinwohl. Der gesellschaftliche Gewinn, denn in einer Welt zu leben, in der Natur und Kultur dauerhaft miteinander auskommen, ist die Voraussetzung für ein gutes Leben.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

THEMA

Die Idee der Plastizität

Zur Erweiterung des kulturellen Nachhaltigkeitsbegriffes

Das Haus der Kulturen der Welt ist Ausgangspunkt und Denkstube für Nachhaltigkeitskonzepte und Anthropozänprojekte. Theresa Brüheim spricht mit dem Intendanten Bernd Scherer.

Theresa Brüheim: Herr Scherer, was verstehen Sie unter kultureller Nachhaltigkeit?
Bernd Scherer: Für mich ist der Nachhaltigkeitsbegriff von grundlegender Bedeutung. Der Fortschrittsglaube der Moderne hat dahin geführt, dass Kreativität und Innovation im Zentrum unseres Denkens stehen. Das Problem, mit dem wir dann aber konfrontiert sind, ist, dass nicht alles, was denkbar und machbar, zugleich wünschenswert ist. Daher war es ein ganz wichtiger Schritt, Parameter bzw. Gesichtspunkte einzuführen, nach denen man neue Entwicklungen bewertet und politisch verhandelbar macht. Dazu liefert der Nachhaltigkeitsbegriff vor allem im politischen Feld wesentliche Gesichtspunkte.
Der zweite Punkt, der wichtig ist: Der Nachhaltigkeitsbegriff macht deutlich, dass man darauf achten sollte, sich nicht auf Einzelentwicklungen zu konzentrieren und sie zu verabsolutieren, sondern sie in größeren Kontexten und Zusammenhängen zu sehen und zu lesen. Das ist gerade von Bedeutung in einer Gesellschaft, deren Wissen immer fragmentierter wird und in der es sehr schnell vorkommt, dass eine Gruppe, eine Institution oder ein Betrieb sich auf eine bestimmte Form von Entwicklung konzentriert, ohne den Gesamtzusammenhang in den Blick zu nehmen.
Drittens verweist das Kriterium der Nachhaltigkeit darauf, dass wir das Morgen mitdenken sollten. Es fordert dazu auf, die Konsequenzen unseres Handelns für zukünftige Generationen zu berücksichtigen. Hier sehe ich einen Erweiterungsbedarf für das Konzept der Nachhaltigkeit, der uns direkt zu dem Großprojekt führt, an dem das Haus der Kulturen der Welt (HKW) seit Längerem arbeitet, dem Anthropozän.

Das Anthropozän, das Zeitalter des Menschen – ein Thema, das unmittelbar mit Nachhaltigkeit zu tun hat…
Die Vorstellung, man könne und solle die Zukunft mitdenken, unterstellt ein mehr oder weniger stabiles Erdsystem. Nur dann lassen sich klare Annahmen über die Zukunft treffen. Diese Vorstellung rührt von der Erfahrung aus der Erdepoche, in der wir bis vor Kurzem lebten, dem Holozän. Unter anderem war das Holozän geprägt von einem relativ stabilen Klima, das den Ackerbau und die Sesshaftwerdung von Menschen begünstigte und daran anschließend Städtebau ermöglichte.
Die Erweiterung der Nachhaltigkeitsidee hängt nun wesentlich von der Tatsache ab, dass wir mit einiger Sicherheit in einem neuen Erdzeitalter leben, dem Anthropozän. Dabei spielen zwei Entwicklungen eine grundlegende Rolle: Erstens hat in den Wissenschaften im 20. Jahrhundert, vor allem in den Naturwissenschaften, eine wesentliche Transformation stattgefunden. Ursprünglich waren sie dafür da, Erkenntnisse über die Natur in Form von Gesetzen herzustellen. Mit der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert, verstärkt aber nach dem Zweiten Weltkrieg, tritt eine neue Entwicklung ein: Man analysiert nicht weiter nur die Welt, sondern schafft mithilfe von Technologien neue Welten. Diese stellt man synthetisch aus den kleinsten Teilen – Atom, Molekül, Bit usw. – her, auf die man in der Forschung die Phänomene der Wahrnehmungswelt zurückgeführt hat.
Durch die ständige Schaffung immer neuerer technologischer Infrastrukturen entsteht eine Dynamisierung, die das Erdsystem als Ganzes permanent umformt. In immer kürzeren Rhythmen entstehen neue Technologien. Das Weltverständnis wird nicht mehr durch den Wechsel zwischen Menschen, sondern zunehmend von sich ablösenden Technologiegenerationen geprägt. Dies führt zu einer Destabilisierung unserer Welt, die man sich am Beispiel des Klimawandels vor Augen führen kann. Nehmen Sie im August bzw. September die Hurrikansituation in den Vereinigten Staaten: Dort hat die Klimaveränderung dazu geführt, dass in einem hochindustrialisierten Land ganze Infrastrukturen unter Wasser gesetzt worden sind: Ein extremer Eingriff, der, ausgehend von menschlichem Handeln, nämlich industrieller Produktion, über Klimaveränderungen, also natürlichen Prozessen, rückwirkt auf die Gesellschaft.
In welcher Geschwindigkeit mittlerweile Transformationen über von Menschen geschaffene Infrastrukturen erfolgen, verdeutlichen auch die Finanzmärkte. Dank Algorithmen und digitaler Technologie können Trader an den Finanzmärkten innerhalb von Millisekunden Entscheidungen über die weltweite Allokation von Hunderten von Millionen Euro treffen und damit Entwicklungen an den jeweiligen Orten entscheidend verändern.
Vor diesem Hintergrund muss man die klassische Vorstellung von Nachhaltigkeit hinterfragen. Deutlich wird, die Dynamiken, mit denen wir konfrontiert sind, sind geprägt von einer vorher nicht gekannten Geschwindigkeit, während der Nachhaltigkeitsbegriff im Hinblick auf den Zeitbegriff, der in ihm steckt – nämlich die Planbarkeit der Zukunft – die mehr oder weniger stabile Welt des Holozäns voraussetzt.

FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Die Perseiden, ein jährlich in der ersten Augusthälfte wiederkehrender Meteorsturm

Um welche Komponenten würden Sie entsprechend den Nachhaltigkeitsbegriff ergänzen?
Mich beschäftigt zurzeit der Begriff der »Plastizität«. Plastizität beschreibt die Fähigkeit von Stoffen, sich unter Krafteinwirkung nach Überschreiten einer Fließgrenze irreversibel zu verformen und diese neue Form beizubehalten. Diese Idee wird mittlerweile auch auf neuronale Prozesse ausgeweitet. Mit »neuronaler Plastizität« werden Eigenschaften von Synapsen, Nervenzellen oder ganzen Hirnarealen beschrieben, die sich zwecks Optimierung laufender Prozesse nutzungsabhängig in ihrer Anatomie und Funktion verändern können. D. h., das Gehirn reorganisiert sich in Hinblick auf die Prozesse, die rundherum stattfinden.
Das beschreibt die Anforderungen, mit denen wir im Anthropozän konfrontiert sind. Wissenschaft erzeugt über Technologien neue Welten, die sie gleichzeitig auch beschreiben.
Das ständige Navigieren in einer Welt, die sich permanent durch das, was man tut, verändert, ist die Herausforderung in anthropozänen Welten.
Und Kulturinstitutionen wie das HKW sind aus meiner Sicht dafür da, diese neue Form von Wissen und Orientierung in der Welt zu erarbeiten und Strategien zu entwickeln, wie man damit umgeht.

In einem Interview mit dem Tagesspiegel haben Sie gesagt: »Wir können unsere eigene Gesellschaft heute nicht mehr verstehen, ohne sie im globalen Rahmen zu betrachten.« Für die Nachhaltigkeitskultur gilt dasselbe?
Diese Erkenntnis liegt auf der Hand. Mittlerweile sind wir durch die Informationstechnologie, die Wirtschaftsentwicklung, die Finanzmärkte, aber auch durch kulturelle Produktion weltweit so miteinander vernetzt, dass man die eigene Gesellschaft nicht mehr als eine isolierte behandeln kann.

Stehen sich Nachhaltigkeit und Globalität dennoch manchmal konträr gegenüber?
Eine Frage, die dabei immer wieder auftaucht, ist: Welche Bedeutung hat z. B. das Reisen für die Herstellung von Programmen in Institutionen wie dem HKW? Mein erstes Kriterium wäre da immer: Überall da, wo man Ressourcen schonen kann, sollte man sie schonen. Wir kontrollieren in diesem Sinn sehr genau die Strom-, Papier-, Wasser- und sonstigen Verbräuche im HKW. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, über die EMAS-Zertifizierung in der Institution einen Umdenkprozess anzustoßen, der ökologisches Handeln in die Institution einschreibt.
Aber auch im Kontext von Nachhaltigkeit geht es nicht einfach darum, bestimmte Sachen quantitativ zurückzufahren oder sie nicht mehr zu tun, sondern jeweils bei Entscheidungen größere Zusammenhänge mitzudenken.
In einer Gesellschaft, die so international vernetzt ist wie die deutsche, sowohl, indem sie auf andere Gesellschaften einwirkt, aber auch indem andere Gesellschaften auf sie einwirken, ist die Erfahrung und die Kenntnis der Situation vor Ort von größter Bedeutung. Gerade in einer sich globalisierenden Welt ist die Kenntnis konkreter lokaler und regionaler Situationen – man spricht von kontextuellem oder situativem Wissen– entscheidend.
Es ist für eine global agierende Institution wie das HKW von grundlegender Bedeutung, dass ich und meine Leute sich auskennen, was in anderen Teilen der Welt passiert und wirklich Ortskenntnisse entwickeln, um zu verstehen, aus welchen Positionen heraus argumentiert wird.
Ich war z. B. gerade im mittleren Westen der USA, weil wir da ein größeres Anthropozän-Projekt mit lokalen Partnern planen. Dort diese Umbruchprozesse der Industrielandschaften zu sehen, diese maroden Infrastrukturen, die einmal eine große Bedeutung hatten, aber dann implodierten und mit dazu führten, dass man sehr vielen Trump-Wählern begegnet – das muss man vor Ort erleben, um zu verstehen, aus welchen Kontexten heraus sich bestimmte politische Entwicklungen generieren.
Dieses situative Wissen ist aber notwendig, weil diese Gesellschaften natürlich direkten Einfluss auf unser Leben in Deutschland haben, sei es auf einer politischen, ökonomischen oder sozialen Ebene.
Der Energieverbrauch, der über Reisen von Kuratoren und Kulturschaffenden in andere Länder erfolgt, steht in keinem Verhältnis zu den Transaktionen an den Finanzmärkten, deren Geschwindigkeit sich der des Lichtes annähert. Die Kluft zwischen dem Wissen über die Veränderungen, die wir erzeugen, und den Veränderungen selbst, wird tagtäglich größer.

Vielen Dank.

Bernd Scherer ist Intendant des Hauses der Kulturen der Welt (HKW) in Berlin. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Umweltschutz und Kulturpolitik

Gemeinsames Handeln für eine nachhaltige Entwicklung im Zeitalter des Anthropozän

ERNST-CHRISTOPH STOLPER

Nicht viele Zeitgenossen würden Natur und Kultur so unmittelbar in trauter Einigkeit sehen. Im Gegenteil: Im eigentlichen Wortsinn wohnt ihnen sogar ein gewisser Antagonismus inne. Während das klassische Naturverständnis für die vom Menschen unberührte Umwelt steht, ist Kultur der Ausdruck menschlichen Gestaltungswillens ebendieser Umwelt gegenüber. Und viele dieser »Gestaltungen« sind für Natur und Umwelt in der Vergangenheit katastrophal gewesen. Mahnende Beispiele sind der Energie- und Ressourcenverbrauch unseres Lebensstils oder die Auswirkungen unserer immer weiter gestiegenen Mobilität. Dass viele dieser »Umwelt-Gestaltungen« allerdings auch unter ästhetischen Gesichtspunkten durchfallen, macht schon deutlich, dass es mehr Gemeinsamkeiten gibt, als es auf den ersten Blick scheint.

Auf der einen Seite hat sich der klassische konservierende Naturschutz hin zu einem Denken in Ökosystemen mit dem Ziel des Erhalts von Biodiversität entwickelt. Auf der anderen Seite ist die menschliche Gestaltung der Umwelt heute dem Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichtet – oder sollte es nach dem Willen der Beschlüsse der Weltgemeinschaft, den Sustainable Development Goals jedenfalls sein. Im Zeitalter des Anthropozän hat der menschliche Gestaltungswille erstmals die Kraft und die Mittel, um dem Menschen selbst die Lebensgrundlage zu entziehen – nicht nur an einem einzelnen Ort im Sinne lokaler Katastrophen, sondern weltweit. Und vielfach sind kulturelle Systeme die ersten Opfer, wie uns die Flüchtlingskatastrophen zeigen. Zwischen Umwelt- und Kulturpolitik gibt es deshalb eine Vielzahl von Berührungs- und Kooperationspunkten, die immer deutlicher zutage treten.

Kulturpolitik ist in vielfältiger Hinsicht für die Entwicklung eines nachhaltigen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells von zentraler Bedeutung. Ihre Bedeutung ist so groß, dass viele bereits gefordert haben, den

Wirklich wirksame Veränderungen lassen sich nur durch breite Bündnisse erreichen

etablierten ökologischen, sozialen und ökonomischen Betrachtungsdimensionen der Nachhaltigkeit eine weitere – die kulturelle Dimension – hinzuzufügen. Aber auch wer sich nur ein wenig Gedanken darüber macht, was wir an die Stelle des Ex und Hopp-Konsums immer neuer energie- und ressourcenfressender Produkte setzen wollen und womit wir uns in Zeiten zunehmender Automatisierung die Zeit vertreiben werden, wenn nicht mit dem zerstörerischen Konsum ebendieser Produkte, der landet nahezu automatisch bei Kunst und Kultur. Wir schauen immer noch viel zu sehr auf die Entwicklung neuer Technologien und nicht auf die erforderlichen kulturellen Kompetenzen. Man könnte es auch so ausdrücken: Wenn es um zukünftigen Konsum ohne – ökologische – Reue geht, dann sind Kunst und Kultur ganz weit vorn.

Auch in der Bildungspolitik gibt es gemeinsame Interessen. Ebenso, wie die kulturelle Bildung dringend gefördert werden muss, weil sie immer wieder droht, in der MINT-Euphorie

Der menschliche Gestaltungswille hat erstmals die Mittel, um sich selbst die Lebensgrundlage zu entziehen

unterzugehen, ist auch die Umweltbildung in einer Zeit, in der Jugendliche immer weniger selbstverständlich Naturerfahrungen machen, von zentraler Bedeutung. Bereits heute ist erkennbar, dass die Kenntnis über unsere Natur dramatisch zurückgeht. An den Schulen und Hochschulen werden vornehmlich Techniken zur Manipulation von Natur und nicht das Verständnis ökologischer Zusammenhänge gelehrt. Es sterben nicht nur die Arten aus, sondern auch die Menschen, die überhaupt in der Lage sind, sie zu bestimmen. Und wo kein Wissen mehr ist, gibt es natürlich auch weder Wertschätzung noch Schutz. Um dies zu verhindern, brauchen wir dringend eine nationale Wissens- und Bildungsinitiative. Das gemeinsame Dach für verstärkte Anstrengungen kultureller und ökologischer Bildung könnte die von der UNESCO vorangetriebene »Bildung für nachhaltige Entwicklung« sein.

Wenn sich unsere Umwelt so drastisch verändert, wie wir dies aktuell beim Insektensterben sehen, dann ist das von dramatischer Bedeutung für unsere Umwelt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Es hat aber auch kulturelle Aspekte. Als ständiger – mal geliebter, mal gehasster, aber immer präsenter – Begleiter des Menschen haben Insekten in allen Bereichen von Kunst und Kultur ihre Spuren hinterlassen. Es wäre der Mühe wert, dies einmal gemeinsam aufzuarbeiten.

Grund also genug, um die Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Kulturpolitik auszuweiten. Der Deutsche Kulturrat und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland haben deshalb beschlossen, ihre Zusammenarbeit zu intensivieren. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe ist eingesetzt worden, um eine Fachtagung im kommenden Jahr und ein gemeinsames Memorandum vorzubereiten.

Damit wollen wir auch die erfolgreiche Arbeit gegen TTIP und für eine andere Handels- und Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren fortsetzen. Denn wirklich wirksame Veränderungen lassen sich heute nur in breiten Bündnissen erreichen, die von Umweltverbänden bis zu Kulturverbänden, von Sozialverbänden und Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen und vielen anderen Initiativen, Gruppen und Verbänden reichen, die sich für Demokratie, Solidarität und die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen einsetzen.

Ernst-Christoph Stolper ist Stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

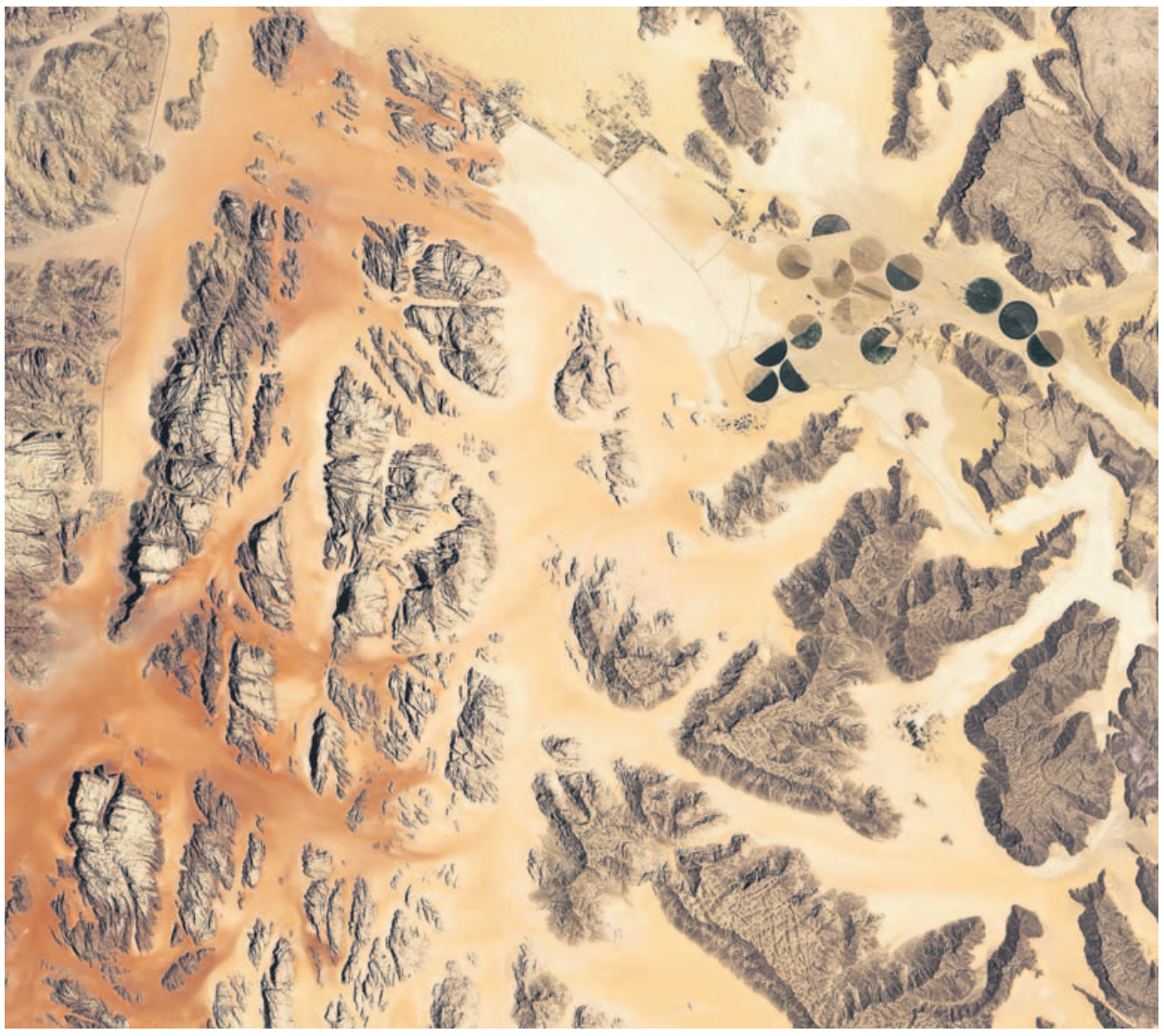


FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Landschaftsformation Wadi Rum im südwestlichen Jordanien – genannt »Valley of the Moon«

Ein neuer Vertrag

Kultur und Natur im Zeitalter des Menschen

KAI NIEBERT

Was passiert, wenn man Nachhaltigkeit ohne kulturellen Wandel denkt, sieht man im Öko-Vorzeigeland Deutschland sehr gut: Immer größere Autos verstopfen unsere Straßen, parken Fahrradwege zu und lassen den CO2-Ausstoß steigen. Daran ändert auch die aufstrebende Sharing-Ökonomie mit ihren schnittigen Smarts von Car2go und neuesten BMWs von DriveNow nichts. Denn statt den Autobesitzer zum »Sharer« zu machen, verleiten sie die autolosen Fahrradfahrer dazu, doch auch ab und an mal wieder vom Rad ins Auto zu steigen. Unser ergrünender Konsum an Bio-Lebensmitteln und Fairtrade-Pullovern hat den Umsatz mit nachhaltigen Produkten 2015 um sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr wachsen lassen. Dennoch stagnieren auch hier die CO2-Emissionen auf hohem Niveau. »Blackouts« brauchen wir nicht zu fürchten, wenn der Ausstieg aus dem Kohle- und Atomstrom endlich da ist, weil wir bis dahin so viele neue Windräder, Solarzellen und Stromspeicher in die Landschaft gesetzt haben, dass Deutschland rundum erneuerbar geworden ist. Bisher heißt Nachhaltigkeit meist nach wie vor »höher, schneller, weiter« – aber eben grüner.

Nachhaltigkeit an der Aufklärung gescheitert

Die Aufklärung war der Versuch einer Emanzipation des Menschen von der Natur. Fortschritt verhieß Kontrolle über die Natur und die Unwägbarkeiten des Lebens. In dieser Idee steckte die Hoffnung, die ungezähmte Natur mit möglichst viel Technik durch die kulturelle Vernunft zu ersetzen. Die große Hoffnung auf eine rational begründete Gesellschaft, wie sie Gottfried Wilhelm Leibniz Ende des 17. Jahrhunderts beschrieb, grub sich tief in unserer Kultur ein. Es entstand ein Naturbild, in dem der Mensch der Gute und die Natur das Böse war. Francis Bacon gab dem Menschen die Aufgabe, die Natur zu besiegen, für René Descartes waren Entdeckungen siegreiche Schlachten gegen die Natur.

Das Problem dieses Weltbildes liegt in seiner Wirkung: Die großen Umweltkrisen der Gegenwart, vom Klimawandel über das Artensterben bis zur Überdüngung, sind im Kern das Ergebnis der falschen Entgegensetzung Mensch versus Natur und einem sehr optimistischen Technikglauben. Doch Nachhaltigkeit braucht mehr als Technik: Nachhaltigkeit braucht erneuerbare Energien, effiziente Technologien und eine Kultur des Denkens in Kreisläufen und Grenzen. Nur so wird ein gutes Leben auch langfristig möglich werden.

Kulturspuren überall

Dort, wo uns die Kultur zu viel geworden ist, hat die Natur wieder Einzug gehalten – zumindest das, was man für Natur hält: Immer größere Einkaufszentren versuchen ihre Besucher mit auf Fotowänden gedrucktem Urwald, aus Lautsprechern ertönenden Vogelstimmen und sonnengefluteten Kunst-Indoor-Gärten zu locken. Diese keimfreie, gefahrlose Natur mit künstlich zerstäubtem Fichtennadelextrakt ist es, die uns entspannt shoppen lassen soll. Spätestens hier wird deutlich, dass das Ideal der natürlichen Natur ein Luftschloss ist. Nicht nur in der Kunstnatur von Kaufhäusern, sondern überall, wo die menschliche Kultur ihre Spuren hinterlassen hat, ist die wilde Unberührtheit dahin. Heute sind diese menschlichen Kulturspuren in den tiefsten Tiefen der Meere, auf den höchsten Bergen und sogar im ewigen Eis zu finden.

Umgekehrt hält die Natur wieder Einzug im Alltag. Starkregen, verheerende Stürme und ein Jahrhundertsommer nach dem anderen zeigen uns mehr denn je, dass wir der Natur nicht entkommen werden. Wenn Wasser und Schlamm im Keller stehen, wird wieder klar, warum Menschen jahrtausendelang nicht in den Überflutungsgebieten von Flüssen gesiedelt haben.

Die Debatten um den Beginn der Epoche des Anthropozäns, der Menschenzeit, zeigen, dass der Mensch mit seinen Aktivitäten zu einem geologischen Faktor geworden ist: Seit Beginn der Industrialisierung haben wir so viele neuartige Mineralien in so kurzer Zeit in Umlauf gebracht, wie es die Natur in 2,4 Milliarden Jahren nicht geschafft hat; der Stickstoffeintrag in die Biosphäre durch künstliche Dünger ist in der Erdgeschichte ohne Beispiel und unsere Schiffe und Flugzeuge überschreiten artengeografische Barrieren und verändern den Lauf der Evolution. Diese Erkenntnisse heben den Dualismus zwischen Natur und Kultur auf.

Herausforderung für Umweltschützer

Hier hält das Anthropozän besonders für Umweltpolitiker, Umweltverbände und Ökologen eine kulturelle Herausforderung bereit: In der Regel insinuieren wir den Menschen als schlecht, als Störer der guten, unberührten, im Gleichgewicht befindlichen Natur. In einem Zeitalter, in dem wir Menschen als Leitfossil noch lebendig sind, hebt sich dieser Gegensatz auf: Unsere Kultur kann nicht von der Natur, sondern nur mit der Natur leben. Politik und Wirtschaft allein können unsere Integration in die Natur nicht gewährleisten. Was wir brauchen, ist eine neue Kultur des Umgangs miteinander – und mit der Natur. Diente der aus der Aufklärung entspringende Gesellschaftsvertrag dazu, die Konflikte zwischen den Akteuren der Gesellschaft zu lösen, so ist nun ein neuer Vertrag erforderlich, der auch unsere Beziehung zu unserer Umwelt regelt.

Kai Niebert ist Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR)

THEMA

Nachhaltigkeitskultur

Eine Waffe gegen die falsche Normalität

GÜNTHER BACHMANN

Das Wort Nachhaltigkeitskultur löst Reaktionen aus, die unterschiedlicher nicht sein können. Die einen halten es für Gedöns: jeden Teil des Wortes für sich und zusammengesetzt schon allemal. Andere sind völlig begeistert und versprechen sich mit hochfliegender Rhetorik die Lösung großer Probleme. In der Mitte ist Leere. Im Kulturpolitischen Alphabet des Deutschen Kulturrates fehlt das Stichwort Nachhaltigkeit. Zu Unrecht, denn seit Jahren mehren sich die Initiativen und ernsthaften Bemühungen, die große Veränderungen der Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik als kulturelle Transformation zu fassen. Die Kulturpolitik hat das noch nicht auf einen Nenner gebracht. Sie läuft der Nachhaltigkeit hinterher.

Seit Jahren reagiert die Ökologie immer heftiger auf nicht nachhaltiges Wirtschaften. Ein Jahrhunderthochwasser jagt das nächste. Taifune und Unwetter setzen auch bei uns immer neue Maßstäbe. Teppiche aus Plastikmüll treiben im Ozean, beängstigend ist es, wenn Wissenschaftler uns vorführen, dass Insekten inzwischen massenweise verschwinden. Der Insektenschwund ist eine Folge dessen, was landläufig und falsch noch als Kulturlandschaft gilt. Wo elementare Natur zerstört wird, kann aber von Kultur kaum die Rede sein. Und das ist nur eines von vielen Beispielen.

Vor 20 Jahren glaubte niemand wirklich daran, dass man mit Nachhaltigkeit Politik machen und Menschen motivieren kann. Schon gar nicht, dass daraus Kult und Kultur werden könnte. Die Printmedien machten sich über das »Plastikwort« lustig. Das Grimme-Institut analysierte 2004 messerscharf die Programmlücke Nachhaltigkeit in der TV-Kultur. Man hielt uns Illusionen, politische Hinfälligkeit und verirrte Bevormundung vor. Heute will davon keiner mehr wissen. Aggressiver Ablehnung ist hinhaltende Ignoranz gefolgt. Auch das ist eine Frage der politischen Kultur.

Nachhaltigkeit ist heute ein starker Begriff. Er beeinflusst Investitionen und Unternehmensstrategien. Er ermutigt politisches Engagement, weit über die traditionelle Politik hinaus. Nachhaltigkeitspolitik, die wirksam werden und bei den Antreibern der Gesellschaft Gehör finden will, verlangt nach einem Wandel der politischen Kultur.

Die Einrichtung des Nachhaltigkeitsrates im Jahre 2001 durch die Bundesregierung war ein politischer Start. Alle drei Jahre erneuert die Bundesregierung den Rat für Nachhaltige Entwicklung. Die kulturelle »Dimension« der Nachhaltigkeit spielte für uns von Anfang an eine große Rolle. Nachhaltigkeitspolitik steht für die Kraft des Gedankens, den eigenen Erfolg dort zu suchen, wo Mensch und Umwelt gemeinsam gewinnen. Sie steht für Besorgnis um unseren Planeten. Sie steht für die produktive Unruhe, Nachhaltigkeit stetig noch besser zu machen. Und sie steht dafür, dass aus einer Experten-Idee eine kulturelle Bewegung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik wird.

Nicht nur beratend, sondern auch aktiv steht der Rat für Nachhaltige Entwicklung für den kulturellen Wandel. Beispiele: »Zukunft, fertig, los!« heißt ein Ideenwettbewerb, der eigenverantwortliches Handeln zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in den Bildungssystemen fördert. Wir fördern die Alltagskultur zu nachhaltigen Lösungen mit einem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Fonds. Nachhaltiges Handeln muss sich in Alltagskulturen, d. h. beim Essen und Wohnen, in der Mobilität und in der Freizeit durchsetzen. Kreativität für die Zukunft steckt im Alltag, oder sie hat es schwer.

Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft haben eine besondere Verantwortung. Konferenzen und große Veranstaltungen sollten in Zukunft nicht mehr stattfinden, ohne dass die Nachhaltigkeit des Caterings, des Bühnenmaterials und der Anreise der Teilnehmenden im Blick ist.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie legt die Herausforderungen für Deutschland dar, welche sich aus den Sustainable Development Goals (SDG) und damit der Verpflichtung auf eine nachhaltige Entwicklung ergeben. Hinsichtlich einer Transformation zur Nachhaltigkeit stehen wir erst am Anfang. Veränderungen sind an vielen Stellen möglich und nötig. Am Ende geht der Kern von Demokratie nicht ohne Veränderung.

Noch aber dominieren Denkblockaden und Lobby-Gewohnheiten. Das Neue wird verdeckt, wo betriebswirtschaftliche Rechnungen und Kundenkalküle immer noch elegant über die tatsächlich bestehenden sozialen und ökologischen Kosten hinwegsehen dürfen. Noch dominiert die stillschweigende Verwegenheit der Normalität. Sie macht das ländliche Insektensterben zwar zu einer Schlagzeile, spült sie aber im nächsten Augenblick in Vergessenheit.

Eine Waffe gegen die falsche Normalität ist die Kultur. Das wusste Peter Weiß, als er die Ästhetik des Widerstands schrieb; das wusste Joseph Beuys und das muss jede Generation immer wieder neu entdecken. Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis feiert seine Preisträger aus der Wirtschaft und aus den Städten mit einer großen Gala. Er startete 2008, mitten in der großen Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Krise ist auf Dauer angelegt. Die Klimaemissionen steigen, der Müll in den Ozeanen wächst an. Darf man angesichts dessen die Nachhaltigkeit feiern? Lachen statt Verbissenheit? Darf man dazu tanzen? Darf man stolz auf Erfolge sein und Leidenschaft für die Kultur des Wandels zeigen? Man muss.

Günther Bachmann ist Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung

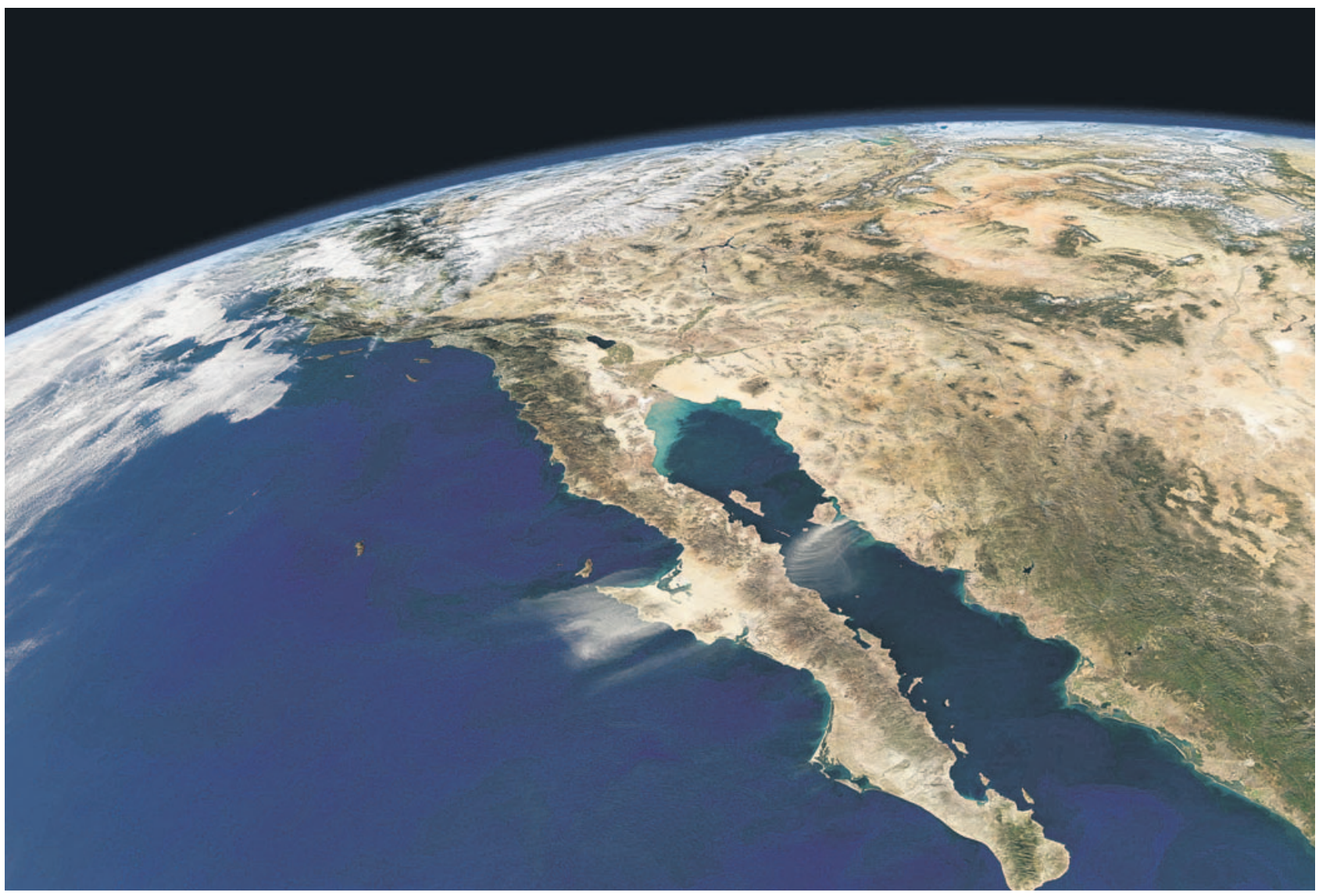
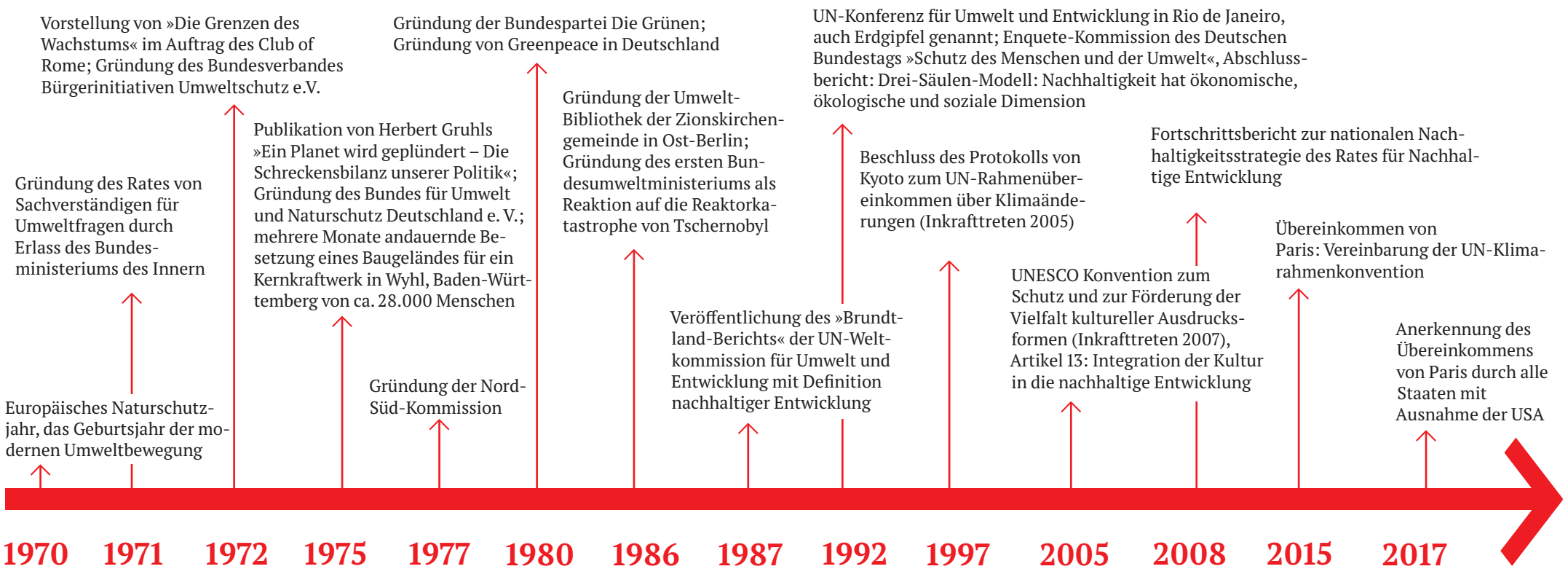


FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Staubwolken blasen von Zentralmexiko hinaus auf den mexikanischen Bundestaat Baja California

MEILENSTEINE KULTURELLER NACHHALTIGKEIT



Der Weltzukunftsvertrag

Kultur und Agenda 2030 – (wie) passt das zusammen?

BERND BORNHORST

FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Zurück in die Arktis: Morgensonne über den schneebedeckten Bergen Grönlands

Agenda 2030, »Weltzukunftsvertrag«, 17 Ziele für eine nachhaltige, zukunftsfähige Welt: Armut beenden, Ernährung sichern, Wasser, Energie, nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen, Frieden. Was hat das mit Kultur zu tun? Vermutlich mehr, als manch einer meint. Doch dazu später mehr. Zunächst kurz ein paar Fakten.

Im September 2015 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Meilenstein auf dem Weg zu einer besseren Welt gesetzt. Die Agenda 2030 mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen wurde verabschiedet. Diese Agenda verbindet soziale und ökonomische Ziele – wie die weltweite Überwindung von Armut – mit ökologischen Fragen – wie dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen – und legt dar, wie die internationale Gemeinschaft dies bis zum Jahr 2030 erreichen will. Die Ziele sind universell, d. h. für alle Länder, gültig. Jedes Land muss sich fragen, was es leisten kann, um diese Ziele zu erreichen und zu unterstützen, im eigenen Land und in anderen Ländern. Aus dieser Perspektive ist auch Deutschland ein »Entwicklungsland« und keineswegs nur ein »Modell«, denn unser vielfach nicht nachhaltiger Produktions- und Lebensstil behindert die Erreichung der Ziele.

Im Januar 2017 hat die Bundesregierung eine Neufassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) verabschiedet. Sie soll den Rahmen für die Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Deutschland bilden. Dies ist zunächst positiv, ebenso wie die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, die den Umsetzungsprozess weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten wird. Gerade aber in der Umsetzung wird sich zeigen, wie ernst das alles gemeint ist. Die Ziele der Agenda 2030 gehen weit über die »klassische« Entwicklungs- und Umweltpolitik hinaus. Alle relevanten Politikfelder, von der Agrarpolitik, der Verkehrspolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik, bis zur Handels- und Wirtschaftspolitik müssen kohärent an den nachhaltigen Entwicklungszielen ausgerichtet werden. Deshalb ist es folgerichtig, dass sich auch die Zivilgesellschaft an der Breite der zu verfolgenden Ziele orientiert.

Bereits im Jahr 2013 hat der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), in dem rund 130 deutsche Nichtregierungsorganisationen aus der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe vertreten sind,

Die Agenda 2030 verbindet soziale und ökonomische Ziele mit ökologischen Fragen

begonnen, sich mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Thema »Post-2015-Agenda« zu vernetzen. Daraus hat sich 2015 das Netzwerk Agenda 2030 entwickelt, das gemeinsam von VENRO und dem Forum Umwelt und Entwicklung koordiniert wird. Es umfasst mittlerweile 27 Verbände und Netzwerke aus den Bereichen Menschenrechte, Soziales, Umwelt, Entwicklung, Frieden, Verbraucherschutz, Transparenz, Kultur, Migration, Frauen, Jugend, Senioren sowie den Gewerkschaften.

Dieser informelle Kreis diskutiert bei zwei bis drei jährlichen Treffen über den Stand der Umsetzung der Agenda 2030 und über zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu diesem Thema. Mit gemeinsamen Stellungnahmen wie z. B. zur neuen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie werden zivilgesellschaftliche Positionen in den politischen Diskurs eingebracht. Aus dem Kreis des Netzwerks wurden in den Jahren 2016 und 2017 zwei Transformationskonferenzen durchgeführt und zwei »SDG-Reports«, kurz für »The Sustainable Development Goals Reports«, zum Stand der Umsetzung der Agenda 2030 in, mit und durch Deutschland veröffentlicht.

Doch zurück zur Kultur. Was hat sie damit zu tun? In der Agenda 2030 wird Kultur nur sehr allgemein angesprochen: »Wir verpflichten uns, die interkulturelle Verständigung, Toleranz, gegenseitige Achtung und ein Ethos der Weltbürgerschaft und der geteilten Verantwortung zu fördern«, so heißt es auf Seite 10 der deutschen Fassung der UN-Agenda 2030. »Die Anstrengungen zum Schutz und zur Wahrung des Weltkultur- und -naturerbes müssen verstärkt werden«, geht es auf Seite 23 weiter.

Das ist wichtig und richtig. Es schreibt der Kultur aber vor allem eine Rolle als Objekt zu, also etwas, um das man sich kümmern muss und das es zu wahren gilt. Im Kern geht es aber an der großen Herausforderung vorbei, die sich gerade auch für die Kultur stellt, wenn die Agenda 2030 umgesetzt werden soll. Kultur im weitesten Sinne kann und muss in diesem Kontext eine aktive Rolle als handelndes Subjekt einnehmen.

Die Richtung, welche die Agenda 2030 weist, nämlich nachhaltiges, erfülltes Leben für alle im Einklang mit den ökologischen Grenzen, wird allein mit einem massiven Einsatz von Geld oder Technik nicht gelingen. Es geht nicht nur um Effizienz! Das, was manche »Große Transformation« nennen, bedarf im Wesentlichen auch einer gesellschaftlichen Neuorientierung in vielen Bereichen. Was meinen wir mit »Wohlstand«, »Entwicklung« und »gutem Leben«? Unsere westliche, kapitalistische Kultur ist geprägt vom Wachstumsdenken. Wachstum und Wohlstand werden gleichgesetzt und sind »alternativlos« miteinander verbunden. Die Angst davor, dass es nicht so bleiben könnte, wie es ist, dass man zu den »Verlierern« gehören könnte, treibt manchen gar in die Arme rechter Rattenfänger.

Kultur als Subjekt bei der Umsetzung der Agenda 2030 meint daher, dass sie zu den Treibern der notwendigen Veränderung gehören muss. Denn Kultur in ihrer ganzen Vielfalt ist einerseits Ausdruck und Reflexion von Lebenswirklichkeit. Kulturelle Traditionen beeinflussen Werte, Lebensstile und Verhaltensmuster, die sich positiv oder negativ auf nachhaltige Entwicklung auswirken können. Kultur bringt in unterschiedlichsten Formen Hoffnungen, Sehnsüchte und Wünsche nach einem besseren und erfüllten Leben zum Ausdruck. Ziele, wie sie in der Agenda 2030 dargelegt sind. Vermutlich wird die Rolle von Kultur als möglichem Treiber nachhaltiger Entwicklung bisher mehr als nur unterschätzt.

Bei der »UNESCO -Weltkonferenz zur Kulturpolitik«, die 1982 in Mexiko

Kultur in ihrer ganzen Vielfalt ist Ausdruck und Reflexion von Lebenswirklichkeit

stattfand, wurde formuliert, dass »die Kultur in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden kann, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein. Sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertesysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.« In dieser Definition wird deutlich, dass die kulturelle Dimension eine tragende Rolle bei der Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele spielen muss.

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen ist die Mitwirkung des Deutschen Kulturrates im Netzwerk Agenda 2030 sehr zu begrüßen. Die Intensivierung der Zusammenarbeit breiter gesellschaftlicher Kreise bei der Erreichung der Ziele der Agenda 2030 bleibt eine Herausforderung, der wir uns gemeinsam widmen müssen.

Bernd Bornhorst ist Vorstandsvorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)

ZIELE DER AGENDA 2030

Kernbotschaften:
Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft

17 Ziele:
Ziel 1: Armut in jeder Form und überall beenden
Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
Ziel 4: Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern
Ziel 5: Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen
Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern
Ziel 8: Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
Ziel 9: Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
Ziel 10: Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern
Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
Ziel 12: Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen
Ziel 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen
Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben

THEMA

Gute Haushalter

Unsere Aufgabe: die Welt verbessern

FRIEDRICH SCHORLEMMER

Franz von Assisi ist wahrlich so etwas wie ein heiliger Patron aller Menschen, die heute in der Ökologie forschen und arbeiten. Dieser Begründer des Franziskanerordens verwies in immer neuen Variationen darauf, dass die Aufmerksamkeit gegenüber der Schöpfung und gegenüber den Ärmsten und Einsamsten zusammenhängen.

Franziskus liebte die Fröhlichkeit, war ein Mystiker und ein Pilger und hat in großer Einfachheit und Harmonie mit Gott, »mit den anderen, mit der Natur und mit sich selbst« gelebt. Die Sorge um die Natur, die Sorge für mehr Gerechtigkeit gegenüber den Armen und das Engagement für eine Weltgesellschaft ist sein unerledigtes Vermächtnis.

Die Naturkreisläufe des Lebens sorgen für das ökologische Gleichgewicht. Das Wasser für die vielfältigen Lebenskreisläufe, für das Wachsen und Gedeihen der Pflanzen, für den Durst von Tier und Mensch, für Landwirtschaft und für Güterproduktion bilden eine Einheit. Wasser ist zur mehr und mehr sich verknappenden und weltweit umkämpften Ressource geworden. Die Wüsten wachsen, Quellen versiegen, fruchtbarer Ackerboden und selbst Oasen verdorren, Urwälder werden abgeholzt, gigantische Flussläufe verschmutzt oder es wird ihnen durch Staudämme buchstäblich »das Wasser abgegraben«, das Menschenrecht auf sauberes Wasser wird Millionen Menschen bereits heute vorenthalten.

Die Lebenszyklen werden mit herrschaftlichem Zynismus im inzwischen hemmungslos global agierenden Kapitalismus verletzt, etwa durch das Abholzen von Urwäldern ohne jede Nachhaltigkeit, schon gar nicht mit Nachpflanzen. Die Überfischung selbst der Weltmeere ohne Fangquoten droht, die Schöpfung wird vernutzt, das Artensterben wird explosionsartig zunehmen, die Folgen der vom Menschen verursachten Kohlendioxidausstöße wird die Welt bedrohlich erwärmen, die Permafrost-Regionen werden auftauen und Unmengen an Methan in die Atmosphäre der Erde entlassen, was wiederum zu einer weiteren Erwärmung führen wird. Die Armen der Welt bekommen die Folgen unseres herrschaftlichen Zivilisationsweges zu spüren.

Die westlich geprägte Zivilisationsform unterliegt einem Wachstumsfetischismus. Alle Dinge der Welt werden inzwischen unter dem finanziellen Nutzen und Nutzwert bemessen. Wir sind unwiderruflich Teil und Teilhaber einer Welt des Krachs, des allüberall Dröhnenden und des uns überflutenden gänzlich sinn- und bedenkenlosen Gewäschs. Geplapper statt der Gespräche, Singsang statt des Gesangs, Lichtinstallation statt Sonnenuntergang…

Wo die Welt zum bloßen Objekt gemacht wird, der man einen angeblichen Nutzen abzugewinnen vermeint, das ist die Welt des entfremdeten, des von den eigenen Wurzeln abgerissenen Daseins. Alles Nichtmenschliche ist die der Herrschaft unterwerfbare res extensa, meinte Descartes, nicht ahnend, was er damit ausgelöst, angerichtet hat.

Der Mensch hat sich zu bescheiden, was allerdings nicht identisch sein muss mit einem Glücksverzicht. Dem extensiven Leben ist ein intensives entgegenzusetzen. In der Entfaltung der Spiritualität des Menschen ist der besondere Reichtum des Lebens zu entdecken, statt in der Ideologie des immer schneller, höher, mehr, weiter, größer zu verharren. Eine kluge Selbstbegrenzung steht an. Schließlich ist »die Erde des Herrn und was darinnen ist« (Psalm 24).

Wir haben 1989 in der »Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« festgehalten, dass es galt und gilt, ein neues Verhältnis zur Armut anderer wie zum eigenen Reichtum, zur Mitwelt und zum Machtgebrauch zu finden. Kirchen und Christen sollen und können vereint zu Promotoren einer neuen Weltverantwortung aller werden.

Der Mensch habe nach biblischem Verständnis die Erde zu bebauen und dabei zu bewahren. Es geht ums Elementare, um Trinkwasser für Mensch und Tier, um Energieerzeugung und -verbrauch, der möglichst wenig schädlich ist für die Atmosphäre, es geht um einen Ackerboden, der überall Brot bringt, um die Meere, die nicht weiter überfischt werden, um Nutztiere, die beim »Produzieren« nicht gequält werden, um den Vogelgesang und den Menschen, der die Musik des Lebens in sich spürt und berauschende Musik zu machen weiß. Das Leben ist schön. Das Leben, unser Leben, ist endlich. Aber diese Welt dürfen wir nicht durch unsere Lebensart ans Ende bringen.

Daher fordern die aktuellen Entwicklungen nicht nur Christen, sondern alle Menschen heraus, für Selbstbegrenzung gegen die herrschende Wachstumsideologie und konsequenten Einsatz gegen den herrschaftlichen, zerstörerischen und irreversibel schädlichen Umgang mit der Natur, die wir Menschen anthropozentrisch zur »Umwelt« erklärt haben und die total zum beherrschbaren Ding gemachte Welt rücksichts- und voraussichtslos buchstäblich verbrauchen. Gemeinsam werden wir mahnen zu Demut und Bescheidenheit, zur Dankbarkeit für das Leben.

Auch der Atheist Karl Marx hatte geschrieben: »Wir sind als Menschen dazu aufgerufen, als gute Haushalter künftigen Generationen die Welt in verbessertem Zustand zu hinterlassen.

Noch ist Zeit. Aber sie wird zur Frist, wenn es nicht zu einem entschiedenen Umsteuern in der ganzen Welt wie bei uns vor Ort kommt.«

Friedrich Schorlemmer ist evangelischer Theologe, Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels und Bürgerrechtler

FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Wolken und Sonne über dem Indischen Ozean

Zeitlos, wiederverwendbar, reparabel

Nachhaltiges Industriedesign

Was bedeutet Nachhaltigkeit im Bereich Industriedesign? Theresa Brüheim hat bei Susanne Ewert, Inhaberin der Industriedesign-Agentur zielFORM londonberlin nachgefragt.

Theresa Brüheim: Frau Ewert, was bedeutet für Sie Nachhaltigkeit speziell auch im Industriedesign?
Susanne Ewert: Früher wurde Nachhaltigkeit im Industriedesign lediglich mit den verwendeten Rohstoffen verbunden. Das ist inzwischen nicht mehr so. Ausgehend von der Definition zur Nachhaltigkeit, sollte die Produkt- und Designentwicklung durch die Anwendung der drei Strategien: Suffizienz, Konsistenz und Effizienz erfolgen.
Konkret bedeutet Nachhaltigkeit für mich, dass bei der Entwicklung der Mensch und seine Bedürfnisse im Fokus stehen. Wir stellen uns Fragen zur Zielgruppe, der Anwendung und dem Nutzen des Produkts. Der Endverbraucher soll sein Produkt lieben, es gebrauchen und nicht so schnell wegwerfen oder sich etwas Neues kaufen. Ein nachhaltiges Produkt ist nie mit vielen Extras überfrachtet. Die wesentlichen Details wie Bedienung, Ergonomie und Funktionalität müssen im Designprozess berücksichtigt werden. Darüber hinaus können wir in der Entwicklung auf die Herstellung eingehen, beispielsweise indem nicht so viele unterschiedliche Materialien verwendet werden. Schlussendlich sollte ein Produkt derart gestaltet sein, dass es leicht zu reparieren ist und seine Bestandteile wieder recycelt werden können.

Können Sie ein Beispiel geben, welche nachhaltigen Produkte Sie in Ihrer Agentur zielFORM londonberlin entwickelt haben?
Wir haben z. B. für die Firma Herlitz eine Hefter- und Mappenserie für Schule, Studium und Beruf designt. Eines dieser Produkte wird aus recyceltem Kunststoff angeboten. Wir haben unseren Kunden unterstützt, dieses nachhaltige Produkt gestalterisch umzusetzen. Die Farbauswahl bei recyceltem Kunststoff ist aufgrund seiner Zusammensetzung jedoch nicht einfach. Nach intensiver Recherche und Abstimmungen konnten wir drei ansprechende Farben – dunkelblau, rot und orange – definieren. Letztlich wurde das Produkt mit dem Blauen Engel ausgezeichnet und für den ecodesign award nominiert.
Ein anderes Beispiel aus der Industrie, dem Investitionsgüterdesign, ist ein Lüftungsgerät. Dieses technisch innovative Produkt soll eine lange Lebensdauer haben, die durch unser bedienerfreundliches, klares und zeitloses Design unterstützt wird. Das Produkt besteht aus zwei Gehäusen, einem Innenraumgehäuse und einem Außengehäuse. Wir haben das Produkt so designt, dass die Gehäuse gleich sind und nur durch adaptive Einsätze für den Innen- und Außenbereich angepasst wurden. Unser Kunde konnte mit diesem Konzept Kosten für den Werkzeugbau und die Kunststoffspritzwerkzeuge nebst Material einsparen. Diese Punkte einer wirtschaftlichen, ressourcen- und umweltschonenden Gestaltung, gepaart mit einem langen Lebenszyklus des Produktes, gehören zu einer nachhaltigen Produktentwicklung, die wir bei zielFORM londonberlin stets berücksichtigen.

Wenn Sie so ein Produkt designen, folgen Sie da bestimmten Leitlinien der Nachhaltigkeit?
Wie gesagt, stehen der Mensch bzw. die Zielgruppe für das neue Produkt bei uns im Mittelpunkt – das Produkt muss auf sie zugeschnitten sein. Wir achten in der Designentwicklung darauf, dass das Produkt einen definierten Nutzen hat, selbsterklärend, innovativ und technisch wie formal durchdacht ist.
Prinzipiell wäre es für eine nachhaltige Gestaltung wichtig, dem Entwicklungszyklus des gesamten Designprozesses, angefangen von dem Produktkonzept bis einschließlich der Konstruktion, mehr Zeit zu geben. Unsere Welt wird immer schneller und es werden so viele Produkte auf den Markt geworfen, die nicht richtig durchdacht sind, weil weder Produktmanager, noch Designer oder Konstrukteur Zeit dafür bekommen, alles im Detail zu durchdenken. Jeder kennt das, wenn er ein Produkt kauft, das in Haptik und Funktionalität nicht überzeugt und leicht kaputtgeht. Gut durchdachte Produkte sind hingegen ergonomisch, wirtschaftlich und auf den Endkunden bezogen gestaltet und besitzen eine längere Lebensdauer. Im »Consumer-Bereich«, z. B. bei Elektrokleingeräten, ist es sicher teilweise schwierig, weil manche Produkte technisch schnell überholt sind. Da können wir im Designprozess nur immer wieder unserem Auftraggeber Anregungen für eine nachhaltige Gestaltung geben.

Bei vielen Ihrer Produkte besteht der Nachhaltigkeitsaspekt also weniger im Material, als eher in Bezug auf die Zielgruppe und die Wirtschaftlichkeit?
Genau. Und auch darin, dass wir versuchen, Einfluss darauf zu nehmen, wie und wo das Produkt hergestellt wird. Gute Produkte mit hochwertigen Oberflächen bedürfen auch eines hochwertigen Werkzeuges aus bestem Grundmaterial.
Letztendlich definiert unser Auftraggeber, wie viel das Produkt in der Produktion kosten darf, er bestimmt das Material und den Produktionsort. Wir sprechen dann lediglich Empfehlungen aufgrund unserer langjährigen Erfahrung als Designer aus.

Welche Trends im nachhaltigen Industriedesign gibt es gerade?
Viele. Ich würde hier aber nicht von Trends reden. Es gibt einige Institutionen und Vereine, die sich mit dem Thema der nachhaltigen Entwicklung, auch in Bezug auf die Produktentwicklung und dem Design, auseinandersetzen. An den Hochschulen werden inzwischen spezielle Studiengänge zum »sustainable design« angeboten. Die Designverbände informieren unter anderem in Publikationen und Workshops über technologische wie gesellschaftliche Entwicklungen. Mit ausgerichteten Wettbewerben wie z. B. dem ecodesign award in Berlin werden die innovativen, nachhaltigen Entwicklungen der Hersteller und Designer publik gemacht und anerkannt.
Wie eingangs erwähnt, bezieht sich der Nachhaltigkeitsgedanke heute nicht allein auf die Umweltaspekte. Die Bedürfnisse und das Konsumverhalten des Endverbrauchers zu überdenken und die Ergonomie sowie den Nutzen eines Produktes zu betrachten, sind Teil einer nachhaltigen Produktgestaltung, wie wir sie verstehen und umsetzen.

Ein gutes Schlusswort zum Thema Nachhaltigkeit. Vielen Dank.

Susanne Ewert ist, gemeinsam mit Clemens Koschel, Inhaberin der Agentur zielFORM londonberlin und Mitglied der adhoc-AG Nachhaltigkeit im Deutschen Kulturrat. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Der Name ist Programm

Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde berichtet

WILHELM-GÜNTHER VAHRSON

Unser Name ist Programm – mit diesem Slogan starteten wir 2010 in eine Phase der inhaltlichen Profilschärfung. Doch was heißt das eigentlich? Was ist eine Hochschule für nachhaltige Entwicklung, und warum ist sie »grün«?

Gehen wir einen Schritt zurück. 1992, Sie erinnern sich? Richtig, Weltgipfel in Rio de Janeiro oder genauer: Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung. Der große visionäre Wurf, der schließlich mit Rio +20 in die Forderung nach der großen Transformation in eine klimaverträgliche Gesellschaft ohne Nutzung fossiler Brennstoffe und in die Klimaabkommen von Paris und Marrakesch mündete.

Aber 1992 passierte noch mehr. Am 1. April nahm die Fachhochschule Eberswalde mit 45 Forststudierenden ihren Betrieb auf, schon damals mit klarem Profil: Durch alle Fachbereiche und Studienangebote sollte sich auf Beschluss des Gründungssenats ein »grüner Faden« ziehen. Dieser »grüne Faden« nahm eine lange Tradition auf.

Der Forstwissenschaftler und Forstpraktiker Wilhelm Pfeil begründete im Jahre 1830 in Eberswalde, umgeben von Wäldern, die Höhere Forstlehranstalt. Nachhaltigkeit war das große Thema in der Forstwissenschaft: Pfeil setzte sich mit ihr auseinander und zerriss in seinen gefürchteten Streitschriften unbarmherzig jeden, der vom Pfad der Nachhaltigkeit abwich. Forstliche Lehre und Forschung gehörten seitdem zu Eberswalde, bis 1963 die Lehre in Eberswalde aus politischen Gründen von der Regierung der DDR abgewickelt wurde. Nachhaltigkeit war damals grün und bis in die Mitte der 1970er Jahre des 20. Jahrhunderts weltweit eher ein Randthema.

Doch zurück in die Gegenwart: Dieses ursprünglich grüne Profil wurde in Eberswalde stetig entwickelt und schließlich im Jahr 2010 zugespitzt durch die Umbenennung in »Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde« (HNEE). Da waren es rund 2.000 Studierende in 17 Bachelor- und Masterstudiengängen mit einem Fächerspektrum von Forstwirtschaft bis Global Change Management, von Holztechnik bis Regionalmanagement, von Ökolandbau und Vermarktung bis zu Nachhaltigem Unternehmensmanagement. Die HNEE wurde zweimal vom Portal Ökotopia unter die »grünsten Hochschulen Deutschlands« gerankt, worüber wir uns sehr gefreut haben. Aber unser Verständnis der Nachhaltigkeit wurde weiterentwickelt, es ist ein gesamtgesellschaftliches und beschränkt sich nicht nur auf die »grünen« Bereiche.

Wie wird die Nachhaltigkeit umgesetzt?

Die HNEE verfolgt systematisch einen »Whole Institution Approach« in Lehre, Forschung, Transfer und Betrieb. Dabei hat sich die Benennung zu einem wichtigen Treiber in einem sich selbst verstärkenden Prozess entwickelt. In allem, was wir tun, wird uns extern und vor allem intern die Frage nach Nachhaltigkeit gestellt. Das ist die selbst gelegte Messlatte, das Maß unserer Glaubwürdigkeit. Wir dürfen Nachhaltigkeit nicht nur predigen, sondern müssen Wege zur Umsetzung aufzeigen und selbst begehen. Hier versuchen wir, ein Höchstmaß an Kohärenz zu erreichen. Dazu einige Beispiele:

Der Hochschulbetrieb wirtschaftet seit 2014 CO2-neutral. Mit dem zweimaligen Gewinn des European EMAS Awards in 2009 und 2017 haben wir unsere europaweite Führungsposition für vorbildliches Umweltmanagement bestätigt. Seit September 2017 läuft, initiiert vom AStA und von der Hochschulleitung gemeinsam mit Partnern vom Verkehrsverbund Berlin Brandenburg, das Modellprojekt »Klimaneutrales Semesterticket« für eine klimaneutrale An- und Abreise der Studierenden.

Unsere Forschungs- und Transferthemen sind auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Ein Beispiel: Mit dem Forschungsschwerpunkt »Nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes« machen wir aus dem ursprünglichen Manko der abseitigen Lage ein Plus und kooperieren direkt mit den regionalen Stakeholdern.

Wie werden Studierende nachhaltig ausgebildet?

Vorab, unser großes Ziel: Wir bilden die »Change Agents« für die Große Transformation aus. Nicht mehr, nicht weniger. Für Nachhaltiges Lehren und Lernen gibt es sicher keine Königswege, aber gute Beispiele für die Vielfalt der Ansätze: Im Projekt »Nägel mit Köpfchen« suchen wir erfolgreich Lösungen für die zunehmende Diversität der Studierenden. Dieses Projekt hat zu einer Reihe von curricularen Veränderungen und zu einer deutlichen Verbesserung der Leistungen in MINT-Fächern geführt. Eine Nachhaltigkeitsgrundvorlesung ist für alle Bachelorstudierenden verbindlich. Mit von Studierenden selbst geleiteten und curricular eingebundenen Projektwerkstätten haben wir gute Erfahrungen gemacht.

Das Praxismodul »Studienpartner Ökobetrieb« verbindet Forschung, Lehre und Transfer und wurde am 28. November 2017 mit dem »Ars legendi-Preis« des Stifterverbandes und der Hochschulrektorenkonferenz ausgezeichnet, das ist die bedeutendste Auszeichnung für exzellente Hochschullehre in Deutschland. Das innovative Lehrkonzept ermöglicht Studierenden, ganz praktische Lösungen für Fragen und Herausforderungen kooperierender Öko-Bauernhöfe zu entwerfen. Durch den fortwährenden Austausch mit den Landwirten und Lehrenden können Projekte weiterentwickelt oder weitere Fragestellungen aufgezeigt und in neuen Forschungsprojekten bearbeitet werden.

Ganz wichtig ist bei allem die Kommunikation und Partizipation in der Hochschule und Verankerung der Gesellschaft

Wie kann eine »grüne« Hochschul-/Bildungskultur aussehen?

Erst einmal nicht grün, sondern nachhaltig und zukunftsfähig. Ganz wichtig ist bei allem die Kommunikation und Partizipation in der Hochschule und Verankerung der Gesellschaft. Dabei hat sich bei uns der »Runde Tisch für Nachhaltige Entwicklung« zu einem effizienten Bottom up-Treiber entwickelt, der über die Formulierung von Nachhaltigkeitsgrundsätzen einen verbindlichen, dann vom Senat beschlossenen Handlungsrahmen für die Hochschule entwickelt hat, aber auch mit Mensapersonal über bodenständige Dinge der Essensversorgung diskutiert. Übrigens, seit fast 20 Jahren hat die HNEE eine studentische Vizepräsidentin bzw. einen Vizepräsidenten. Die Hochschule wurde 2017 von der UNESCO zum Lernort des Jahres ernannt.

Wieso braucht es eine Hochschule für nachhaltige Entwicklung?

Wir brauchen nicht nur eine, sondern viele, und viele Hochschulen sind schon auf dem Weg. Hierzu sagt der Nationale Aktionsplan Bildung für Nachhaltige Entwicklung von 2017: »Hochschulen sind als Forschungs- und Bildungseinrichtungen zentral für eine nachhaltige Entwicklung. Durch Forschung und Lehre erarbeiten und vermitteln Hochschulen Wissen, Kenntnisse, Kompetenzen und Werte und bilden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und zukünftige Führungskräfte aus.«

FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Eisberg in der Diskobucht, Grönland

Wilhelm-Günther Vahrson ist seit 1998 Präsident der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

FOTOS: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Flussdelta des Nils in Ägypten bei Nacht

Gesellschaftliche Transformation

Chancen einer Allianz zwischen Bildung für nachhaltige Entwicklung und kultureller Bildung

SUSANNE KEUCHEL

Das UNESCO-Weltaktionsprogramm »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (BNE) wird als essenziell angesehen für die Verwirklichung der 17 Sustainable Development Goals (SDG), welche die Vereinten Nationen 2015 in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet haben, wie Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen, Klimaschutz, hochwertige Bildung, weniger Ungleichheit, nachhaltiger Konsum und Produktion etc. Dabei werden als zentrale Säulen Ökonomie, Soziales und Ökologie hervorgehoben.

Innerhalb des deutschen BNE-Diskurses werden demgemäß vor allem ökologische Themenschwerpunkte gesetzt. Allein 63 Prozent der ausgezeichneten Maßnahmen auf dem BNE-Bundesagendakongress 2016 beschäftigten sich mit ökologischen Themen, 23 Prozent mit der Entwicklung von Bildungslandschaften und/oder 18 Prozent mit Globalem Lernen. Kultur und kulturelle Bildung spielen im deutschen BNE-Diskurs eine marginale Rolle. Sind diese wirklich so unwichtig bei der Umsetzung der Agenda 2030? Welches Potenzial hätte eine Allianz zwischen BNE und kultureller Bildung?

Vorbehalte in der kulturellen Bildung

Kulturelle Bildung spielt nicht nur eine unterrepräsentierte Rolle innerhalb des BNE-Diskurses, sondern es kann partiell auch eine kritische Haltung der kulturellen Bildung gegenüber BNE beobachtet werden – eine Haltung, die sich auch gegenüber anderen politischen Handlungsfeldern, wie beispielsweise der politischen Bildung, zeigt. Diese ist begründet in der Sorge vor einer »Funktionalisierung« der kulturellen Bildung für politische Ziele, wie sie in der Vergangenheit immer wieder praktiziert wurde. Entsprechend verwehrt sie sich der Erwartung, junge Menschen zu einem spezifischen, beispielsweise ökologisch bewussten Verhalten im Sinne von BNE zu erziehen – und die Künste als nettes Beiwerk zu nutzen, um normative Vorgaben zur Mülltrennung, dem Wassersparen etc. zu vermitteln.

Allianzvorteile für BNE

Es ist jedoch gerade diese kritische Haltung, die eine gemeinsame Allianz besonders bereichern könnte. Die Umweltbildung beispielsweise gründet sich auf ökologische Betrachtungen des Wechselspiels von Mensch und Natur, um Existenzbedingungen zu ermitteln. Analysen zu negativen Umweltveränderungen führen so zwangsläufig zu dem Schluss der Notwendigkeit einer Verhaltensveränderung. Das wiederum heißt, es gibt ein klar definiertes »falsches« und damit auch »richtiges« Handeln, das jedoch möglicherweise weniger klar definiert ist.

Gänzlich anders gestaltet sich dies in der kulturellen Bildung und in den Künsten. Es gibt hier kein »richtig« oder »falsch« in der Handlungslogik. Der Bruch bzw. das ergebnisoffene Spiel mit »Regeln« ist innerhalb der Künste fest integriert. Es obliegt dem Subjekt, sich innerhalb künstlerisch-ästhetischer Erfahrungen zu positionieren. Dadurch entwickeln sich ein stärkenorientierter Ansatz und das besondere Potenzial der kulturellen Bildung für gesellschaftliche Transformations- als auch nachhaltige Bildungsprozesse. Freiraum für eigene Positionierung garantiert ein nachhaltiges, da selbstbestimmtes, Handeln. Zugleich birgt die Ergebnisoffenheit der kulturellen Bildung auch Chancen für neue Perspektiven, neue Lösungswege und Denkweisen für nachhaltige Entwicklung und gesellschaftliche Transformation. Die Vorteile der kulturellen Bildung bezogen auf BNE liegen in ihren Grundprinzipien der Selbstbildung, dem Perspektivwechsel und der Stärkenorientierung.

Allianzvorteile für die kulturelle Bildung

In den letzten zehn Jahren ist die kulturelle Bildungslandschaft aufgrund ihrer politischen Bedeutungszunahme sehr stark gewachsen, allerdings vor allem im Kontext der Projekt- und nicht der Infrastrukturförderung. Projektorientierte Förderlogik steht in einem gewissen Widerspruch zu einer nachhaltigen prozessorientierten Bildung. Um kulturelle Bildung nachhaltiger zu verankern, wurde schon lange vor dem BNE-Diskurs die Idee von Bildungslandschaften in der kulturellen Bildung verfolgt, hier die Entwicklung von kommunalen Gesamtkonzepten kultureller Bildung. Eines der ältesten Konzepte entwickelte die Stadt München seit 1990 stetig weiter. Um langfristig den kulturellen Bildungszuwachs in nachhaltige Infrastruktur zu überführen, kann das Weltaktionsprogramm BNE eine wichtige politische Argumentationsebene sein.

Auch betont die kulturelle Bildung als ein Prinzip ihre Lebensweltorientierung. Mit Blick auf junge Zielgruppen ergibt sich dadurch ein weiteres Argument, sich mit BNE und gesellschaftlichen Transformationen auseinanderzusetzen. Denn Fragen der Zukunftsentwicklung und Zukunftsgestaltung sind existentiell für junge Menschen.

Fazit zu einer Allianz

Es gibt viele gute Gründe für eine Allianz. BNE soll laut Weltaktionsprogramm »zu informierten Entscheidungen im Sinne ökologischer Integrität, ökonomischer Lebensfähigkeit sowie einer gerechten Gesellschaft für aktuelle und zukünftige Generationen« beitragen und so »verantwortliches Handeln« fördern. Es geht um »Informationen« und »Entscheidungen für die Zukunft«. Der aktuelle BNE-Diskurs konzentriert sich vielfach vor allem auf die Informationsvermittlung. Für »nachhaltige Zukunftsentscheidungen« wäre es bedauerlich, wenn Fragen zur gesellschaftlichen Transformation künftig nicht mehrdimensional und stärkenorientiert im Sinne der kulturellen Bildung betrachtet würden.

Susanne Keuchel ist Direktorin der Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW

Öffentlichen Zugang ermöglichen

Auch die Welt der Bibliotheken hat 17 Ziele

KLAUS ULRICH WERNER

Nachhaltigkeit verwirklichen« forderte der Deutsche Kulturrat zur Bundestagswahl und bezieht sich auf die UN-Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung in der Welt. Bibliotheken machten sich den Zielekatalog der Staatengemeinschaft früh zu eigen und gaben sich hierzu das Motto »Das Recht auf Zugang zu Information und Chancen für Alle«. Die Präsidentin der Weltorganisation der Bibliotheksverbände IFLA hatte vor den Vereinten Nationen die Bedeutung des Zugangs zu Information zur Erreichung dieser Nachhaltigkeitsziele vorgetragen – mit dem Erfolg, dass dieser elementare Baustein für jede nachhaltige Entwicklung Eingang in die Agenda 2030 gefunden hat – und damit die Rolle der Bibliotheken, die sich dieser Hauptaufgabe widmen.

Die Hälfte der Weltbevölkerung verfügt über keinen Online-Zugang zu Information. In der Wissensgesellschaft sind es gerade die Bibliotheken, die nicht nur diesen Zugang bieten, sondern zuverlässig und seriös, nicht-kommerziell und nicht ideologiebeschränkt die Welt des Wissens erschließen helfen: Bibliotheken sind Kultur- und Bildungseinrichtungen mit dem Auftrag, den freien Zugangs zu Information für alle zu ermöglichen, die Menschen beim selbständigen, souveränen Bewegen in der Informationsgesellschaft zu unterstützen und Informationskompetenz zu fördern. Die Möglichkeit eines öffentlichen Zugangs zu Information hilft allen Bürgern, Entscheidungen zu treffen, die auf fundierten Informationen beruhen und die die individuellen Lebensbedingungen des Einzelnen zum Besseren wenden können. Gesellschaften, in denen es jedem möglich ist, sich die aktuell notwendigen Informationen zu beschaffen, sind besser befähigt, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, wirtschaftliche Bedingungen zu verbessern, qualitätsvolle Bildungsmöglichkeiten anzubieten und darüber hinaus die Gesundheit ihrer Bevölkerung sowie Kultur, Forschung und Innovationen zu fördern. Mit seinem flächendeckenden Netz von Bibliotheken hat sich der Deutsche Bibliotheksverband dbv die Umsetzung der UN-Agenda 2030 auf die eigene Tagesordnung gesetzt:

»Armut beenden«: Der freie Zugang zu Information, Wissenschaft und Kultur ist grundsätzlich eine gute Basis für alle Menschen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Bibliotheken bieten Dienstleistungen und Programme an, welche die schulische Ausbildung begleiten und für die Berufsausbildung und Weiterbildung große Bedeutung haben.

»Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters und ihr Wohlergehen fördern«: Bibliotheken bieten dem Einzelnen Zugang zu gesundheitswissenschaftlicher Information und dem Fachpersonal im Gesundheitswesen die Versorgung mit medizinischer Fachliteratur.

»Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung sowie lebenslanges Lernen«: Kompetentes und dafür geschultes Bibliothekspersonal unterstützt von klein an den Erwerb von Lese- und Schreibkompetenz und fördert Bildungsinteressen das Leben lang. Bibliotheken sind Bildungspartner auf allen Stufen. In Bibliotheken stehen kostenfreie, vernetzte Lern- und Arbeitsplätze für jedermann zur Verfügung.

»Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für Frauen und Mädchen«: Bibliotheken sind geschützte, gesellschaftlich akzeptierte und einladende Orte zur Informationsbeschaffung wie auch soziale Orte, die Freiräume ohne Rollenerwartungen und ohne Vorurteile bieten. Spezielle Bibliotheksprogramme wenden sich ermutigend an Mädchen und Frauen und widmen sich ihren besonderen Bedürfnissen.

»Ökologische Nachhaltigkeit und Bekämpfung des Klimawandels«: Bibliotheken können nicht das Weltklima retten, stehen aber für eine Kultur des Teilens, der gemeinschaftlichen Nutzung von Ressourcen: So initiieren viele öffentliche Bibliotheken ökologische Programme, sind gut vernetzte »grüne« Partner kommunaler Aktivitäten zur Energieeinsparung und zur Förderung umweltbewussten Verhaltens.

»Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit für alle«: Bibliotheken unterstützen bei Berufsausbildung, Arbeitssuche und beruflicher Weiterbildung.

»Infrastruktur und Innovation«: Infrastruktur ist zentral für eine innovative Gesellschaft und die Basis für gute Informations- und Literaturversorgung, analog und digital.

»Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern«: Bibliotheken sind Orte der Integration, der gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe, gerade auch für jene Menschen, die noch am Rande stehen, wie z. B. für Migranten oder für Menschen mit Behinderung.

»Gesellschaften friedlich, inklusiv, sicher, nachhaltig machen«: Bibliotheken sind vertrauenswürdige Einrichtungen, die sich für kulturelle Inklusion sowie für Dokumentation und Bewahrung des kulturellen Erbes engagieren.

»Globale Partnerschaften beleben«: Bibliotheken zeichnen sich durch ein weltweites Netzwerk lokaler und nationaler Einrichtungen aus, die sich in lokale und nationale Entwicklungspläne unterstützend einbringen und – mitmachen!

Klaus Ulrich Werner ist stellvertretender Sprecher der Deutschen Literaturkonferenz

FOTO: S.O.

Die Eiskappen des nördlichen Polarkreises gleichen während der Frühlings- und Sommermonate einem Schweizer Käse

Insekten zum Abendmahl?

Vom Honig zur Asche – über eine neue Kultur der Ernährung

BORIS KOCHAN

»Als sie aber aßen,
nahm Jesus das Brot,
dankte und brach›s
und gab's den Jüngern
und sprach:
Nehmet, esset;
das ist mein Leib.«

Das letzte Abendmahl weist deutlich über sich selbst hinaus: Es ist nicht nur Ausgangspunkt für mannigfaltige künstlerische Bearbeitungen, sondern auch Vorlage für die satirische Interpretation der Sondierungsgespräche in Berlin oder Verballhornungen in der Werbung. Essen als Gemeinschaftsakt bietet einen willkommenen, gerne auch einmal konterkarierten Identifikationsanker – als Sehnsuchtsbild erzeugt es persönliche und kollektive Erinnerungen und Hoffnungen. Ganz ähnlich emotional aufgeladen ist das unsägliche Geknipse vom Abendessen unter Freunden, ob nun zu Hause oder beim Lieblingsitaliener um die Ecke. Unter dem Hashtag #foodporn finden sich allein auf Instagram über 140 Millionen Bilder: der grünlich schimmernde Milch-Shake, das medium rare gebratene, feinadrig von Fett durchzogene Stück Rindfleisch oder der vom Barrista kunstvoll zum Kleeblatt gegossene Milchschaum des selbstverständlich bis spätestens 12 Uhr getrunkenen Cappuccinos. Allerliebst dekoriert ist Essen »wirklich zu einem Phänomen geworden, mit dem man die eigenen Werte, Vorlieben und Orientierungsgrößen kommunizieren kann« – ein wunderbares Mittel, Individualität auszudrücken, so zumindest die österreichische Trendforscherin Hanni Rützler.

All dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ernährung der Weltbevölkerung nicht in der individuellen Handhabung und mit dem nachbarschaftlich gewachsenen Apfel gelöst werden kann. In etwas mehr als 30 Jahren werden nach Berechnungen der Vereinten Nationen zehn Milliarden Menschen unseren Planeten bevölkern. 30 Jahre, in denen wir Zeit haben, uns von vielen lieb gewonnenen kulinarischen Gewohnheiten zu verabschieden. Denn eines ist bereits heute klar: Mit den bisherigen Methoden und Produkten von Agrarwirtschaft, Lebensmittelindustrie und -handel wird es nicht möglich sein, die Menschheit zu ernähren.

Es ist also unabdingbar, neue Wege in der Nahrungsmittelproduktion zu beschreiten. Naheliegend ist, dass neuartige Lebensmittel entwickelt werden müssen, die unseren kulturell erprobten Umgang mit Ernährung vor einigermaßen harte Belastungsproben stellen werden. Das Rezept für den »falschen Hasen« etwa, das in der Ausstellung »Food Revolution 5.0 – Gestaltung für die Gesellschaft von morgen« im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe präsentiert wird, sieht – statt Hackfleisch und Brötchen – Mehlwürmer und Grillen vor. Letztere sollen zwar überaus wohlschmeckend sein, aber so richtig vorstellen mag sich das niemand. Umso weniger, da die Industrienationen noch in einer vermeintlich heilen Welt des Überflusses leben und deren wertkonservativ geprägte Ernährungsgewohnheiten von der Kommunikation der Nahrungsmittelkonzerne systematisch bedient werden: Da wird der selbstverständlich industriell gefertigte Joghurt liebevoll in Opas Holzbottich angerührt und die Piemont-Kirsche noch mit der Hand gepflückt. Das Bodenständige, vermeintlich Authentische oder gar Autochthone vermittelt ein maximales Sicherheitsgefühl und wirkt durch die scheinbare Nähe zum Produzenten im wahrsten Sinne naheliegend. Produktionsstraßen mit automatisierter Lebensmittelproduktion will keiner in der Werbung sehen.

Die tatsächlichen Produktionsprozesse bleiben weitestgehend verschleiert, es sei denn, es gilt mal wieder einen Skandal aufzudecken. Davon gab es in der Vergangenheit bedauerlicherweise mehr als genug. Das säht verständlicherweise Misstrauen. Es erklärt allein aber nicht die Innovationsfeindlichkeit gegenüber neuen Nahrungsmitteln.

Es sind gleichermaßen kulturell bedingte Gepflogenheiten, die dem im Wege stehen. Religiös geprägte Einstellungen zur Ernährung nehmen da einen großen Platz ein, aber auch durchaus weltliche Fragen nach der Esskultur und der gesellschaftlich vermittelten Bedeutung von Lebensmitteln und der Art und Weise ihres Verzehrs. Werden wir bald im Sternelokal eine neue Mehlwurmkreation an Sojasprossen vornehm mit Messer und Gabel essen, womöglich mit einer Serviette im Kragen? Sehr schwer vorstellbar aus heutiger Sicht – aber möglicherweise unumgänglich.

Um die notwendigen Schritte in die Zukunft der Ernährung gehen zu können, bedarf es hochgradig innovativer und zugleich nachhaltiger, wie insbesondere gesellschaftlich akzeptierter Veränderungsprozesse, um die Versorgung bereits unserer Enkelgeneration sicherzustellen. Veränderungsprozesse, die schon heute besprochen werden müssen.

Aus diesem Anlass hat im November 2017 in Berlin bereits zum zweiten Mal der »Global Food Summit« stattgefunden, bei dem die Ernährung in einer sich verändernden Gesellschaft verhandelt wurde. Entlang der Lebensmittelkette, also von der Agrarwirtschaft über die Lebensmittelindustrie bis zum -handel wurde der aktuelle Stand der Wissenschaft genauso vorgestellt wie die Herausforderungen und Limitationen einer trotz großer Lebensmittelkonzerne wie Nestlé oder Kraft Foods extrem kleinteiligen Branche.

Erstaunliche Entdeckung dabei war insbesondere, dass für Forschung und Entwicklung genauso wie für die Implementation in die betrieblichen Produktionsprozesse genügend Geld bereitsteht. Die Zuversicht ist groß, mit Innovationen die Herausforderungen zu bewältigen. Die beiden entscheidenden Faktoren, die den positiven Blick in die Zukunft trüben, sind einerseits die schier unüberschaubaren amtlichen und gesetzlichen Reglementierungen. Und der bereits beschriebene, sehr innovationskritische gesellschaftliche Konsens – an dem die Lebensmittelwirtschaft, wie sie teilweise selbstkritisch zugibt, ihren gehörigen Anteil hat.

Es bedarf also dringend eines gesellschaftlichen Diskurses, bei dem die »Kultur der Ernährung« neu definiert wird. Der französische Ethnologe Claude Lévi-Strauss hat schon ab 1964 mit seinem vierbändigen Werk »Mythologica« den Weg gewiesen, wo ein solcher Diskurs anknüpfen könnte: Er beschäftigt sich darin unter anderem mit dem sogenannten Referenzmythos, beispielhaft mit dem Gegensatz von Honig und Tabak. Im »Übergang von der Natur zur Kultur« steht das eine für die verführerische, natürliche Kraft und das andere für die Kommunikation zwischen Menschen und einer übernatürlichen Ordnung. Vielleicht liegt in der kritischen Analyse westlicher Ernährungsmythen rund um das gemeinsame Essen, die Bilder wie das letzte Abendmahl so ikonografisch präsent machen, die Chance für eine neue Aufgeschlossenheit auch gegenüber Insekten als Nahrungsmittel?

Boris Kochan ist, als Präsident des Deutschen Designtages, Sprecher der Sektion Design im Deutschen Kulturrat und zugleich Mitgründer des deutschen Ablegers von Slow Food und Co-Head der Konferenz Global Food Summit

Wettergott spielen?

Das Serious Game »Fate of the World« simuliert Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels

ALEXANDER PREISINGER

Turmhohe Flutwellen, vertrocknete Landstriche, treibende Eisberge – das Repertoire katastrophischer Bilder wurde in den letzten Jahren nicht nur von Umwelt-NGOs und Wissenschaftlern beschworen, sondern wird mittlerweile auch im Mainstream, etwa im US-Blockbusterkino z. B. in Form von Roland Emmerichs »The Day After Tomorrow« von 2004 oder in der Literatur durch Tom Coopers »Das zerstörte Leben des Wes Trench« aus dem Jahr 2016 aufgerufen. Diese Bilder scheint es auch zu brauchen: In der »Weltrisikogesellschaft« bescheinigt Ulrich Beck 2007 dem Klimawandel ein Kommunikationsproblem. Gerade weil es sich um einen Expertendiskurs handelt, der nicht einfach erfahrbar ist – ob Extremwetterereignisse dem Klimawandel zugerechnet werden, ist selbst unter Experten umstritten – muss er sprachlich und symbolisch hergestellt werden. Man mag daher die Hysterie popkultureller Klimawandeldarstellungen kritisieren; bewusstseinsverändernder, weil breitenwirksamer als die Ergebnisse der Bonner Klimakonferenz sind sie vermutlich.

Im Rahmen von Zielkonflikten muss sich der Spieler Runde für Runde neu entscheiden, welche Maßnahmen er ergreift

Eine besondere Chance dazu haben digitale Spiele, die aufgrund ihrer Interaktivität Erfahrungswirklichkeit erspiel- und damit erfahrbar machen. Wie dies aussehen kann, sei am Beispiel von »Fate of the World«, einem Serious Game von »Red Redemption« von 2011, kurz dargestellt: Im Angesicht der globalen Erwärmung wird der Spieler zu einer Art Weltregierung namens »GEO« erklärt. Nach Auswahl eines Szenarios, das die Siegbedingungen festlegt, etwa einen bestimmten Temperaturanstieg nicht zu überschreiten, wird beginnend mit 2020 in Runden von fünf Jahren bis 2200 gespielt. Ausgestattet mit dem Weltbruttosozialprodukt kann er nun klimarelevante Maßnahmen setzen. Diese reichen von der Einführung von E-Autos und der Erforschung der Kalten Fusion bis hin zur Verwendung von Aerosole, um die Atmosphäre abzukühlen. Das Spiel konzipiert den Kampf für die Umwelt darüber hinaus holistisch: Maßnahmen wie die Förderung von Frauenbildung, die Umstellung auf eine vegetarische Lebensweise oder der Ausbau der Infrastruktur sind möglicherweise kurzfristig klimaschädlich; langfristig stellen sie aber die Akzeptanz für die umweltpolitischen Maßnahmen her. Zwischen den Runden wird der aktuelle CO2-Ausstoß der durchschnittlichen Temperaturerhöhung gegenübergestellt, im Anschluss findet sich eine Statistik der weltweiten, durch den Klimawandel verursachten Todesopfer – allgemeinverständlicher, dringlicher und verdichteter kann man das Klimawandelnarrativ wohl kaum darstellen.

Dem Spieler wird jedenfalls aufgrund der Möglichkeiten viel abverlangt: Chinas Wirtschaftswachstum mittels One-Child-Policy verringern? Den südamerikanischen Regenwald abholzen, um mehr Biodiesel zu erzeugen? Den Nordamerikanern bewusst machen, dass der Konsumismus zum Schaden aller ist und damit die zur Verfügung stehenden Einkünfte pro Runde massiv senken? Im Rahmen von Zielkonflikten wie diesen muss sich der Spieler Runde für Runde neu entscheiden. So absorbiert der angesprochene Regenwald CO2 und erhöht die landwirtschaftliche Produktivität Südamerikas, da er die Wasserknappheit lindert. Langfristig überwiegen also die Vorteile gegenüber der Biodieselproduktion. Nur: In der Deutlichkeit gibt das Spiel darüber keine Auskunft. Zwar kann das spielinterne enzyklopädische Nachschlagewerk Hinweise geben, letztlich muss der Spieler aber den Statistikteil konsultieren. Dort werden alle klimarelevanten Spielfaktoren miteinander vernetzt, sodass die gegenseitigen Einflussnahmen erkennbar werden. Da es allerdings viele davon gibt, die sich wiederum gegenseitig beeinflussen, sind die Folgen des klimapolitischen Handelns nie völlig absehbar – die E-Mobilität verringert zwar die Abhängigkeit vom Erdöl, erhöht aber den Bedarf an Energie massiv. Das Klimamodell von »Fate of the World« ist damit sicherlich das komplexeste, das bisher Eingang in ein digitales Spiel gefunden hat.

Letztlich ist der Spieler damit gezwungen, ununterbrochen Hypothesen über Wirkzusammenhänge aufzustellen und zu überprüfen; das kann motivierend sein, wenn ein Szenario gemeistert wird, frustrierend, wenn trotz des x-ten Neustarts unerklärlich bleibt, wie Nordamerika vor der Dürre bewahrt oder in Indien politischer Frieden gesichert werden kann. Durch dieses permanente Problemlösen findet, wie aktuelle Forschung zu Serious Games bestätigt, Lernen statt. So positiv »Fate of the World« die physikalischen und biologischen Aspekte beschreibt, so fragwürdig ist die politische Komponente: Klimawandel wird hier top-down von einer Weltregierung diktiert, die Dominanz der Technokratie über die Politik wird zur ultima ratio angesichts der Apokalypse. Aber auch dieser Aspekt könnte dekonstruiert dem Erkenntnisgewinn dienen.

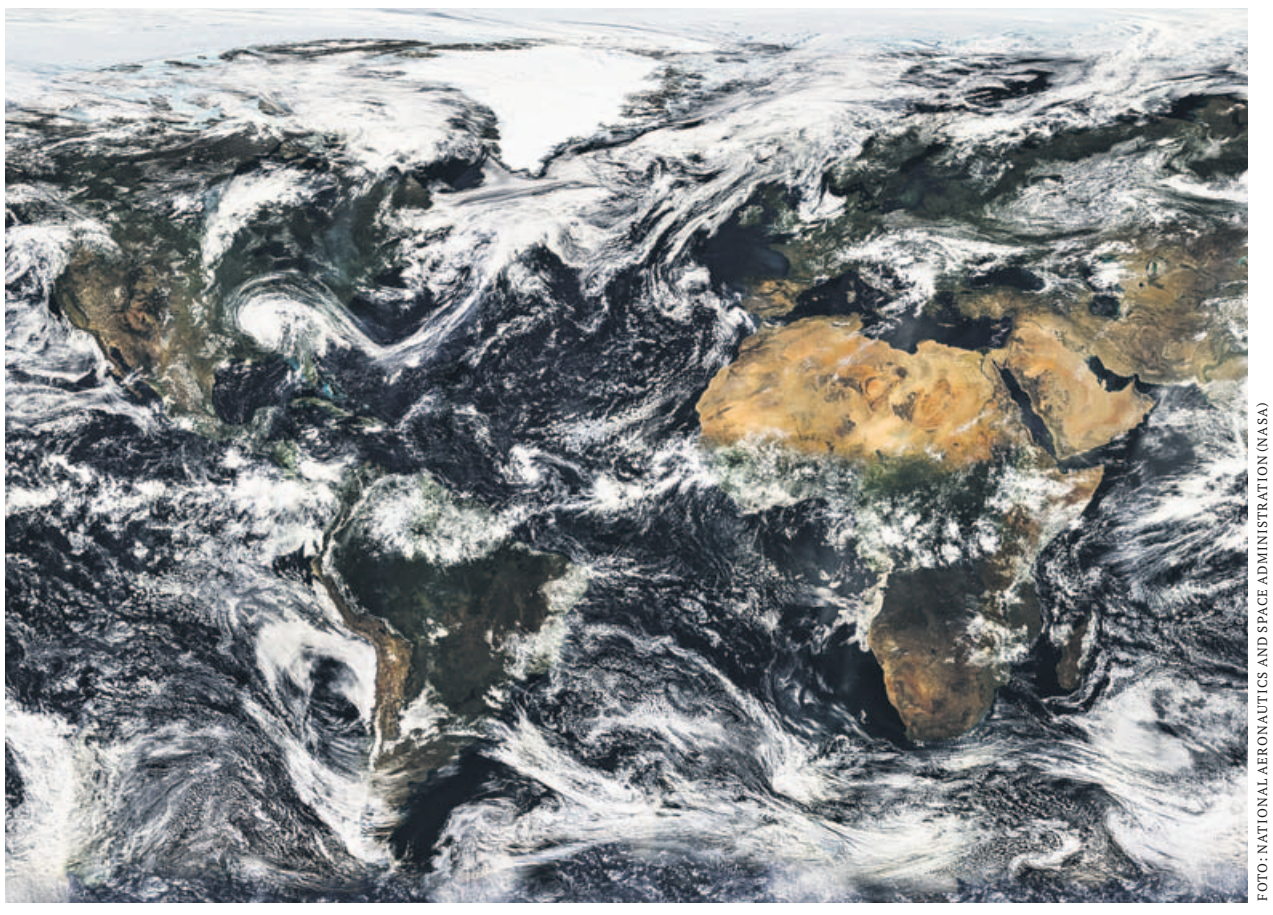


FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Wolkiger Himmel über der Erde

Alexander Preisinger ist Senior Lecturer für Fachdidaktik Geschichte an der Universität Wien und Lehrer an einer Wiener Handelsakademie

Berufspolitisches Credo

Baukultur als nachhaltige Notwendigkeit

BARBARA ETTINGER-BRINCKMANN

Das Engagement für Nachhaltigkeit ist für uns Architekten und Stadtplaner ebenso berufspolitisches Credo wie gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Gebäude, die Eigentümern und Nutzern optimal dienen und zugleich einen positiven Beitrag zur Gestaltung des für alle unausweichlich erlebbaren öffentlichen Raums darstellen, sollen der Beitrag unserer Profession zu den drei Säulen der Nachhaltigkeit sein – Ökologie, Ökonomie, Soziales. Dabei gilt es, die hohe Bedeutung der Baukultur zu unterstreichen, die den gleichen Rang haben sollte wie die anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit. Denn nur wenige Güter werden für so langfristige Nutzung, so generationenübergreifend produziert, sind von so alltäglicher, elementarer Bedeutung und zugleich so in ihrer humanen und kulturellen Qualität bedroht wie Häuser und Städte.

Wir als Architekten und Stadtplaner wissen, dass die technische Performance eines Gebäudes, seine Nutzungsqualität, die Grundrisse und natürlich auch die gestalterische Qualität und seine Einbindung in die jeweilige städtische Umwelt, nicht voneinander zu trennen sind. Ein technisch perfektes Gebäude weist zugleich eine sehr gute energetische Bilanz auf und geht sparsam mit Rohstoffen um; eine gelungene Einordung in die Stadt achtet auf den Verbrauch von Fläche. Für uns Planer kommt aber immer der Aspekt der Schönheit hinzu, der Baukultur, durch den für uns erst das Streben nach Nachhaltigkeit der gebauten Umwelt vollständig wird. Von Baukultur können wir sprechen, wenn bautechnische Aspekte ebenso wie die gestalterische Qualität von Gebäuden gleichrangig betrachtet werden und diese Gebäude einen Beitrag zur Qualität der Stadt liefern.

In der Debatte über nachhaltiges Planen und Bauen stehen Ressourcenverbrauch und Ökologie im Vordergrund, während der Bedeutung von Gestaltung, von Ästhetik, von Maßstäblichkeit, überhaupt von Schönheit als Beitrag zur Nachhaltigkeit ein zu geringes Gewicht beigemessen wird. Ein Indiz dafür: Zu den sogenannten »Sustainable Development Goals« (SDG) als Herzstück der Agenda 2030, die im September 2015 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen beschlossen wurde, gehört als elftes der insgesamt 17 Entwicklungsziele »Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11) – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten«. Der kulturelle Aspekt taucht aber nur in dem inhaltlich recht eingeschränkten Unterziel 11.4 auf: »Die Anstrengungen zum Schutz und zur Wahrung des Weltkultur- und -naturerbes verstärken«. Wo bleibt dabei der Aspekt der gegenwärtigen und weiter absehbaren gewaltigen Expansion der Städte und deren Gestaltung, für diese wie für die folgenden Generationen?

Wir sollten verstärkt darauf hinwirken, dass »Schönheit und Lebensfähigkeit der Stadt« – um den Titel einer Tagungsreihe in Düsseldorf zu zitieren – ein mindestens so entscheidender Beitrag zur Nachhaltigkeit der Stadt ist wie Flächen-, Energie- und Ressourcenverbrauch. Diese Qualität kann durchaus definiert werden: zunächst durch die Gestalt der Gebäude selbst, also vor allem durch Proportion und Komposition, durch die Gesamtanmutung, Materialität und Detaillierung. Dann zählt das Innere: Die Qualität des Grundrisses und der Raumgestaltung, der Orientierung und der Raumbezüge sind nicht nur funktional, sondern auch schön, nicht nur heute – auch für die späteren Nutzer und damit nachhaltig. Weiterhin bewertet man das Gebäude im Hinblick auf seine Funktion und seine Umgebung – vor allem seine Maßstäblichkeit, seine Einbindung, die Umsetzung der funktionalen Aufgaben und, natürlich, seine Beständigkeit werden in die Betrachtung einbezogen. Von besonderer Bedeutung ist der städtebauliche Kontext. Niemand baut für sich allein, denn die Außenwände der Gebäude sind die Innenwände der städtischen Straßen und Plätze. Die Rückbesinnung auf die gestalterischen Qualitäten der Europäischen Stadt ist zugleich eine Wiederentdeckung von nachhaltigem, den nachfolgenden Generationen verpflichtetem Städtebau. Dies macht die »Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt«, angenommen anlässlich des informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007, deutlich, die betont: »Baukultur ist in einem umfassenden Sinne zu verstehen, als Gesamtheit aller die Qualität des Planens und Bauens beeinflussenden kulturellen, ökonomischen, technischen, sozialen und ökologischen Aspekte.«

Architektur und Stadtplanung sind erst dann Umsetzung von Nachhaltigkeit, wenn Baukultur nicht nur Zusatz, sondern notwendiges Element von Nachhaltigkeit ist. Jeder Euro für ein schlechtes Gebäude ist nachhaltig verschwendetes Geld, egal ob der Mangel nun ein technischer oder ein gestalterischer ist. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, ohne oder gar gegen Baukultur zu planen und zu bauen – kein weitblickender Bauherr, keine Kommune sollte auf ästhetische Qualität verzichten, denn das hieße zugleich Verzicht auf Nachhaltigkeit. Die Gestaltqualität ist konsequenterweise unverzichtbares Kriterium bei der Beurteilung von Nachhaltigkeit. Es ist zu hoffen, dass sich diese Erkenntnis bei Bauherren und Nutzern durchsetzt und damit auch Druck auf solche Investoren entsteht, die nur ein kurzfristiges Verwertungs- und Verkaufsinteresse haben.

Baukultur darf nicht nur Zusatz sein, sondern muss ein notwendiges Element von Nachhaltigkeit werden

Wenn wir Architekten früher mit Bauherren über höhere Qualität gesprochen haben, hatten wir oft kein übergreifendes Argument an der Hand, dass sich Baukultur gesellschaftlich und zukunftsorientiert lohnt. Die Einbeziehung in den Diskurs der Nachhaltigkeit macht das Thema Bauqualität allgemeingültiger, transparenter und für Bauherren wie Kommunen für ihre Entscheidungen verpflichtender. Auf dem Weg zu vielseitig nutzbaren und energieeffizienten Gebäuden, die einen Beitrag zu einer schöneren und lebenswerteren baulichen Umgebung leisten, erscheint uns dies im Zeitalter der Ökonomisierung die geeignete Argumentation für Nachhaltigkeit, die sich ihres kulturellen Elements bewusst ist. Baukultur ist nicht alles, aber Planen und Bauen ohne Baukultur verfehlt Nachhaltigkeit.

FOTO: DENIS FELIKSON / UNIV. OF TEXAS

Gletscher im Westen Grönlands

Barbara Ettinger-Brinckmann ist Präsidentin der Bundesarchitektenkammer

Dem Gemeinwohl verpflichtet

Nachhaltige Stadtplanung

RAINER BOHNE

Eine einheitliche großzügige Lösung zu finden, sowohl für die Forderungen des Verkehrs, als für diejenigen der Schönheit, der Volksgesundheit und der Wirtschaftlichkeit«, so heißt es in der Ausschreibung zum Wettbewerb des Grundplanes zur Bebauung Groß-Berlins 1910. Dies könnte man als eine ältere, aber immer noch zutreffende Beschreibung des Aufgabenspektrums der Stadtplanung bezeichnen und damit auch erklären, dass Stadtplanung als Fachdisziplin seit 100 Jahren der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Auch wenn hier andere Bezeichnungen als in dem späteren Nachhaltigkeitsdreieck vom Gleichklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem benutzt werden, so war doch auch damals schon gemeint, dass zu einer Schönheit der Stadt und zur Gesundheit der Stadt selbstverständlich Freiräume, Grünoasen und große Grünzüge gehören, die neben der dichten, heute wieder urban genannten Bebauung die Stadt lebenswert machen.

Kennzeichen der Raumplanung, oder wenn man ihre Wirkungsebenen betrachtet, der Stadt-, Regional- und Landesplanung, ist die integrierte Betrachtung aller für das Leben der Menschen wichtigen Aspekte und der Versuch, diese miteinander in Einklang zu bringen. So ist das Abwägungsgebot wichtigster Kernpunkt des Wirkens der Planenden. Sämtliche bestehenden und erkennbaren, auch zukünftigen, Belange sind in der Planung gerecht untereinander und miteinander abzuwägen. Dies ist selbstverständlich, wie jedes gesellschaftliche Wirken, immer politisch. Je nach den Zeitläufen wandeln sich die Bewertungen und damit auch die jeweiligen Abwägungsrichtungen, aber sie sind nicht modisch im Sinne eines Zeitgeschmacks. Stadtplanung ist als Fachdisziplin grundsätzlich nachhaltig, wenn sie es nicht ist, dann wurde die Abwägung einseitig zulasten eines Aspektes vernachlässigt.

Da die Stadtplanung das Regulativ der Bodennutzung ist, sind Konflikte vorprogrammiert. Der nicht vermehrbare Boden ist in den meisten Gesellschaften inzwischen privatisiert und unterliegt ökonomischen Prinzipien. In den meisten Ländern werden Bodenwertsteigerungen der privaten Rendite zugeschlagen und nicht durch Abschöpfung dem Gemeinwohl zur Verfügung gestellt. Dadurch besteht die Gefahr, dass nachhaltiges Wirken von der Ökonomie konterkariert und gemeinwohlorientiertes Handeln erschwert wird. Hier kommt der Stadtplanung als Fachdisziplin zur Bodennutzung eine besondere Aufgabe zu: Sie muss versuchen, ökonomische Interessen so zu lenken, dass soziale und ökologische Interessen nicht unterliegen. Stadtplanung muss in den Markt eingreifen und versuchen, den schwächeren Marktteilnehmern Chancen zu geben.

Das trifft nicht nur in den großen Städten zu, wo im Zuge von »Urbanität schaffen« die letzten freien Flächen bebaut werden und damit Flächen für grüne und soziale Infrastruktur fehlen, obwohl doch mehr Menschen auch mehr Freiraum und Sozialeinrichtungen benötigen. Das muss auch bei der Zersiedelung der Freiflächen an den Stadträndern oder den Dorfrändern beachtet werden, wo möglicherweise kurzfristig Gewinn für das Dorf oder die Kleinstadt durch eine Siedlungserweiterung oder die Ausweisung von Gewerbeflächen erhofft wird, aber längerfristig die Lebensgrundlagen zerstört werden.

Die Politik erweist sich leider häufig als Handlanger kurzfristiger ökonomischer Interessen, sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Gesetzesumsetzung. Politische Lebenszyklen orientieren sich an Wahlperioden und Wahlgeschenken, selten an nachhaltigem Wirken. Dass ein solches Verhalten gerade angesichts der notwendigen Klimaanpassung, der Energiewende und der Verkehrswende nicht nachhaltig ist, liegt auf der Hand. Hier haben die Stadtplaner als Berufsstand eine besondere Verantwortung, ihr Fachwissen auch gegen politische Einflussnahmen gutachterlich einzubringen und in der Planumsetzung die Gemeinwohlinteressen in der Abwägung zu betonen.

Die meisten am Baugeschehen teilhabenden Berufsgruppen verfolgen entweder direkte wirtschaftliche Interessen wie das Bauhandwerk und die Bauindustrie, die Immobilienwirtschaft und der Großteil der Wohnungswirtschaft. Daneben gibt es allerdings auch Berufsgruppen, die sich wie die Stadtplaner zumindest der Kultur verpflichtet sehen, seien es die Denkmalpfleger, die Restauratoren oder auch Architekten und Ingenieure, die ihre Arbeit als Freiberufler als Verpflichtung zur Umsetzung einer baukulturellen Leistung sehen. Sie sind damit wichtige Verbündete zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen, auch wenn sich ihre Tätigkeit meist auf die Erhaltung oder Verbesserung von Einzelgebäuden bezieht.

Je größer die eingenommene Fläche eines Baues ist, desto wichtiger werden Nachhaltigkeitsziele. Umso wichtiger wird es, dass Baukultur sich nicht nur auf die Kulturleistung des Baues selbst bezieht, sondern sowohl auf sein Umfeld als auch auf seine Planungskultur und Einbindungskultur. Im letzteren unterscheiden sich die Architekten wiederum in der Regel deutlich von den Stadtplanern. Der Architekt ist vor allem seinem Bauherrn verpflichtet, der Stadtplaner mehr dem Gemeinwohl. Deshalb müssen und werden vom Stadtplaner möglichst viele Akteure und Betroffene beteiligt. Nur ein breiter Konsens vom Beginn der Planung an ermöglicht einen gesellschaftlichen Konsens und dieser ist wiederum Grundlage einer Nachhaltigkeit.

So sind die besten nachhaltigen Planungen solche, die in einem meist breit angelegten Beteiligungsverfahren durchgeführt wurden. Dabei ist es nebensächlich, ob dieser iterative Planungsprozess Top-down oder Bottom-up initiiert wurde. Wichtig ist, dass die »Stadtbürger« mitgenommen werden. Das kostet Kraft, Personal und auch Finanzen, bringt aber dauerhaft positive Ergebnisse, die sich sofort sozial und später meist auch ökonomisch auszahlen. So wie z. B. beim Prozess »Umweltgerechte Stadt Güstrow«, der Ende der 1990er Jahre eine ganze Stadt in Richtung nachhaltiges Leben »umgekrempelt« hat. Ein nachhaltiger Stadtentwicklungsprozess ist meist in kleineren, überschaubareren Einheiten einfacher, weil die Ergebnisse scheinbar leichter für alle sichtbar zu machen sind. Aber es gibt auch größere Städte, die sich nicht gescheut haben, solche Prozesse mit der gesamten Stadtgesellschaft gemeinsam durchzuführen, wie z. B. Karlsruhe, das mit seinem Leitbildprozess zur räumlichen Entwicklung in den letzten Jahren ein Muster und Vorbild geschaffen hat.

Rainer Bohne ist Stadtplaner und Geschäftsführer der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL)

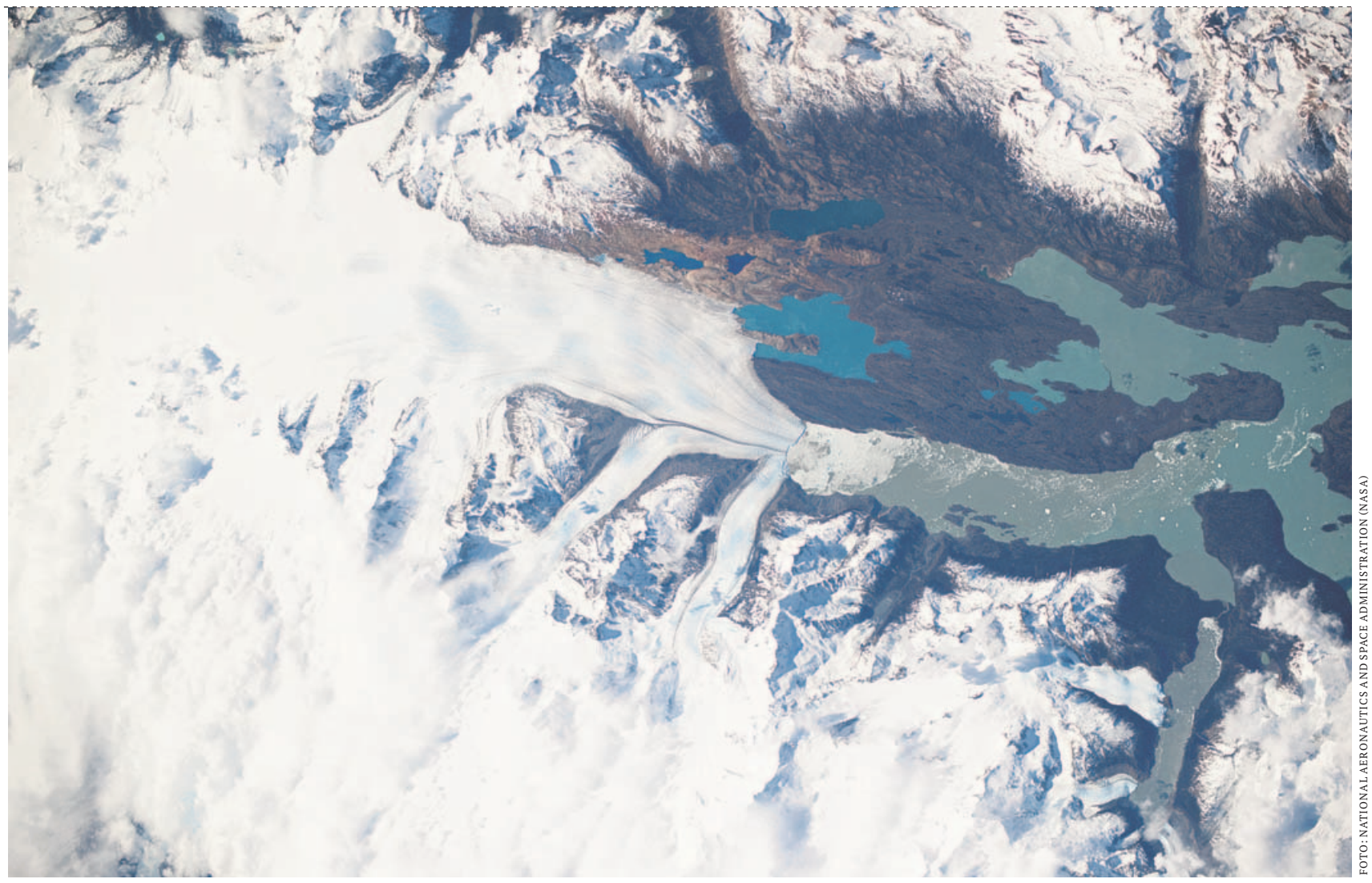


FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Upsala Gletscher und patagonischer Eisschild

Grünes Drehen

Studio Hamburg produziert nachhaltig

Und tschüß toxische Filmrollen, schmutzige Plastikbecher, papierene Drehbücher – Studio Hamburg dreht »grün«. Theresa Brüheim spricht mit dem Herstellungsleiter Michael Kreuz darüber, was das genau bedeutet.

Theresa Brüheim: Herr Kreuz, bei der Studio Hamburg Production Group wird überwiegend »grün« gedreht. Was heißt das?
Marcus Kreuz: Beim »Grünen Drehen« geht es um die Nachhaltigkeit, um den CO2-Ausstoß, um ökologisches Produzieren. Das »Grüne Drehen« kann mit einem »Grünen Drehpass« ausgezeichnet werden. Dieser geht auf eine Initiative der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2011 zurück, die damals die Idee hatte, ein Gütesiegel zu erstellen, mit dem nachhaltige Produktionen ausgezeichnet werden. Um dies zu befördern, gibt die Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein Handlungsempfehlungen, wie man »grüner« produzieren kann, bietet aber auch viele Workshops und Fortbildungen an. Letzte Woche war ich wieder zwei Tage auf einer solchen. Die Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein begleitet auch dieses Unterfangen, es gibt aber keinen festen Regelkatalog oder dauerhafte Kontrolle am Drehort. Es finden zudem natürlich Besuche der Filmförderung statt. Da erhalten wir besonders von Christiane Dopp, die für die Filmförderung in grüner Mission unterwegs ist, Unterstützung – vor allem im Vorfeld, bevor die Dreharbeiten beginnen. Das meiste muss sowieso im Vorhinein geschehen, denn ist die Produktion im Gange und sind die ersten Aufträge vergeben, ist es schwer, einen größeren »grünen« Output zu erzielen.

Als Produktionsleiter haben Sie das »Grüne Drehen« bei der Fernsehserie »Notruf Hafenkante« eingeführt. Wie sind Sie dabei vorgegangen?
Erstmal bin ich darauf aufmerksam geworden, weil mein Kollege Joerg Pawlik vom »Großstadtrevier« ein Jahr zuvor den »Grünen Drehpass« bekommen hat. Daraufhin bin ich mit Christiane Dopp in Kontakt getreten, die mir gezeigt hat, welche Möglichkeiten es gibt und wie man das am besten angeht. Von Anfang an habe ich geschaut, was können wir schon umsetzen, was müssen wir noch anschaffen – und ganz wichtig: Ich habe gleich mit meinem Team gesprochen und von dem Vorhaben erzählt. Das Wichtigste ist, eine gewisse Motivation zu generieren. Wenn man das nur von oben aufdrückt, ist es immer schwierig. Man muss alle auf die Reise mitnehmen. Das bedurfte einiger Gespräche. Gerade am Anfang ist die Sorge groß: »Wie soll man das alles schaffen?« Aber in der Umsetzung haben alle gemerkt, dass das wirklich gut zu schaffen ist und haben richtig Lust bekommen, weiterzumachen. Das ist kein Prozess, der irgendwann aufhört, sondern man findet immer wieder etwas Neues. In allen Bereichen gibt es ständig Neuerungen und Verbesserungen. In einem nächsten Schritt haben wir uns alle Bereiche angesehen. Das geht im Büro los über das Catering, die Technik, die Transporte bis hin zu Ausstattung, Kostüme, Maske. Dann haben wir kurz-, mittel- und langfristige Ziele definiert. Vor allem haben wir schnell viel verändert, was die Kolleginnen und Kollegen sehr motiviert hat.

Was haben Sie konkret geändert?
Es geht los beim Catering – ein neuralgisches Thema. Wir haben mit dem Caterer gesprochen, dass wir regional und saisonal einkaufen. Wir brauchen im Winter keine Erdbeeren usw. Dann haben wir am Set die Mülltrennung eingeführt – mehrere Mülleimer mit Fotos drauf, die genau zeigen, was wo reinkommt. Wir haben das Papp- und Plastikgeschirr gegen Mehrweggeschirr getauscht. Auch die Transporte haben wir nachhaltiger gestaltet. Wir versuchen möglichst Flüge zu vermeiden. Die Schauspieler kommen in der Regel mit der Bahn. Das ist aber nicht immer möglich, denn manche arbeiten am Vortag z. B. in München und müssen dann abends nach Hamburg reisen. Aber im Allgemeinen war die Bereitschaft groß – vor allem nachdem wir alle informiert haben, warum wir das machen. Die Schauspieler warten nun am Drehort, bis ein anderer fertig ist, damit die zu zweit, zu dritt ins Hotel oder in die Stadt gebracht werden. Ein anderer großer Punkt ist die Technik: Wir versuchen vermehrt mit LED-Lampen zu drehen. Außerdem versuchen wir, keine Stromaggregate zu benutzen, sondern feste Anschlüsse zu legen. In der Ausstattung wird darauf geachtet, dass die Requisiten wiederbenutzt werden. Hier in Hamburg gibt es die Hamburgische Materialverwaltung. Das ist ein von der Stadt gefördertes Projekt, wo Produzenten ihre Requisiten, die sie für ihren Film gebaut und benutzt haben, abgeben, sodass sie dann für kleineres Geld an Theaterprojekte oder andere Filmaufnahmen weitervermietet werden. Weiterhin versuchen wir, Drehbücher nicht mehr auszudrucken. Mittlerweile hat fast jeder Schauspieler ein iPad, sodass sie die nur noch per Mail bekommen. Und und und …

Sie sprechen schon die Digitalisierung an. Inwieweit ist diese ein Katalysator für »Grünes Drehen«?
Digitalisierung ist natürlich ein großer Gewinn für die Nachhaltigkeit. Das geht beim Filmmaterial los, was einfach schwer zu recyceln war. Dann natürlich dieser aufwendige Entwicklungsprozess mit den ganzen Chemikalien, die in den Bädern oder in den Wannen lagen. Das ist durch digitale Speichermedien alles weggefallen, die sehr, sehr viel hintereinander benutzt werden können. Die Muster, also die »Dailies« von dem Drehtag, werden online zur Verfügung gestellt. Früher wurden sie auf DVDs oder auf Videobändern festgehalten, die dann mehrere Male kopiert und an zehn, fünfzehn Leute versendet wurden. Früher hat man Ansichtsexemplare verschickt. Heute ist das alles auf einem Server und man schickt einen Link, sodass man sich eine Folge vorab für eine Woche anschauen kann. Es hat ganz, ganz viel gebracht in dem Bereich. Und da geht es immer noch weiter: Durch diese neue Technik, braucht man beim Nachtdreh nicht mehr so viel Licht wie früher, weil die Kameras viel feiner geworden sind.

Mit welchen Herausforderungen muss man klarkommen, wenn man »grün« drehen möchte?
Man muss sich zuallererst Zeit nehmen, denn jeder Bereich, jeder Ablauf muss auf seine Nachhaltigkeit überprüft werden. Essenziell ist, dass man alle Beteiligten dabei mitnimmt. Dann besteht die Herausforderung darin, sich immer wieder zu informieren, was es Neues gibt. Man muss einfach gucken, was es für neue Geräte gibt, was die neuesten Entwicklungen sind, wie teuer die Sachen sind etc. Der persönliche Austausch – auch innerhalb Europas – ist dabei ganz wichtig. Man muss immer wieder mit den Anbietern und Dienstleistern sprechen. Und einfordern, dass die einfach noch mehr LED-Lampen etc. kaufen. Wenn die Nachfrage nicht da ist, die wir generieren, dann kaufen die Dienstleister die Sachen nicht. D. h., wir müssen immer wieder daran erinnern, dass es einen Bedarf gibt.

Sie tauschen sich mit Experten aus anderen europäischen Ländern über »Grünes Drehen« aus. Wie ist dabei die Position Deutschlands im internationalen Vergleich? Wird hier viel »grün« gedreht oder hängt man eher hinterher?
Ich würde nicht sagen, dass Deutschland hinterher hängt. Aber jedes Land hat eine andere Philosophie. In Belgien wird das »Grüne Drehen« von Fördergremien unterstützt oder sogar erwartet. Da werden die letzten fünf Prozent der Fördersumme erst ausgezahlt, wenn nachgewiesen wird, dass »grün« gedreht wurde. Das gibt es in Deutschland – noch – nicht. Aber wir sind im guten Mittelfeld. Und es gibt eine gute Vernetzung über die Förderung, die die Sache sehr vorantreibt. Das »Grüne Drehen« wird auf alle Fälle immer wichtiger und ist auch bei den Sendern angekommen.

Wie Sie sagen, gibt es verschiedene Förderungsmöglichkeiten. Sie haben schon den »Grünen Drehpass« angesprochen, den die Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein vergibt. Inwiefern erfahren Sie noch weitere Unterstützung von staatlichen Stellen?
Die Filmförderungen erkennen seit dem 24. November 2017 Ansätze für nachhaltiges Produzieren an und stellen damit klar, dass sie die Mehrkosten für »Grünes Drehen« auch förderrechtlich mittragen.

Seit wann dreht Studio Hamburg »grün«?
»Notruf Hafenkante« hat 2014 den »Grünen Drehpass« bekommen. Anfang 2013 hatte bereits »Das Großstadtrevier« einen erhalten. Serien sind natürlich dafür prädestiniert, einen »Grünen Drehpass« einzuführen. Mittlerweile hat jede Serie der Studio Hamburg Production Group den »Grünen Drehpass«. Man hat einfach Zeit, das Vorhaben nachhaltig anzugehen, mit den Menschen zu sprechen und sie immer wieder zu motivieren. In der Regel läuft eine Serie mehr als drei, vier Monate im Jahr. Wohingegen ein Fernsehfilm nur 22 bis 25 Drehtage hat.
Aber über die Jahre werden auch immer mehr Fernseh- und Kinofilme bei uns »grün« gedreht. Wir haben eine Arbeitsgruppe innerhalb der Studio Hamburg Production Group, die sich das »Grüne Büro« nennt und die schon viele Änderungen in die Wege geleitet hat. Dabei kamen wir auch auf die Idee, anzufangen, eine Show »grün« zu drehen. So wurde für das ZDF eine der »Quiz-Champion-Shows« mit Johannes B. Kerner nachhaltig produziert und hat den »Grünen Drehpass« bekommen. Toll ist auch, dass unser Chef, Michael Lehmann, ein großer Befürworter und Unterstützer dieser Sache ist. Er fördert die Mitarbeiter und das »grüne« Vorhaben sehr stark. Das ist nicht selbstverständlich. Aber wenn der Kopf auch Energie und Unterstützung zeigt, dann setzt man sich auch mit Leidenschaft für die Sache ein.

Wenn Sie heute zurückblicken, wie groß war am Anfang die Bereitschaft, als Sie das »Grüne Drehen« für »Notruf Hafenkante« einführen wollten?
Es bedurfte einiger Gespräche. Die Leute arbeiten natürlich viel – und wenn man mit was Neuem kommt, bedeutet das erstmal mehr Arbeitszeit und Aufwand. Mit einer Änderung des Systems tun die Leute sich oft auch schwer. Aber nachdem sich gezeigt hatte, dass man mit kleinen Änderungen am Anfang viel bewirken kann, kommt schnell ein Erfolgserlebnis. Und für mich war es wirklich ein tolles Erlebnis. Nach höchstens einem halben Jahr haben die Leute wirklich toll mitgemacht. Und wenn nach einem Jahr eine Hauptdarstellerin zu mir kommt und sagt: »Du, ich habe da was gesehen, wollen wir das nicht nachhaltiger machen?«, merkt man, es ist angekommen. Und jeder guckt, wie man noch »grüner« drehen kann. Als Produktionsleiter ist man morgens und abends immer am Drehort. Da wurde ich immer häufiger auf bestimmte Punkte angesprochen, die man noch ändern könnte. Die Menschen arbeiten oft als Freie bei verschiedensten Produktionen, die den »Grünen Drehpass« haben und da sehen sie unterschiedliche nachhaltige Sachen. Dadurch kommt eine Lawine ins Rollen.

Vielen Dank.

Michael Kreuz ist Herstellungsleiter bei der Studio Hamburg Production Group. Bis vor Kurzem hat er als Produktionsleiter für »Notruf Hafenkante« gearbeitet. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

THEMA

Nachhaltiges Wirtschaften mit sozialen Gewinnen

Das faire Modelabel ARMEDANGELS setzt »grüne« Trends

FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Eisstraße über dem Beringmeer zwischen Alaska und Russland

Theresa Brüheim: Herr Höfeler, ARMEDANGELS ist eines der größten Eco- und Fair-Fashion-Labels in Europa. Sie haben es, gemeinsam mit Ihrem Mitgründer Anton Jurina, gegründet. Wie sind Sie auf die Idee gekommen?
Martin Höfeler: Die Idee ist während des BWL-Studiums in Köln entstanden, bei dem wir uns kennengelernt haben. Ich habe tatsächlich nur BWL studiert, um mich selbstständig zu machen. Auch Anton hatte ähnliche Interessen. Man lernt im BWL-Studium, dass man in einem Unternehmen sowohl seine Gewinne maximieren als auch die Stake- und Shareholder zufrieden stellen sollte. Wenn man ein idealistisches soziales Motiv hat, dann sollte man eher einen Verein oder eine Nichtregierungsorganisation gründen. Wir haben gesagt: Es kann nicht sein, dass man entweder ein kapitalistisch orientiertes Unternehmen gründet und immer nur monetäre Gewinne maximiert oder ein sozialer Verein ist, bei dem dies nicht im Vordergrund steht. Es muss doch möglich sein, beides miteinander zu kombinieren! Wir wollten es einfach beweisen und es von Anfang an richtig machen. Das ist der einzige Weg, der langfristig funktionieren wird: Nämlich, dass man mit dem richtigen Wirtschaften etwas Positives für die Gesellschaft und die Welt bewegen kann.

Der Name ARMEDANGELS klingt nach einer Kampfansage – vielleicht an die herkömmliche Modeindustrie?
Kampfansage ist zu viel gesagt. Der Name vereint sehr gut den Kontrast, der im Unternehmen, aber auch in meiner Generation, den Millennials, steckt: Auf der einen Seite möchte man ein schönes Leben leben und auf nichts verzichten, und auf der anderen Seite will man niemandem schaden und alles mit guten Werten verbinden. Für uns heißt das, wir wollen ein Unternehmen mit gesellschaftlichem Mehrwert sein. Wir wollen schöne Produkte herstellen, die so umweltfreundlich und sozial wie möglich sind. Denn in dieser Branche ist unglaublich viel kaputt. Wir sind der Meinung, dass das besser geht und insofern steckt im Namen doch auch ein kleines bisschen Kampfansage.

In der Modebranche ist nicht nur einiges kaputt, sie gilt als eine der schmutzigsten Geschäfte, was Produktion, Chemikalieneinsatz, Arbeitsbedingungen etc. anbelangt. Wie kann eine Nachhaltigkeitskultur weiter in diese Industrie einziehen?
Das Wichtigste ist erstmal, dass das den Kunden bewusst wird. Denn der Konsument hat viel mehr Macht als er denkt. Schon eine Gruppe von Menschen kann mit ihrem Konsumverhalten viel bewegen. Das sieht man z. B. am Umdenken in der Lebensmittelindustrie. Auf einmal bieten Großkonzerne, die vorwiegend Fleisch produzieren, auch vegetarische und vegane Alternativen an. Der Konsument wird aufgeklärter und ändert damit tatsächlich das Verhalten von Unternehmen, da sich diese anpassen müssen. Man muss mehr Menschen darauf aufmerksam machen, dass auch in der Modeindustrie einiges schiefläuft. Die Missstände wurden über die Jahre wunderbar vertuscht. Denn die Textilindustrie ist nicht mehr lokal, sondern global, sodass wir das nicht so leicht mitbekommen. Bangladesch oder Vietnam sind einfach weit weg. Aufmerksamkeit ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, sodass der Konsument versteht: In der Textilindustrie liegt ein echtes Problem für diesen Planeten, auf dem wir leben und in Zukunft leben wollen. Durch dieses Bewusstsein kann der Kunde die Konsumentscheidung treffen, was er haben will und was nicht. Das wiederum wird Unternehmen dazu bewegen, ihre Prozesse umzudenken. Dies geschieht dabei nicht aus idealistischen Motiven, sondern um weiterhin Geld zu verdienen. Aber das ist egal. Denn solange etwas Positives rauskommt, finde ich es gut.
Wir sehen uns dabei als diejenigen, die diese Aufklärung vorantreiben müssen. Damit ist es aber nicht getan. Es muss Alternativen geben. Die Energiewende hat auch nicht nur dadurch stattgefunden, weil die Grünen und Greenpeace gesagt haben: »Atomenergie ist schlecht«. Sondern dann, als es einfach erreichbare Alternativen gab. Wenn es viele dieser positiven, leicht verfügbaren Alternativen gibt, tritt man eine Welle los und es passiert endlich etwas.
Sie sehen die Verantwortung also zu Beginn eher beim Konsumenten? Welche Rolle spielt Politik dabei für Sie, sollte diese z. B. durch mehr Richtlinien eingreifen?
Ich sehe die Verantwortung absolut nicht nur beim Konsumenten, sondern vor allem bei den Unternehmen. Es ist eine Schande, dass nur wenige Unternehmen etwas in diese Richtung tun. Ich hoffe, dass mehr junge Unternehmen mit idealistischen Motiven nachkommen. Die Politik hat natürlich eine Verantwortung und könnte eine ganze Menge verändern. Das Problem ist nur, dass es oft sehr, sehr lange dauert, weil so viele verschiedene Interessen vorherrschen und der Einfluss der großen Player im Markt die richtigen Dinge oft verhindert. Das sieht man beispielsweise am Textilbündnis. Da wird unglaublich viel geredet und zerredet. Was dann nach sehr viel Arbeit übrig bleibt, ist eher ernüchternd.

Viele große Modehäuser versuchen ihrer Verantwortung mit jährlichen sogenannten »Consciousness«-Kollektionen gerecht zu werden. H&M tut dies z. B. seit vielen Jahren. Mittlerweile macht auch Mango etwas Ähnliches. Wie beurteilen Sie das? Ist es eine gute Tendenz oder schnelles Greenwashing für ein Unternehmen, das sonst eher nicht »grün« ist?
ARMEDANGELS gibt es seit zehn Jahren und diese Frage höre ich ebenso lang. In der Regel antworte ich: »Jeder Schritt in die richtige Richtung ist ein guter Schritt.« Da stehe ich auch nach wie vor dazu. Aber man muss sich auch das Gesamtverhalten dieser Unternehmen ansehen. Ich war vor ein paar Wochen in Tokio, da steht groß über einer Filiale: »Bei uns kommen jeden Tag neue Produkte rein. Komm doch auch du jeden Tag.« Das hat mit Nachhaltigkeit nicht viel zu tun. Insofern empfinde ich es mittlerweile auch als Greenwashing. Die Frage ist: Werden die sogenannten nachhaltigen Ziele wirklich umgesetzt? Was passiert, wenn der nächste CEO kommt, weil der aktuelle seine Profit-Targets nicht erreicht hat und deswegen ausgewechselt wird? Ändert man dann all seine Nachhaltigkeitsziele und sagt: »Jetzt geht es wieder um den Aktienwert«? Wir brauchen mehr Transparenz und nicht einfach nur Worte.

Lassen Sie uns darüber sprechen, wie überhaupt ein nachhaltig produziertes Kleidungsstück, z. B. ein T-Shirt, entsteht. Auf was muss geachtet werden?
Es gibt natürlich die Vorstellung eines idealen T-Shirts, das CO2-neutral produziert wurde und hinterher in ein wiederum neuwertiges Kleidungsstück upgecycelt werden kann. Da wollen wir gern hin. Deswegen tun wir alles dafür, so nachhaltig wie nur möglich zu produzieren und somit kommen wir diesem idealen Zustand tagtäglich einen Schritt näher. Am Anfang der Produktion steht die Auswahl der Rohstoffe. Für unsere T-Shirts benutzen wir vor allem Bio-Baumwolle, da es unserer Meinung nach momentan kein Ersatzmaterial mit gleichen Eigenschaften bezüglich Nachhaltigkeit, Tragekomfort und Nutzbarkeit gibt. Unsere Baumwolle ist immer »organic«. Dadurch wird verhindert, dass genmanipuliertes Saatgut und chemische Düngemittel eingesetzt werden. Es ist klar nachgewiesen, dass das gesundheitsschädigend ist. Aber wenn das in Indien passiert, ist das aus dem Kopf des Konsumenten. Das finde ich falsch. Wir sollten viel globaler denken. Es geht dabei um das Gleichgewicht auf diesem Planeten.
Die organische Baumwolle wird dann zu einem Garn versponnen, dieses wird zu einem Stoff verstrickt, der Stoff wird gefärbt, dann konfektioniert und veredelt, z. B. bedruckt. Gerade im Färbe- und Druckprozess werden viele Chemikalien eingesetzt. Ganz ohne Chemie kommt man nicht aus. Diese sollten aber so umwelt- und gesundheitsschonend wie möglich sein. Wir arbeiten nach dem »Global Organic Textile Standard«, der an dieser weiterverarbeitenden Produktionskette ansetzt. Er gibt klare Richtlinien vor: Was darf in das Produkt rein und was nicht? Wie muss das Abwasser, das aus dem Prozess entsteht, hinterher geklärt werden? Was darf abgeleitet werden? Welche Materialien dürfen zusätzlich eingesetzt werden und welche Accessoires? Das ist ein großer Unterschied z. B. zum OEKO-TEX-Siegel. Hier wird nur darauf geachtet, dass am Ende die Chemikalien, die giftig sind, rausgewaschen werden. Diese werden aber wahrscheinlich in Flüsse, Seen und sonstige Natur abgeleitet. Das kann nicht die Lösung sein. Uns ist besonders wichtig, dass ein T-Shirt auch nicht nur zweimal getragen wird, weil die Qualität nicht stimmt und es verzieht, verdreht, kleiner oder größer wird und schnell kaputt geht. Davon hat keiner was. Unsere Mode ist qualitativ hochwertig und lange haltbar. Das sind auch wichtige Aspekte nachhaltiger Produktion.

Mit T-Shirts hat es angefangen, heute ist ARMEDANGELS seit mehr als zehn Jahren mit ganzen Kollektionen erfolgreich, die »grün« und modern sind. Was wollen Sie in Zukunft erreichen?
Unser Ziel ist es, das fairste Modelabel der Welt zu werden und möglichst viele Menschen mit unserer Message zum Umdenken in ihrem Kaufverhalten zu bewegen.
Wir wollen zeigen, dass sich Nachhaltigkeit und gutes Design nicht ausschließen. Nachhaltigkeit ist ein Mehrwert, aber nicht der eigentliche Kaufgrund. Wir bestehen neben ganz normalen Brands und sind mittlerweile in fast 1.000 Point of Sales in Europa zu finden. Davon sind zehn Prozent tatsächlich Läden, die nachhaltigen Lifestyle zu ihrem Konzept gemacht haben. Die anderen 90 Prozent sind normale Modehändler – von kleinen Boutiquen bis zu größeren Ketten. Auch da verkaufen sich unsere Produkte gut. Trotzdem gibt es noch eine ganze Menge zu tun – das ist uns klar. Je größer wir werden, desto mehr Herausforderungen erwarten uns. Das ist zwar anstrengend, aber gleichzeitig spornt es uns auch jeden Tag an. In den nächsten fünf Jahren wollen wir den Fair-Fashion-Markt in Europa erobern und in zehn Jahren wollen wir in allen relevanten Märkten der Welt vertreten sein, Eco & Fair als Fashion Standard in der Modewelt etablieren und möglichst viele Menschen mit unserer Message erreichen. Es sollen immer mehr Menschen erkennen, dass die Textilindustrie dafür mitverantwortlich ist, dass wir viel mehr Ressourcen verbrauchen, als der Planet uns geben kann. Wir müssen jetzt etwas tun und nicht noch ein paar Jahre weiter nachdenken und diskutieren.

Das ist ein sehr schöner Appell zum Schluss. Vielen Dank.

Martin Höfeler ist Gründer und CEO von ARMEDANGELS. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Unsere zweite Haut wird nachhaltig

»Grüne« Mode heute und morgen

MARA MICHEL

Mode visualisiert und materialisiert seit jeher am schnellsten, wenn gesellschaftliches Fühlen, Denken und Handeln sich ändern. Dass dies seit der Jahrtausendwende eruptiv geschieht, liegt an der immer schnelleren Drehung der globalen und digitalen Welten.

Was ist passiert? Die Industrialisierung im letzten Jahrhundert hat Massenfertigung möglich gemacht und die Gier nach immer mehr entfacht. Eine Lifestyle-Welt des reinen Macht- und Profitdenkens, der Verkopfung, der Verschwendung und der Ressourcenvernichtung wurde etabliert. Eine der Folgen sind 100 Jahre geradezu tollwütiger Anhäufung von Billigkleidung, die als Wegwerfartikel endete. Etwa die Hälfte der Textilkäufe landet nach wie vor auf dem Müll und verschlingt jährlich ca. 460 Milliarden Dollar weltweit nach Berechnungen des Reports der Ellen MacArthur Foundation. Ein Teil davon landet in armen Ländern und nimmt durch Preisunterbietung der dortigen Bevölkerung das Brot.

In den 1990er Jahren erreichte der besinnungslose Konsum seinen Höhepunkt und seit 2000 kippt dieses System. Mensch und Natur arbeiten sich vor in die eigene Mitte und wehren sich gegen Ausbeutung und menschlichen Kahlschlag. Sehnsucht nach Ehrlichkeit, menschlichem Anstand, zugelassener Emotionalität, Liebe, Gefühl, Spiritualität, nach Achtung vor der Natur und nach Erhaltung unserer Ressourcen, nach Individualität und bewusster Entschleunigung bricht sich Bahn.

Auf diese Stimmungen in unserer Gesellschaft reagieren die Seismografen der Modedesignerinnen und -designer, indem sie neue Konzepte realisieren für nachhaltige Materialien, ökonomisches Handeln in der Kollektionsherstellung, ökologische Vorgehensweisen und für soziale Verhaltenskodexe in der Verarbeitung.

Der Wille und das Durchhalten für diese Konzepte wird getrieben von jungen Designlabels und immer mehr Menschen, die ihre Sehnsüchte laut aussprechen und bewusst einkaufen. So weiß ich von vielen gebildeten Eltern, die ihren Kindern kein Geld zur Verfügung stellen für Einkäufe im Textildiscounter Primark, weil sie wissen, dass

Der Konsum und die Produktion stehen derzeit auf dem Prüfstand

die dort angebotene Ware auf Kosten der Menschen, oft Kinder, in den Billiglohnländern hergestellt wird.
Nicht die Formen verändern sich derzeit gravierend, sondern der Konsum und die Produktion stehen auf dem Prüfstand; das Material, dessen Herkunft und Aufbereitung, die Verarbeitung und die Bedingungen dafür.

Die öffentlich gestellten Fragen, ob Pestizide die Baumwollfelder auf ertragreiche Ernten trimmen und dabei alle Kleinsttiere vernichten, die Verarbeitung der Kokons kostbare Wassermengen verschwendet oder ob weniger nicht mehr wäre, führt zu der Forderung, wissen zu wollen, was wir in Zukunft als unsere zweite Haut tragen. Wollen wir dafür Tiere töten und Ressourcen wie Wasser und Erdöl anzapfen, aufbrauchen und die Erde verseuchen? Wir wollen wissen, woher die Materialien kommen und wie Schafe oder Ziegen gehalten werden, die uns ihre Wolle schenken; wir verfolgen das Wo und Wie der Produktion.

Die Vehemenz der gestellten Fragen und das Infragestellen der gewohnten Prozesse führte innerhalb weniger Jahrzehnte zu Zertifizierungseinrichtungen, wie Global Organic Textile Standard, kurz GOTS, und seit 2014 zum Bündnis für nachhaltige Textilien, eine Partnerschaft von rund 150 Unternehmen, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Standardorganisationen sowie der deutschen Bundesregierung. Gemeinsames Ziel ist, Verbesserungen entlang globaler Wertschöpfungsketten in der Textilindustrie durchzusetzen.

Ein extrem langsamer Prozess, der immer wieder stagniert, weil die Umwälzungen bei den Unternehmen Angst vor Verlusten und Unsicherheit in Bezug auf die Annahme durch die Konsumenten hervorrufen. Nachhaltigkeit kostet mehr und noch haben innerhalb des noch nicht abgelegten »Billig ist geil«-Denkens zu wenige Konsumenten die Kehrtwende so vollzogen, dass sie ausschließlich nachhaltige Textilien und Mode einkaufen.

Neben den sich schwerfällig bewegenden Firmen entstehen jedoch von unten her dynamisch betriebene Wertschöpfungen: Eine ganze Generation junger, nachhaltiger, zeitloser und langlebiger Labels werden geboren. Labeldesignerinnen und -designer sowie eine Handvoll gestandener Firmen gestalten kleine individuelle Kollektionen mit zertifizierten Materialien, die natürlich und chemisch unbedenklich sind. So z. B. aus Hanf und Bananenfasern wie bei Hess Natur, Flachs wie bei Living Crafts, Sojaseide aus Tofuabfällen, aus Milchseide, die aus den Kasein-Proteinen als Abfallprodukt aus 1,9 Milliarden Tonnen nicht verwendbarer Rohmilch entsteht, aus Bambus wie bei Braintree, aus Buchenholz wie beim Stoff Modal von Lenzing und aus Eukalyptus-Zellulose für Lyocell, aus Kapok-Kapseln der afrikanischen Baumfrucht, aus Kork wie bei den Produkten von Michael Spitzbarth von Bleed clothing, aus Lotusseide aus Burma (Loro Piana), aus Eier- und Krabbenschalen für Wohntextilien, aus Teeblätterfermenten, wie es Lisa Lang für lederartige Optiken nutzt, gewebte Pullis aus Brennnesseln, oder Schuhe aus Algen; sogar nicht mehr gebrauchte Bau-Tyvek-Membranen werden zu Outdoorbekleidung. Mais sollte weiter der Ernährung dienen und nicht als Biodiesel und Bekleidung missbraucht werden.

Diese Firmen und Newcomer tragen durch ihre »Slow-Fashion« zur Entschleunigung des textilen Karussells bei. Sie stellen höchstens zweimal im Jahr eine neue Kollektion vor, die auf der vorherigen aufbaut, statt sich einem zwölfmonatigem Rhythmus inklusive Wegwerfdenken zu unterwerfen.

Sie kreieren Kollektionen, die sich recyceln lassen und in den Kreislauf der Erde zurückkehren können; sie upcyceln Produkte aus Weggeworfenem, wie Stofftaschen der Textilanbieter oder Plastikflaschen; sie gründen Repair Cafés, in denen Kaputtes repariert wird, wo wir das »wieder Ganz machen« erlernen können. Sie entwickeln Universaldesign für eine Gesellschaft, die keinen Unterschied zwischen Minderheiten und dem Mainstream macht. Ihre neuen Secondhandläden machen Innenstädte liebenswert und nachhaltig.

Ein weiterer großer Schritt ist der Zusatznutzen für den Käufer. Der Mensch wird in den Mittelpunkt gestellt und nach seinem Bedarf gefragt. So entstehen die »Smart Textiles«, die unter anderem medizinische Substanzen oder digitale Elemente, die als Frühwarnsysteme für den Hausarzt dienen, in die Materialien oder die Outfits einschleusen.

Der Markt für nachhaltige Mode und Textilien wächst stetig und nimmt auch vertikale große Firmen mit, wie Hennes & Mauritz, Zara, Aldi, Lidl und Co, die neu überdenken, wen sie erreichen wollen. Der Weg zum mündigen Konsumenten und zum Verantwortung tragenden Hersteller ist weit geöffnet und mündet in den nächsten 50 Jahren in eine nachhaltige, liebens- und lebenswerte Zukunft.

Mara Michel ist Geschäftsführerin des VDMD, Netzwerk für Mode- und Textil-Designer sowie Vizepräsidentin des Dachverband Deutscher Designer

TEXTILBÜNDNIS

Das Bündnis für nachhaltige Textilien, kurz Textilbündnis, wurde 2014 gegründet. Es geht auf eine Initiative des Bundesentwicklungsministers Gerd Müller zurück, nachdem sich tödliche Unfälle in Textilfabriken in Pakistan und Bangladesch ereignet haben. Ziel ist es, die sozialen, ökonomischen sowie ökologischen Bedingungen der weltweiten Textilproduktion zu verbessern. Aktuell hat das Bündnis für nachhaltige Textilien rund 150 Mitglieder. Es ist eine Multistakeholder-Initiative, d. h., dass Mitglieder aus Wirtschaft, Politik oder Zivilgesellschaft vertreten sind. Rund die Hälfte des deutschen Textilmarktes ist heute Mitglied.

FOTO: NATIONAL AERONAUTICS AND SPACE ADMINISTRATION (NASA)

Arabische Nächte: südwestliche Küste Saudi-Arabiens bei Nacht

Zur Anpassung des Telemedienauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 14.12.2017. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, positioniert sich mit dieser Stellungnahme zu der derzeitigen Diskussion über die Telemedienangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er ist sich der Tatsache bewusst, dass dieses Thema medien- und gesellschaftspolitisch kontrovers diskutiert wird. Der Deutsche Kulturrat hat sich auch in der Vergangenheit bereits mit Fragen der digitalen Medienwelt auseinandergesetzt und zu bundesdeutschen wie europäischen Entscheidungsprozessen für eine Medienordnung der Zukunft Position bezogen[1]. Daher und aufgrund des übergeordneten Interesses seiner Mitglieder an Rahmenbedingungen, die den Kulturbetrieb in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fördern, kann der Deutsche Kulturrat auch bei diesem kulturpolitisch und -wirtschaftlich bedeutsamen Thema Gemeinsamkeiten aufzeigen und somit einen wichtigen Diskussionsbeitrag leisten.

Ergänzend zu den bereits sehr konkreten Überlegungen zur Anpassung des Telemedienauftrags wurden im September 2017 von den Rundfunkanstalten Vorschläge zur Anpassung von »Auftrag und Struktur« des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorgelegt. Sie kommen damit einer Forderung der Ministerpräsidenten aus dem Jahr 2016 nach, die insbesondere vor dem Hintergrund der Beitragsstabilität eine strukturelle Reform der Rundfunkanstalten für erforderlich halten. Die Vorschläge sind öffentlich zugänglich und untrennbarer Teil der derzeitigen Diskussion. Aufgrund der damit verbundenen grundlegenden Fragen wird der Deutsche Kulturrat das Thema »Auftrag und Struktur« des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in 2018 intensiv debattieren und sich positionieren.

Die Konvergenz der Medien bedingt, dass Anbieter von Inhalten im Internet sich mit einer hohen Dynamik konfrontiert sehen. Die Seh- und Nutzungsgewohnheiten haben sich verändert und werden dies weiterhin tun. Alle Medienanbieter – ob öffentlich-rechtlich oder privat – sind gefordert, hierauf und auf neue technische Verbreitungswege zu reagieren und ihr Angebot entsprechend anzupassen. Die Koexistenz und der Fortbestand von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk ist essentiell für die Zukunft der Medienlandschaft und für den Deutschen Kulturrat von Demokratie sichernder Bedeutung.

Gerade die Nutzung von Online-Angeboten (wie z. B. Mediatheken, Apps und Download-Plattformen) hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Viele Beitragszahler wissen die sendezeitunabhängige Möglichkeit zu schätzen, Beiträge anzuhören oder anzusehen und dabei unter Umständen zusätzliche Informationen angeboten zu bekommen. Der Deutsche Kulturrat hat bereits in der Vergangenheit zu einer besseren Vernetzung der öffentlich-rechtlichen Angebote Stellung bezogen, weshalb die Diskussion über eine Anpassung des Telemedienauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks grundsätzlich begrüßt wird.

Mit Sorge und Unverständnis hat der Deutsche Kulturrat Äußerungen aus dem Kreis der Politik zur Kenntnis genommen, wonach eine Ausweitung des Mediathekenangebots »aufwendungsneutral« erfolgen soll, d. h. keine weiteren Mittel bereitgestellt werden sollen, um eine fortgesetzte Nutzung von Inhalten zu kompensieren. Es ist zu betonen, dass die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zukunftssicher zu gestalten ist. Das Ziel der Beitragsstabilität darf nicht zulasten des deutschen Kulturbetriebs und der Kreativwirtschaft gehen.

Unabdingbare Grundprämisse einer Online-Nutzung von audiovisuellen Inhalten ist es, dass die für die Erstellung dieser Inhalte kreativ verantwortlich zeichnenden Personen, d. h. die Urheber, ausübenden Künstler und ihre Partner, die Produzenten, für ein »Mehr« an Nutzungsmöglichkeit zusätzlich angemessen vergütet werden. Dort, wo zwischen den Parteien bereits Vereinbarungen über Zusammenarbeit und Vergütung bestehen, sollen diese auf die neue Situation hin überprüft werden. Wo bislang keine solchen Vereinbarungen bestehen, plädiert der Deutsche Kulturrat dafür, dass Gespräche hierüber aufgenommen werden, um zeitnahe Abschlüsse zu erzielen.

Losgelöst von der Frage der angemessenen Vergütung muss in der Diskussion um die Verweildauer von Mediathekeninhalten aber auch dem Interesse Dritter an einer weiteren kommerziellen Verwertung dieser Inhalte Rechnung getragen werden. Ziel muss es sein, die Belange des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie die der privaten Medienunternehmen im Sinne eines fairen Wettbewerbs und innerhalb einer Dualen Rundfunk- und Medienordnung bestmöglich in Einklang zu bringen. Auch sollte sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk nach Auffassung des Deutschen Kulturrates innerhalb seines kulturellen und gesellschaftlichen Auftrags um eigene Angebote bemühen und nicht den Schwerpunkt auf die Nutzung kommerzieller Drittplattformen legen.

---

1 Folgende Stellungnahmen und Positionspapiere sind zu nennen:
– Kultur und Medien in der digitalen Welt. Stellungnahme des Deutschen Kulturrates vom 26.06.2013, abrufbar unter: www.kulturrat.de/positionen/kultur-und-medien-in-der-digitalen-welt/
– Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum »Grünbuch über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt: Wachstum, Schöpfung und Werte« vom 26.06,2013, abrufbar unter www.kulturrat.de/positionen/gruenbuch-ueber-die-vorbereitung-auf-die-vollstaendige-konvergenz-der-audiovisuellen-welt-wachstum-schoepfung-und-werte/
– Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der digitalen Medienwelt. Stellungnahme des Deutschen Kulturrates vom 09.02.2015, abrufbar unter: www.kulturrat.de/positionen/oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-in-der-digitalen-medienwelt/
– Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz vom 31.03.2016, abrufbar unter: www.kulturrat.de/positionen/deutsche-kulturrat-zur-medienkonvergenz/
– Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum »Vorschlag der EU-Kommission zur Revision der AVMD-Richtlinie vom 25.05.2016« vom 01.12.2016, abrufbar unter: www.kulturrat.de/positionen/stellungnahme-des-deutschen-kulturrates-zum-vorschlag-der-eu-kommission-zur-revision-der-avmd-richtlinie-vom-25-05-2016/

Erde, wie geht's?

Eine Bestandsaufnahme

Heft 1/2018

In dieser Ausgabe:
CHARLES TAYLOR
IDIL BORAN
TIMOTHY MORTON
RENEE CHO
PER ESPEN STOKNES

KULTUR AUSTAUSCH
Zeitschrift für internationale Perspektiven

Jetzt am Kiosk, zu bestellen unter
www.kulturaustausch.de
oder bei kulturaustausch@conbrio.de
(pro Ausgabe 7 Euro zzgl. Versandkosten)

Kulturerbeerhalt: Bundesregierung muss mehr Verantwortung übernehmen

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Erhalt des materiellen Kulturerbes aus Anlass des Europäischen Kulturerbejahres

Berlin, den 14.12.2017. Das materielle Kulturerbe ist Fundament unserer Gegenwart und Zukunft und trägt zur Wertedebatte und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Das materielle Kulturerbe zeugt von der Lebenswirklichkeit des Menschen, von den Arbeits- und Produktionsverhältnissen, dokumentiert vergangene Epochen sowie die soziale und politische Geschichte. Das Kulturerbe dokumentiert auch, dass kulturelle Vielfalt Chance und Bereicherung für das Zusammenleben in einer Gesellschaft ist, Austausch und Migration ist der Normalfall gesellschaftlichen und kulturellen Wandels. So trägt das materielle Kulturerbe dazu bei, aktuelle Entwicklungen im geschichtlichen Zusammenhang einordnen zu können. Die Befassung mit dem materiellen Kulturerbe bietet also die Chance, Hinweise und Erkenntnisse für zukunftsorientierte Fragestellungen zu entwickeln. Es zu erhalten, zu erschließen, zu pflegen, zugänglich und für die Zukunft immer wieder fruchtbar zu machen, ist daher von zentraler Bedeutung.

Das Europäische Kulturerbejahr 2018 (ECHY) ist Anlass und Gelegenheit, sich mit dem kulturellen Erbe in Europa zu befassen. Folgende Leitthemen stehen in Deutschland im Mittelpunkt von ECHY: »Europa: Austausch und Bewegung«, »Die Europäische Stadt«, »Europa: Grenz- und Begegnungsräume«, »Europa: Gelebtes Europa« sowie »Europa: Erinnern und Aufbruch«. ECHY ist eine Chance, sich des gemeinsamen europäischen Kulturerbes zu versichern.

Der Deutsche Kulturrat richtet diese Stellungnahme und Forderungen an alle mit dem Erhalt des kulturellen Erbes befassten Bundesministerien. Er fordert die neue Bundesregierung auf, mehr Verantwortung zur Sicherung, für den physischen Erhalt und die Erschließung des materiellen Kulturerbes zu übernehmen. So kann das materielle Erbe, das teilweise von Verfall und Zerstörung bedroht ist, gerettet und für die Nachwelt gesichert werden. Der Deutsche Kulturrat entlässt damit die Länder und die Kommunen nicht aus ihrer Verantwortung. Vielmehr gilt es im Sinne eines kooperativen Kulturföderalismus, die Zusammenarbeit zu verbessern und so Synergieeffekte freizusetzen.

Der Deutsche Kulturrat konzentriert sich in dieser Stellungnahme auf einige ausgewählte Aspekte und Handlungsfelder zum materiellen Kulturerbe. Zur Digitalisierung des Kulturerbes hat sich der Deutsche Kulturrat bereits im März 2016 in einer eigenen Stellungnahme positioniert. Mit dem immateriellen Kulturerbe wird er sich anschließend befassen.

I. Erhalt des schriftlichen Erbes

Die »Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts« (KEK) hat »Bundesweite Handlungsempfehlungen zur Erhaltung des schriftlichen Kulturguts« in Zusammenarbeit mit einem Fachbeirat, der aus Experten aus dem Bibliotheks- und Archivwesen und Vertretern von Bund und Ländern bestand, erarbeitet und festgestellt, dass beim Erhalt des schriftlichen Erbes fachlich fundierte Prioritäten gesetzt werden müssen. Die diesbezüglichen Vorschläge liegen auf dem Tisch. Für die Musikgeschichte ist darüber hinaus bedeutsam, dass nicht nur werkorientiert gesichert wird, sondern auch schriftliche Zeugnisse von aufführungsgeschichtlichem Wert.

Der Deutsche Kulturrat fordert die Bundesregierung auf, mit einem großen Förderprogramm, das über die bisherigen Modellprojekte hinausgeht und die Länder einbezieht, den koordinierten Erhalt des schriftlichen Kulturerbes durch verstärkende Maßnahmen kontinuierlich zu ermöglichen. Bei der Umsetzung müssen die fachlichen Experten aus verschiedenen Disziplinen, wie z. B. der Konservierungs-Restaurierung, einbezogen werden.

II. Kleinere Museen, Bibliotheken und Archive

Kleinere Museen, Bibliotheken und Archive, die von Kommunen, Stiftungen, Kirchen oder der Bürgergesellschaft getragen werden, haben oft nicht die personellen, finanziellen und sachlichen Ressourcen, um das ihnen anvertraute Erbe optimal zu sichern. Gerade sie kümmern sich aber oftmals um Artefakte und Dokumente, die bislang noch keinen Eingang in den Kanon gefunden haben, aber das künftige Erbe darstellen können. Auch private Sammler tragen zur Sicherung des materiellen Erbes bei.

Der Deutsche Kulturrat fordert die nachhaltige und dauerhafte Förderung der oben genannten kleineren Museen, Bibliotheken und Archive auch durch den Bund, damit sie ihre Bestände weiterhin sichern, erschließen und der Öffentlichkeit zugänglich machen können.

III. Erhalt analoger Speichermedien

Im Bereich aller performativen Künste sind analoge audiovisuelle Speichermedien von großer Bedeutung. Viele dieser Speicherformate sind nur begrenzt haltbar und die darauf gespeicherten Inhalte deshalb massiv bedroht. Beispielhaft zeigt sich dies an frühen Filmen, die von Zerstörung bedroht sind. Dies gilt auch für die Hardware, mit der digitale Spiele gespielt werden.

Hier kann der Bund mit einem guten Beispiel vorangehen und mit einem groß angelegten Förderprogramm den von Zerfall und Zerstörung bedrohten Bestand analoger Speichermedien, wie z. B. Filmen, retten. Ähnliches gilt für den Erhalt der Hardware zum Spielen von Computerspielen. Dabei sollte ein aus Fachexperten aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft besetztes Gremium auf den verschiedenen Ebenen unter konservatorischen Gesichtspunkten Auswahlkriterien entwickeln, entlang derer die Rettung analoger Speichermedien erfolgt. Diese Anforderung gilt unabhängig von dem Erfordernis der Digitalisierung.

IV. Künstlernachlässe

Nachlässe von Künstlern sind umfassende materielle Quellen unserer Gesellschaft. Originale Kunstwerke offenbaren zusammen mit künstlerischen Notizen, Skizzen und ideengebenden Vorlagen nicht nur den künstlerischen Schaffensprozess, sondern spiegeln und kommentieren darüber hinaus politische wie historische Inhalte. Sie sind Zeugen und Teil des gemeinsamen kulturellen Erbes, das über die Schaffenszeit des Künstlers hinaus bewahrt und öffentlich gehalten werden muss. Als besonderes Problem stellt sich bei Werken der bildenden Kunst deren Größe, die einen entsprechenden Platzbedarf für die Lagerung der Werke nach sich zieht.

Mit der Anschubfinanzierung für das »Archiv für Künstlernachlässe der Stiftung Kunstfonds« und der Finanzierung der Akademie der Künste hat der Bund seine Verantwortung für den Erhalt und die Pflege kulturell bedeutender Künstlernachlässe bereits gezeigt. Nun gilt es, diese Verantwortung zu verstetigen und die Förderung dauerhaft zu verankern. Darüber hinaus sind die Initiativen auf regionaler, Landes- und Bundesebene zu fördern, die – oftmals mit großem ehrenamtlichen Engagement – die Erfassung bildkünstlerischer Werke in Datenbanken bzw. die Bewahrung von Originalen ermöglichen und zudem zur Erforschung und Vermittlung dieses Bestandteils des Kulturerbes maßgeblich beitragen.

V. Design und angewandte Kunst

Design trat erst in der Folge der Industrialisierung in Erscheinung; in den klassischen Kulturwissenschaften fand es bisher zu wenig Beachtung. Ebenso wird Design als gestalterisches Kulturerbe bisher unzureichend identifiziert, bewahrt, katalogisiert und in anschaulicher Form zugänglich gemacht. Es gilt die historisch maßgeblichen Institutionen, Schulen, Persönlichkeiten und Unternehmen des Designs in Deutschland prägnant und vor allem systematisch zu dokumentieren.

Der Deutsche Kulturrat fordert auf Bundesebene eine Institution, die die vorhandenen Bestände, die derzeit auf private wie öffentliche Museen, Stiftungen, Organisationen und Verbände verteilt sind, koordiniert und erfasst. Aus dieser Arbeit sollte eine Einrichtung hervorgehen, die den Weg des Designs in die Zukunft durch intelligente Rückschau fördert und den Einfluss von Gestaltung auf unser Alltagsleben sicht- und erfahrbar macht. Das Jubiläum zu 100 Jahren Bauhaus im Jahr 2019 wäre ein geeigneter Anlass, um eine solche Institution auf den Weg zu bringen.

VI. Denkmalförderprogramme

Das vielfältige archäologische und baukulturelle Erbe, die Bau- und Bodendenkmäler in privatem wie in öffentlichem Besitz sind sichtbare Zeichen der Alltags- und Sachkultur und wichtige Kristallisationspunkte für die Identität, Attraktivität und wirtschaftliche Entwicklung der Regionen. Bau- und Bodendenkmäler sind vielfältig und unmittelbar in Alltagssituationen präsent. Im jeweiligen städtischen oder dörflichen Umfeld wie in der Kulturlandschaft garantieren sie die Wiedererkennbarkeit von Orten und Städten.

Der Deutsche Kulturrat sieht das Erfordernis einer Stärkung der Denkmalförderprogramme des Bundes, in denen Experten-basierte fachliche und transparente Kriterien zur Vergabe von Mitteln für den Erhalt des archäologischen und baukulturellen Erbes und der Bodendenkmalpflege festgelegt sind. Ergänzend sind finanzielle Anstrengungen des Bundes erforderlich, um die national besondere Herausforderung der Bestandserfassung des erhaltenswerten baukulturellen Erbes der Jahrzehnte nach 1945 sowie der wachsenden Zahl der technischen Denkmale zügig zu ermöglichen.

VII. Fachkräftemangel entgegenwirken

Die Bewahrung und Sicherung des materiellen Erbes ist auch davon abhängig, dass qualifizierte Fachkräfte sowohl im handwerklichen als auch akademischen Bereich ausreichend zur Verfügung stehen. Leider ist die Wertschätzung für Berufe rund um den Erhalt des Kulturerbes deutlich gesunken. Es werden kaum noch Zukunftschancen gesehen. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass die Zahl der Auszubildenden, der Meisterprüfungen und der Studienanfänger in den restaurierungs- und denkmalrelevanten Berufen zurückgeht. In der Zukunft wird es dadurch nicht nur an Fachkräften fehlen, die das materielle Erbe restaurieren können, sondern auch an Ausbildern mangeln, die den Nachwuchs in diesen Berufen ausbilden können. Gleichfalls ist im akademischen Bereich die fehlende Wiederbesetzung von Hochschullehrendenstellen sowie in den Fächern Restaurierung ein Rückgang an Studierenden auszumachen. Diese Entwicklung wird in der Zukunft negative Auswirkungen auf Forschung und Sicherung des materiellen Erbes haben.

Der Deutsche Kulturrat fordert, dass bereits in der schulischen Bildung das Image der Berufe im Kulturerbeerhalt und in der Erschließung des Kulturerbes positiv vermittelt wird. Bedeutend erscheint zudem, dass die bestehenden Ausbildungswege im Handwerk und in der Hochschule erhalten bleiben und die Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen – auch durch bundeseinheitliche Anerkennung der jeweiligen Qualifikationen – gefestigt werden.

Weiter ist darauf hinzuweisen, dass an den Hochschulen in den sogenannten Kleinen Fächern der Geisteswissenschaften, wie z. B. Afrikanistik, Ägyptologie, Ur- und Frühgeschichte, für Aufgaben in der Erschließung des materiellen Erbes qualifiziert wird. Den Kleinen Fächern wird allerdings oftmals nicht die Aufmerksamkeit zuteil, wie es erforderlich wäre. Eine weitere Schwächung der Kleinen Fächer kann in einigen Jahren dazu führen, dass zu wenig Fachkräfte zur Erschließung des materiellen Erbes zur Verfügung stehen.

Der Deutsche Kulturrat fordert, dass die Hochschulen die Kleinen Fächer in Forschung und Lehre erhalten. Weiter sollte im Rahmen der Exzellenzförderung den Kleinen Fächern eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Fazit

Der Bund hat eine Verantwortung, gute Rahmenbedingungen für die Sicherung, den Erhalt und die Vermittlung des materiellen Kulturerbes in der Fläche zu schaffen. Damit er seine Verantwortung wahrnehmen kann, bedarf es entsprechender großer Förderprogramme. Das Europäische Kulturerbejahr 2018 sollte darüber hinaus genutzt werden, um den europäischen Austausch zur Sicherung und Vermittlung des kulturellen Erbes zu verstärken.

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt abonnieren!

Abonnieren Sie jetzt für 24 Euro im Jahr inkl. Versandkosten!
Per Telefon: 030.226 05 280, Fax: 030.226 05 2811
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

Kurz-Schluss

Wie ich einmal gelernt habe, welche Kraft ein Hashtag entfalten kann

THEO GEIßLER

Hinweis: Wenn Sie die P&K 1/2018 schon gelesen haben, können Sie sich die folgenden drei Absätze sparen. Sie dienen der Information unserer zahlreichen Neu-Abonnenten und für diese als Diskussionsgrundlage.

Ungefähr seit meinem neunten Lebensjahr bin ich insgeheim der Überzeugung, dass Frauen das stärkere Geschlecht sind. Es passierte im Winter auf dem Heimweg von der Schule. Aus vermeintlich angemessener Distanz bewarf ich die gleichaltrige Nachbarstochter mit nicht zu hart gepressten Schneebällen. Ehe ich mich versah, stürzte sie, obwohl nicht größer gewachsen als ich, auf mich zu, stieß mich beidhändig vor die Brust. Ich verlor das Gleichgewicht und plumpste in den unglücklicherweise vorhandenen Straßengraben, der reichlich braunbrackiges Schmelzwasser führte. Mein dicker Lodenmantel sog sich rasend schnell mit der eiskalten Brühe voll. Ich erspare Ihnen die Schilderung meiner tagelang tief gekränkten Jungenehre – ganz zu schweigen von den handfesten Kommentaren meiner Eltern.

Heute kann ich es ja beichten: Meine Schneeballwürfe tat ich nicht aus aggressivem Impetus, vielmehr aus Sehnsucht nach Kontakt und Kommunikation. Die Nachbarstochter gefiel mir nämlich schon seit einiger Zeit ziemlich gut. Aber ich war viel zu feige, vielleicht auch zu schüchtern, sie ganz »normal« anzusprechen. So zerschellte mein erster »Anbandel«-Versuch an meiner in solchen Angelegenheiten ungeübten, mangelnden Sensibilität.

Im Verlauf der weiteren Jahrzehnte lernte ich doch dazu und bin fest überzeugt, dass ich mich der Anbahnungen meiner quantitativ überschaubaren Beziehungen weder formal noch inhaltlich zu schämen habe (Ende der Textwiederholung aus P&K 1/18).

Welch ein Irrtum. Doch eines nach dem anderen: Weil ich von Anfang an das sogenannte Twittern in seiner Begrenzung auf wenige hundert Zeichen für eine kulturlose Kommunikationskastration hielt, angemessen allenfalls dem gewählten amerikanischen Zombiepräsidenten, schlug ich alle »Einladungen« zur Beteiligung oder Gefolgschaft an solchem Stümmelgeschnatter in den Wind. Bis auf meiner still vor sich hindümpelnden, eigentlich schon dem Vergessen preisgegebenen Facebook-Präsenz und damit meinem Mailaccount das ausbrach, was man heutzutage wohl einen Shit-Tornado nennt.

Die eher scherzhaft gemeinte Veröffentlichung meiner kleinen autobiografischen Episode in der vergangenen Ausgabe verursachte eine Kommentarflut mir unbekannten Ausmaßes und teils widerlicher Aggressivität. Dankenswerter Weise riet mir ein Boris Z. aus B. in einem der ersten Postings, mich doch in der aktuellen Initiative »Hashtag MeToo« als Opfer zu outen. Schließlich sei ich aus harmlosem Anlass aufs Übelste misshandelt worden. Und das auch noch von einem weiblichen Wesen, dem meine Sympathie, meine unschuldige Liebe gehörte. Allein diesem sicherlich gut gemeinten Ratschlag folgte ein Rattenschwanz von über 300 sehr unterschiedlichen, meist mit wüsten Beschimpfungen gespickten Follow-Ups: Furore S. aus M. unterstellte Boris Z. grundsätzliche heimtückische Gewaltbereitschaft gegen Frauen, da er Steinigungen, und sei es mit sicherlich kiesdurchsetzten Schneebällen, verharmlosend billige. Mich nannte sie einen wohl zu früh hormongesteuerten Brutalo-Macho und in Zukunft absehbar einen sadistischen Frauenquäler. Riccardo (ohne Ortsangabe) forderte Boris Z. auf, sich doch offen zu seiner deutlich erkennbaren Homosexualität zu bekennen, allerdings seine pädophilen Neigungen behandeln zu lassen – ein Neunjähriger sei das falsche Lustobjekt. Er freilich (63, gut gebaut) stünde bei Kontaktaufnahme zur Verfügung…

Mein fett gedruckter Zwischenruf, der Anlass all dieser Aufregung sei doch verglichen mit aktuelleren »Hashtag MeToo«-Fällen wirklich harmlos und darüber hinaus Jahrzehnte her, löste nur ein weiteres Twittergewitter aus. Tenor: Ich hätte wohl damals zu lang im Eiswasser gelegen und schweren geistigen Schaden genommen, der meine Schuldfähigkeit freilich reduziere. Oder: »Früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will, früh versteift sich der perverse Sex-Täter«.

Was hatte ich da ahnungslos losgetreten. Ich brauchte drei Tage, um herauszufinden, wie man die eigene Facebook-Präsenz löscht. In den zwei- bis dreistündigen Wartezeiten zwischen den ca. 50 einzelnen Schritten schossen mir diverse Boshaftigkeiten durch den Kopf: Wie nähern sich Frauen und Männer künftig an, lernen sich gefahrlos und jedwedem Anstandscodex genügend kennen? Ist die Menschheit vom Aussterben bedroht? Oder sind vielleicht genügend Samenspenden eingefroren, um kontaktlose Vermehrung zu gewährleisten? Sind Liebesbeziehungen nicht eigentlich ein wichtiger Bestandteil des Lebenssinns? Warum verbringt Trump, der geldsprudelnde Allesbetatscher nur acht Stunden vor dem Fernseher – und nicht 24, da gibt's doch für ihn sicher schon Virtual-Reality-Pornos, die schärfer sind als seine fleischlichen Begleiterinnen… – Sie merken, ich fange an, wirr zu fantasieren, vielleicht eine gefährliche Begleiterscheinung des beschlossenen Abschieds von allen digitalen Kommunikationskrücken.

Aus unserer Küche (ich lebe in einer glücklichen Ehe) schrillt der Backofenwecker. Ich habe einen zarten Hirschrücken in der Röhre, der begossen sein will. Laptop aus. Und nach dem Essen gehen wir ins Berliner Ensemble und ziehen uns die »Dreigroschenoper« rein.

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

MÖHREN-SALAT – DIE P&K-TRUMP-FAKES

Köln: Das RTL-»Supertalent 2017« ist gerade mal zehn Jahre alt und kommt aus Schleswig-Holstein. Beim Finale der RTL-Show nahm die »Hundeflüsterin« Alexa Lauenburger Jury und Publikum sofort für sich ein. Bei ihrem Auftritt ließ sie ihre acht Hunde auf Hinterbeinen laufen, Saltos machen oder über Hindernisse springen. Die Zehnjährige, die schon bei den Castings viel Aufmerksamkeit bekommen hatte, erhält neben dem Titel 100.000 Euro. Auf den Plätzen dahinter landeten eine Tanzgruppe und eine Geigenspielerin. Den Scheck überreichte die geschäftsführende Kulturstaatsministerin Monika Grütters mit den Worten: »Solch Pudels Kern hätt jeder gern«.

Hannover: Mit einer »kreativen Regelung« will Niedersachsens neuer Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) den Unterrichtsausfall an Niedersachsens Schulen bekämpfen. Zum 1. Februar 2018 sollen bereits mit Blick auf die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren mehr Gymnasiallehrer als aktuell benötigt eingestellt werden. Die so aufgebaute Reserve soll dann zunächst an Grundschulen unterrichten. »So sparen wir auf die Schnelle jedenfalls eine ganze Menge an Gehältern«, sagte der 41-Jährige. Außerdem will er das Ehrenamt »Hilfslehrer« einführen, für das sich alle in Pension befindlichen ehemaligen Lehrkräfte altersunabhängig bewerben können.

Washington: Seit der Verdoppelung der erlaubten Zeichenzahl durch Twitter hat US-Präsident Donald Trump vier Werbetexter frisch angestellt. Es handelt sich um Spezialisten für Adjektive, Superlative und Füll-Wörter.

Hollywood: Der neueste Pixar-Film »Coco« ist derzeit der erfolgreichste Kinderfilm der Welt. 95,1 Millionen US-Dollar setzte er um. In Deutschland sahen über 500.000 Sechs- bis Zwölfjährige allein im Dezember »Coco«. Auf den Plätzen zwei und drei folgten abgeschlagen »Die Horrorträume der Pornoqueen« und »Frische Leichen für Vegetarier«. thg.

IMPRESSUM

Politik & Kultur –
Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63,
10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb, Susann Pfarr

REDAKTIONSASSISTENZ
Seda Gül Aydin

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner, ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50, wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0, www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

Politik & Kultur erscheint sechsmal im Jahr.

ABONNEMENT
24 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Mohrenstraße 63
10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280,
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (zwei- bis dreimal mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS
Diese Ausgabe enthält »Arbeitsmarkt Kultur No 3/4« – »Duale Berufsausbildung«.